



Kanton Basel-Stadt

2006

2005

2004

2003

2002

2002 – 2005

Politikplan

Politikplan 2002 – 2005

Das Planungs- und Steuerungsinstrument
des Regierungsrates

Der Politikplan: Unser neues Instrument zur Mittelfristplanung

*Sehr geehrte Damen
und Herren*

Mit dem vorliegenden Politikplan 2002–2005 präsentieren wir Ihnen erstmals unser neues Instrument zur Mittelfristplanung. Der Politikplan führt unsere bisherigen Planungssysteme, den Finanzplan, die Investitionsplanung, das Budget und das Regierungsprogramm zusammen. Sie wurden in den vergangenen Jahren zwar sorgfältig weiterentwickelt, deckten jedoch jeweils nur einen Teil der Planung ab. Die Finanzplanungssysteme blieben finanzlastig; sie enthalten lediglich Finanzzahlen, ohne auf die zu erfüllenden Aufgaben einzugehen. Das Regierungsprogramm hingegen beschreibt Ziele und Massnahmen, ohne die (zwar intern berücksichtigten) finanziellen Aspekte auch aufzuzeigen.

Der Politikplan verknüpft nun erstmals die inhaltlichen Ziele und Massnahmen auch gegen aussen sichtbar mit den Finanzen. Er deckt eine Zeitspanne von vier Jahren ab und wird jährlich aktualisiert. Im Sinne des New Public Managements (NPM) orientieren wir uns mit dem Politikplan stärker an politischen Zielen, setzen Prioritäten und schaffen Transparenz mit einer Gesamtsicht der staatlichen Tätigkeit. Im Politikplan geben wir die Richtung unserer Regierungstätigkeit vor.

Der Politikplan wird dem Grossen Rat jährlich zur Kenntnis gebracht. Die Planungstätigkeit der Regierung wird im Politikplan transparent dargestellt. Dies ermöglicht bzw. vereinfacht es dem Grossen Rat, seine Kontrollfunktion wahrzunehmen. Der Grosse Rat, der bisher im Rahmen seiner Budgetkompetenz die Verwaltung primär bloss aus einer eher kurzfristigen Finanzsicht auf Detailebene beeinflussen konnte, wird mit dem Politikplan stärker auch in die Planung einbezogen. Mit dem neu geschaffenen Instrument des Planungsauftrages können die Mitglieder des Grossen Rates den Regierungsrat bei Bedarf beauftragen, den Politikplan wirkungs- oder finanzseitig zu modifizieren.

Mit dem Politikplan wollen wir die Grundlage schaffen für eine umfassende politische Diskussion darüber, wieviel Steuergelder für welche staatlichen Aufgaben und Ziele verwendet werden sollen. Auf der Ebene von Regierung und Parlament ermöglicht der Politikplan die Diskussion über gewünschte Zustände und Änderungen in Gesellschaft und Wirtschaft.

Der Politikplan ist auf die Zukunft unseres Kantons ausgerichtet. Für eine solche Planung ist es allerdings unerlässlich, sich auf der Stufe der Aufgaben- und Ressourcenerfelder rückblickend Rechenschaft zu geben. Deshalb werden wir die Umsetzung des Politikplans laufend überwachen und jährlich – erstmals im Jahr 2003 – Bilanz ziehen.

Der Politikplan ist ein neu entwickeltes Instrument, das aufgrund der Erfahrungen weiter entwickelt und angepasst werden wird. Wir freuen uns, Ihnen nun die Erstaussage unseres Politikplans vorzustellen.

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt



Jörg Schild
Vorsteher des Polizei- und
Militärdepartements



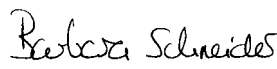
Dr. Ueli Vischer
Vorsteher des Finanzdepartements



Dr. Hans Martin Tschudi
Vorsteher des Justizdepartements



Dr. Ralph Lewin
Vorsteher des Wirtschafts- und
Sozialdepartements



Barbara Schneider
Vorsteherin des Baudepartements



Dr. Carlo Conti
Vorsteher des
Sanitätsdepartements



Dr. Christoph Eymann
Vorsteher des Erziehungsdepartements

Basel, 4. September 2001

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	
1.1 Der Politikplan als Teil der politischen Steuerung im Kanton Basel-Stadt	6
1.2 Der Aufbau des Politikplans	8
<hr/>	
2. Die Rahmenbedingungen	
2.1 Bevölkerung	12
2.2 Wirtschaft	13
2.3 Finanzen	14
<hr/>	
3. Die Schwerpunkte	
3.1 Stadtentwicklung	18
3.2 Integration	19
3.3 Bildung	21
3.4 Staatshaushalt	23
<hr/>	
4. Die Politikbereiche	
4.1 Staatliches Gesamtziel	26
4.2 Recht und Sicherheit	27
4.3 Wirtschaft	28
4.4 Bildung und Kultur	29
4.5 Gesundheit	30
4.6 Soziale Sicherheit	31
4.7 Stadt und Verkehr	32
4.8 Zusammenarbeit mit kantonalen, schweizerischen und ausländischen Partnern	33
<hr/>	
5. Die Aufgaben- und Ressourcenfelder	
5.1 Einleitung	36
5.2 Übersicht über die Felder	39
5.3 Aufgabenfelder	40
5.4 Ressourcenfelder	80
<hr/>	
6. Finanz- und Investitionsplan	
6.1 Übersichtstabellen	90
6.2 Investitionsplan	100
6.3 Finanzplan	101
<hr/>	
7. Glossar	106

1. Einleitung

1.1 Der Politikplan als Teil der politischen Steuerung im Kanton Basel-Stadt

Der Politikplan ist ein wichtiger Bestandteil der politischen Steuerung im Kanton, die nach dem Grundsatz der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (New Public Management; NPM) neu gestaltet wird. Er umfasst die gesamte staatliche und staatlich finanzierte Tätigkeit.

Die politische Steuerung geschieht auf zwei Kompetenzebenen – der Legislative und der Exekutive – und auf vier Inhaltsebenen – den Gesetzen, den Aufgaben- und Ressourcensektoren, den Produktgruppen und den Produkten. Der Politikplan beinhaltet die Aufgaben- und Ressourcensektoren; Produktgruppen und Produkte werden im Rahmen des NPM-Projekts PuMa definiert und verwirklicht. Die Verknüpfung der beiden Ebenen lässt sich folgendermassen darstellen:

Kompetenzebene	Legislative	Exekutive	Zeithorizont
Inhaltsebene			
Gesetze	Gesetze je mit einem kurzen, generellen Leistungsauftrag im Sinne eines (erweiterten) Zweckartikels	evt. Verordnungen zu den Gesetzen	Viele Jahre
Aufgaben- und Ressourcensektoren	Beratung und Kenntnisnahme des Politikplans, Planungsauftrag	Politikplan mit 48 Feldern	4 Jahre
Produktgruppen	Globalbudgets für alle Produktgruppen: Globalbeitrag und übergeordnete Ziele	_____	1 Jahr
Produkte	_____	Leistungsvereinbarungen der Departemente mit allen internen und externen Leistungserbringern	1 Jahr

Die Gesetze (inklusive Verfassung) bilden die höchste Inhaltsebene. Sie werden vom Gesetzgeber (bei Referenden vom Souverän) beschlossen und enthalten je einen generellen Leistungsauftrag im Sinne eines (erweiterten) Zweckartikels. Sie haben einen langfristigen Zeithorizont. Auf der nächsten Inhaltsebene werden diese generellen Leistungsaufträge von der Exekutive im Politikplan konkretisiert, indem in den Aufgaben- und Ressourcensektoren politische Ziele (Wirkungsziele) formuliert werden. Die Legislative kann mit dem Instrument des Planungsauftrages auf die Ausgestaltung des Politikplans Einfluss nehmen. Auf der nächsten Inhaltsebene werden die politischen Ziele weiter konkretisiert. Für jede Produktgruppe verabschiedet die Legislative jährlich die Globalbeiträge und die übergeordneten Ziele. Die übergeordneten Ziele wiederum werden auf der Produktebene als Leistungen konkretisiert. Die Exekutive organisiert und kontrolliert die Leistungserbringung mittels Leistungsvereinbarungen, welche die Departemente mit allen internen und externen Leistungserbringern abschliessen.

Die Darstellung macht deutlich:

Der Politikplan stellt das zentrale politische Steuerungsinstrument der Exekutive dar. Dank der wirkungsorientierten Sicht und der Verknüpfung von politischen Zielen mit der Finanzplanung wird er den Ansprüchen an eine moderne Verwaltungsführung nach NPM-Grundsätzen gerecht. Der Politikplan ist als Planungsinstrument auch dann sinnvoll, wenn die Einführung von Globalbudgets bisher (noch) nicht verwaltungs-

weit erfolgt ist. Wir haben uns deshalb dazu entschlossen, ihn unabhängig von der verwaltungsweiten Ausdehnung von NPM einzuführen. Er eignet sich zudem nicht nur als Planungsinstrument, sondern auch dafür, unsere mittelfristigen Ziele und Absichten darzulegen.

Die staatliche und staatlich finanzierte Tätigkeit lässt sich in Form einer Pyramide darstellen. Jede Ebene umfasst jeweils die gesamte Tätigkeit. Die Ebenen weisen jedoch unterschiedliche Detaillierungsgrade auf. Die Planung und Steuerung erfolgt von oben nach unten.



Die Tätigkeit des Kantons Basel-Stadt wird grob in 7 Politikbereiche unterteilt. Darunter sind sämtliche Aktivitäten der staatlichen Verwaltung in 48 Aufgaben- und Ressourcenfeldern erfasst. Der Politikplan als Planungs- und Steuerungsinstrument des Regierungsrates deckt die oberen drei Ebenen ab. Die Planung und Steuerung der Produkte und Produktgruppen findet in den Departementen und Dienststellen statt.

Diese Pyramide kann auch als Zielpyramide angesehen werden. Ausgehend vom gesamtgesellschaftlichen Staatsziel, das zwangsläufig recht abstrakt bis philosophisch ausgestaltet ist, werden die Ziele der Politikbereiche definiert (siehe Kapitel 4). Diese bilden die Leitlinien für die staatlichen Aktivitäten und werden dann auf der Ebene der Aufgaben- und Ressourcenfelder in der Form von Wirkungszielen konkretisiert (siehe Kapitel 5). Auf der Ebene der Produkte und Produktgruppen werden danach die Ziele als Leistungsziele formuliert.

1.2 Der Aufbau des Politikplans

Rahmenbedingungen

In einem ersten Teil werden die Rahmenbedingungen (Bevölkerung, Wirtschaft, Finanzen) dargestellt. Diese Entwicklungen sind für die Planung relevant, können durch die staatliche und staatlich finanzierte Tätigkeit aber nur beschränkt beeinflusst werden.

Schwerpunkte

In einem zweiten Teil werden die Schwerpunkte der Regierungstätigkeit geschildert. Besondere Bedeutung soll in den nächsten Jahren der Stadtentwicklung, der Integration, der Bildung und dem Staatshaushalt zukommen.

Politikbereiche

In einem dritten Teil werden die grossen Linien der baselstädtischen Politik skizziert. Zuerst werden die grundsätzlichen politischen Ziele des Kantons Basel-Stadt geschildert. Danach werden die staatlichen Aktivitäten grob in sieben Politikbereiche aufgeteilt und die Ziele und Leitlinien für jeden Politikbereich beschrieben.

Aufgaben- und Ressourcenfelder

Das eigentliche Herzstück des Politikplans sind die rund 50 Aufgaben- und Ressourcenfelder. Alle Felder zusammen bilden die gesamte Tätigkeit des Kantons ab. Das heisst, jede staatliche Tätigkeit ist in irgendeinem Feld enthalten. In den Aufgabenfeldern werden die aussengerichteten Tätigkeiten des Kantons abgebildet. Die Aufgabenfelder halten die Departementsgrenzen ein; jedes Aufgabenfeld ist eindeutig einem Departement zugeordnet. Die Ressourcenfelder beinhalten diejenigen Tätigkeiten der Verwaltung, die primär nach innen gerichtet sind. Sie stellen den aussengerichteten Feldern die notwendigen Ressourcen zur Verfügung.

Jedes Feld enthält fünf Teile:

1. die Beschreibung der Tätigkeit;
 2. die mit dieser Tätigkeit angestrebten politischen Ziele;
 3. die wichtigsten Leistungserbringer;
 4. die Vorhaben und Projekte;
 5. die Kosten.
1. Bei der **Beschreibung** der Tätigkeit werden die zentralen Leistungen und die hauptsächlichen Leistungsempfängerinnen und -empfänger angegeben.
 2. Unter den **politischen Zielen** werden die angestrebten Wirkungen der Tätigkeit im entsprechenden Aufgaben- oder Ressourcenfeld aufgeführt. Die Formulierung der Ziele erwies sich als äusserst knifflige Aufgabe, klingt doch eine Zielumschreibung auf Stufe Aufgaben- bzw. Ressourcenfeld rasch zu allgemein oder – zumindest scheinbar – selbstverständlich. Erst auf der nächsttieferen Ebene (Produktgruppen bzw. Produkte) werden die Ziele dann konkret. Die Formulierungen werden in Zukunft wohl noch Änderungen erfahren. Es wurde jedenfalls versucht, die Ziele möglichst greifbar zu formulieren, damit sie als Orientierungspunkte zur Erfüllung der Staatsaufgaben dienen können.
 3. Bei den **wichtigsten Leistungserbringern** werden die wichtigsten Dienststellen der Verwaltung und die wichtigsten externen Leistungserbringer aufgelistet.
 4. Unter **Projekte und Vorhaben** werden Massnahmen beschrieben, die im Verlauf der nächsten vier Jahre umgesetzt oder eingeleitet werden.
 5. Bei den **Kosten** wird aufgezeigt, wie viel die in einem Feld aufgeführten Tätigkeiten wirklich kosten. Die Investitionen sind bei den einzelnen Feldern nicht aufgeführt, die durch Investitionen ausgelösten Kapitalkosten jedoch sehr wohl. Die Angaben zu den Kosten erstrecken sich wie die inhaltliche Planung über vier Jahre. Die Zahlen für das erste Planjahr, welches mit dem folgenden Budgetjahr identisch ist, beruhen auf dem Budget 2002 (Stand: nach 2. Lesung im Regierungsrat) und sind damit verbindlich. Die darauffolgenden Jahre sind reine Planjahre; die angegebenen Zahlen weisen

deswegen nicht mehr dieselbe Verbindlichkeit auf. Für die Kostenplanung der Jahre 2003 bis 2005 wurde der ordentliche Nettoaufwand (ONA) (mit wenigen Ausnahmen, worunter insbesondere die Sozialkosten) entsprechend der prognostizierten Teuerung von 1.7 Prozent fortgeschrieben.

***Investitions- und
Finanzplan***

Im letzten Kapitel werden die Finanzdaten und Kosten der einzelnen Felder in verschiedenen Tabellen zusammengefasst. Auch der Investitionsplan wird dargestellt. Schliesslich werden die Finanzdaten und der Investitionsplan im Finanzplan zusammengeführt.

Glossar

Die im Politikplan verwendeten Fachausdrücke werden im Glossar erklärt.

2. Die Rahmenbedingungen

2.1 Bevölkerung

Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt nahm von anfangs der siebziger Jahre bis 1990 mit relativ konstantem Trend ab. Im Zusammenhang mit der Rezession und der starken Einwanderung aus Ex-Jugoslawien kam diese Abnahme anfangs der neunziger Jahre zum Stillstand, die Bevölkerung nahm sogar bis 1993 wieder etwas zu. Seither hat allerdings der abnehmende Trend wieder eingesetzt, auch wenn sich im vergangenen Jahr die Abnahme etwas abgeschwächt hat.

Die Bevölkerungsabnahme hängt stark mit der Tatsache zusammen, dass der Raumbedarf zum Wohnen seit Jahrzehnten stetig steigt. So nahm die Bevölkerung in Basel-Stadt in den siebziger Jahren um 20% ab, obwohl gleichzeitig der Wohnungsbestand um fast 10% zunahm. Die tiefen Leerstandsziffern zeigen, dass frei werdende Wohnungen in der Regel sofort wieder neue Mieterinnen oder Mieter finden. Offenbar werden die Wohnungen nach einem Wechsel aber im Durchschnitt von weniger Personen bewohnt als vorher. Ein Indikator dafür ist der Anteil der Einpersonenhaushalte, der in Basel-Stadt schon bald bei 50% liegt. Während die Zahl der Rentnerinnen und Rentner, die alleine wohnen, in Basel-Stadt nur noch unterdurchschnittlich ansteigt, ist vor allem bei den 30- bis 50-Jährigen eine starke Zunahme der Einpersonenhaushalte zu verzeichnen. Generell gilt, dass sich die Haushalte mit steigendem Wohlstand mehr Wohnraum pro Person leisten. Bei anhaltend guter wirtschaftlicher Lage wird sich an diesem Verhalten auch in der nächsten Zeit kaum etwas ändern. Da das Angebot an Wohnungen in der Stadt Basel in den letzten Jahren nur noch geringfügig angestiegen ist, ziehen Menschen ins ausserkantonale Umland, auch wenn sie den Kanton Basel-Stadt nicht unbedingt verlassen wollen.

Die Entwicklung der Bevölkerung sagt aus diesen Gründen aber noch nichts über die Entwicklung der Anzahl Haushalte und damit über die Entwicklung der Anzahl Steuerpflichtiger aus. Die Zahl der Haushalte hat gemäss Volkszählung bis 1990 trotz sinkender Bevölkerungszahl zugenommen und dürfte sich seither stabilisiert haben. Gelingt es, mit der Wohnumfeldaufwertung und anderen Stadtentwicklungsmassnahmen (z.B. das Projekt 5000 Wohnungen für Basel-Stadt) finanzkräftigere Bewohnerinnen und Bewohner an die attraktiver gewordenen Orte zu holen bzw. sie nicht mehr zu verlieren, kann deshalb die Steuerkraft trotz sinkenden Einwohnerzahlen erhalten bzw. gar gesteigert werden.

In den nächsten Jahren ist damit zu rechnen, dass die absolute Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner zwischen 20 und 64 Jahren und derjenigen mit Schweizer Pass abnimmt. Deswegen ist anzunehmen, dass der Anteil junger und der Anteil ausländischer Einwohnerinnen und Einwohner trotz praktisch gleichbleibender absoluter Zahl leicht zunehmen wird. Der Anteil älterer Einwohnerinnen und Einwohner wird dagegen stabil bleiben; die absolute Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, die älter als 64 Jahre sind, wird bis 2005 um insgesamt ca. 2000 Personen sinken.

Prognostizierte Bevölkerungsentwicklung für den Kanton Basel-Stadt
Quelle: Statistisches Amt Basel-Stadt

	1990	1995	2000	2005
Wohnbevölkerung	196'419	197'802	188'591	179'000
davon unter 20 Jahre alt	15.9%	17.1%	17.3%	17.9%
davon über 64 Jahre alt	20.4%	20.3%	20.9%	21.0%
davon Ausländerinnen und Ausländer	22.5%	26.2%	27.6%	29.1%

2.2 Wirtschaft

Basel ist und bleibt ein starker Wirtschaftsraum. Diesen Umstand verdankt die Region weiterhin zu einem guten Teil einer prosperierenden chemisch-pharmazeutischen Industrie. So ist die Rezession der neunziger Jahre in Basel weniger stark ausgefallen als auf der anderen Seite des Juras; auch ist die Erholung seit 1997 stärker als im schweizerischen Durchschnitt. Die Schlüsselbranche Chemie/Pharma passt sich seit einigen Jahren den globalen Veränderungsprozessen an, was zwar mit dem Abbau bestehender, aber auch mit der Schaffung von neuen Stellen verbunden sein kann. Die wertschöpfungsintensive chemisch-pharmazeutische Industrie dürfte auch in den nächsten Jahren als dynamische Exportbasis der Region Nordwestschweiz für eine erfreuliche und über dem schweizerischen Mittel liegende Wirtschaftsentwicklung sorgen.

Im Umfeld dieser Schlüsselindustrie gedeiht eine breite Palette von Zulieferbetrieben und artverwandten Kleinunternehmen. Grosse Bedeutung haben aber auch der Finanzsektor (Banken und Versicherungen) und die Logistikbranche: Beide Branchen zusammen bieten in der Region mehr Arbeitsplätze an als die chemisch-pharmazeutische Industrie.

Die Unternehmen, die in Basel neu gegründet werden oder sich hier ansiedeln, sind in der Regel Firmen, die hoch qualifizierte Mitarbeitende beschäftigen. Diese Unternehmen gehören verschiedenen Branchen an, wie Informationstechnologie, Finanzdienstleister oder Beratungsunternehmen. Bedeutend ist auch die Tourismusindustrie, inklusive der Messe- und Kongressaktivitäten. Bei letzteren genießt Basel eine starke internationale, teilweise sogar weltweite Ausstrahlung.

Die reale Wachstumsrate gemessen am Bruttoinlandprodukt von Basel-Stadt liegt gemäss BAK (Konjunkturforschung Basel) über die Jahre 2002 bis 2005 bei rund 3% pro Jahr. Unter Berücksichtigung der Inflation ergibt sich eine wertmässige Steigerung der Wirtschaftskraft um rund 4% pro Jahr. Diese Steigerung der Wertschöpfung spiegelt sich einerseits in einer Erhöhung der Produktivität (Output pro Beschäftigten) wieder, andererseits aber führt sie auch zu einer Zunahme der Beschäftigung um rund 1% pro Jahr. Entsprechend nimmt die Zahl der Grenzgängerinnen und Grenzgänger voraussichtlich weiter leicht zu; die Arbeitslosenquote verharrt unter 2%.

Trotz dieser guten Wirtschaftsaussichten wird bloss eine moderate Teuerung – gemessen am Basler Index der Konsumentenpreise – erwartet; die Inflation wird über die nächsten vier Jahre voraussichtlich unter 2% liegen. Auch die Zinsen bleiben verhältnismässig tief; die Rendite der Bundesobligationen steigt über diese Periode auf voraussichtlich etwa 4½% an. Dank der günstigen Wirtschaftsentwicklung werden sich die Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nominal und real erhöhen.

Geschätzte Veränderungsraten für den Kanton Basel-Stadt in Prozent

Quelle: BAK, Konjunkturforschung Basel AG

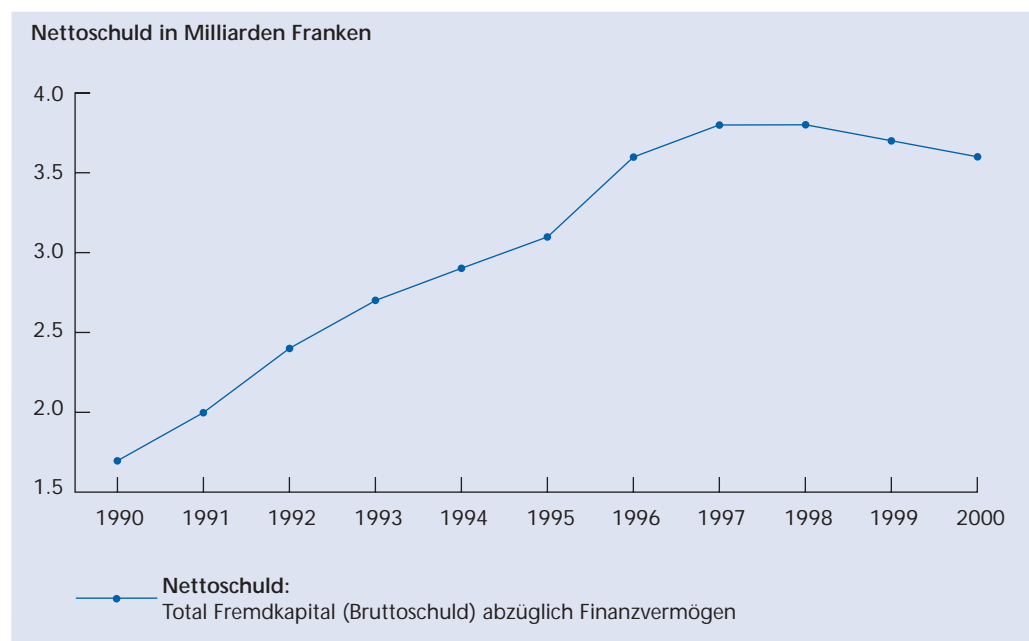
	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Bruttoinlandprodukt real	3.9	2.9	3.1	3.0	3.0	3.0
Bruttoinlandprodukt nominal	3.7	4.0	4.5	4.3	4.2	4.2
Volkseinkommen nominal	5.8	3.9	3.9	4.7	4.8	4.8
Zahl der Beschäftigten	0.9	1.3	1.0	1.0	1.0	1.0
Konsumentenpreise (Teuerung)	1.6	1.4	1.6	1.7	1.7	1.7
Zinsen (Bundesobligationenrendite)	3.9	3.5	4.2	4.4	4.4	4.5

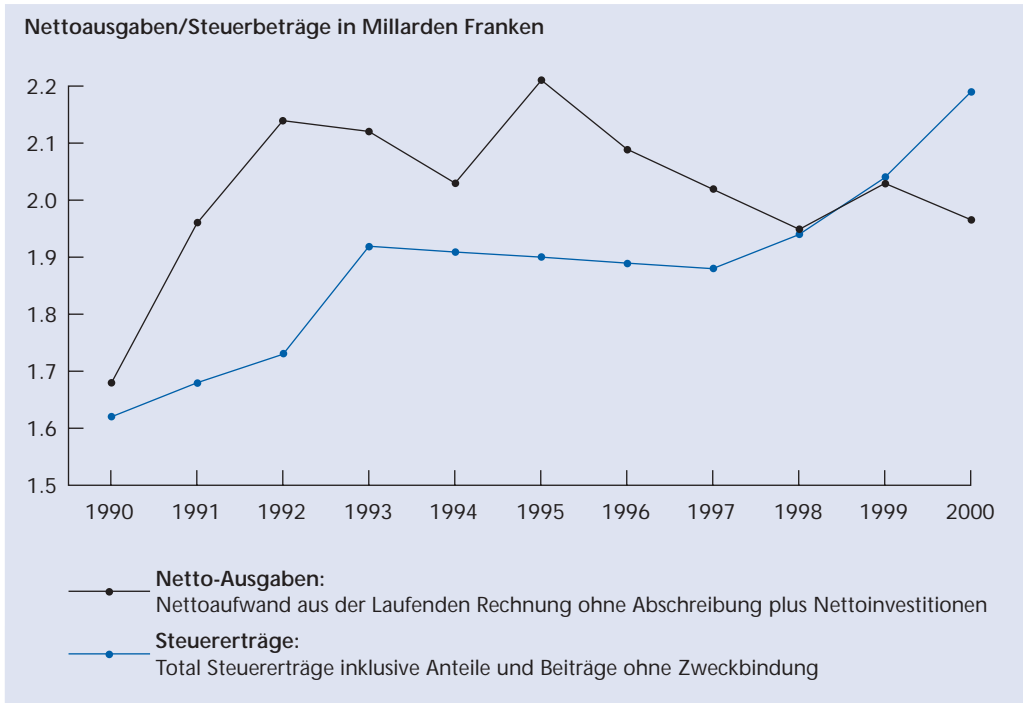
2.3 Finanzen

In den Jahren 1999 und 2000 wurden insbesondere dank der guten Konjunkturlage, aber auch infolge des Sanierungsprogrammes Haushalt 2000, Überschüsse in der kantonalen Staatsrechnung erzielt. In den vergangenen zehn Jahren hatten jedoch Defizite von insgesamt 1.8 Milliarden Franken (Finanzierungssaldi 1989 bis 1998) die Staatsschuld entsprechend ansteigen lassen.

Basel-Stadt hat in der Schweiz die höchsten Staatseinnahmen pro Kopf. Denn bezüglich Wirtschaftskraft, Volkseinkommen und Finanzkraft pro Kopf liegt der Stadtkanton Basel-Stadt beinahe an der Spitze aller Schweizer Kantone; bei den Steuertarifen liegt der Stadtkanton allerdings ebenfalls deutlich über dem Landesmittel. Auf der anderen Seite liegen auch die baselstädtischen Pro-Kopf-Staatsausgaben an der Spitze aller Kantone. Dazu tragen unter anderem auch die hohen Zentrumslasten bei, die für einen Stadtkanton bei einem Kantonsvergleich ungleich mehr ins Gewicht fallen. Trotz hoher Staatseinnahmen – Basel-Stadt belegt bezüglich Finanzstärke nach wie vor hinter Zug den 2. Rang – resultierten in den letzten 10 Jahren mehrheitlich Defizite in der Staatsrechnung. Dies zeigt auf, dass das Finanzproblem des Kantons primär bei einem zu hohen Ausgabenniveau zu suchen ist. Die positiven Abschlüsse der Jahre 1999 und 2000 (sowie voraussichtlich auch 2001) sind in erster Linie auf die konjunktur- und börsenbedingt sehr stark gewachsenen Einnahmen bei den Vermögens- und Ertragssteuern zurückzuführen. Die Einkommenssteuer der natürlichen Personen hingegen, die mit Abstand wichtigste Steuerart, stagniert seit 1993 nominell, das heisst, sie ist real rückläufig. Auch die prognostizierte Erhöhung der Arbeitnehmerinkommen dürfte hier keine wesentliche Besserung bringen: Zum Einen wird eine weitere Abnahme der Wohnbevölkerung erwartet; zum Anderen ist vorerst davon auszugehen, dass trotz der ergriffenen und noch zu ergreifenden Massnahmen des Regierungsrates zur langfristigen Sicherung der Steuereinnahmen von natürlichen Personen kurzfristig keine Trendumkehr erreicht werden konnte. Nach wie vor sind Wegzugerinnen und Wegzuger tendenziell steuerkräftiger als Zuziehende.

Rund 10% der Staatseinnahmen müssen jährlich für den Zinsendienst aufgewendet werden. Ohne diesen Zinsendienst wären die Rechnungsabschlüsse Jahr für Jahr um durchschnittlich 200 Millionen Franken besser ausgefallen. Dies hätte sich sogar in einem kumulierten Überschuss niedergeschlagen. Diese theoretische Darstellung zeigt, wie sehr die Schuldzinsen den Handlungsspielraum einengen.





3. Die Schwerpunkte

3.1 Stadtentwicklung

<i>Ausgangslage</i>	Stadtentwicklung wurde lange vor allem unter dem räumlichen und baulichen Aspekt betrachtet. Da wir bei den aktuellen und zukünftigen Planungsprozessen jedoch auch sozioökonomische und gesellschaftliche Problembereiche berücksichtigen wollen und müssen, schlugen wir 1997 mit dem breiten Bürgerbeteiligungsprozess der Werkstadt Basel neue Wege in der Stadtentwicklungspolitik ein. Daraus resultierte das Aktionsprogramm Stadtentwicklung Basel (APS). Auch in anderen wichtigen Bereichen wurden von uns und den Departementen übergreifende Ziel-, Strategie- und Handlungspapiere für den Kanton Basel-Stadt erarbeitet (z.B. zur Integrations- und Familienpolitik, zum Stadtmarketing, zur Nachhaltigkeit oder zur Kernstadt der trinationalen Agglomeration).
<i>Aktuelle Situation</i>	Ausgehend von bereits bestehenden Strategiepapieren streben wir eine Stadtentwicklung mit einer gesamtheitlichen Sicht an (Stadtentwicklungsplanung), die ihr Potenzial dank vernetzter, querschnittsorientierter Zusammenarbeit über Departementengrenzen hinweg und auch mit externen Partnern entfaltet. Die baselstädtische Stadtentwicklungsplanung betrachtet bauliche, technische, wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Massnahmen grundsätzlich als gleichwertig. Sie beruht auf einer Gesamtsicht und ist auf gemeinsame Ziele und Stossrichtungen ausgerichtet.
<i>Ziele</i>	Die Stadtentwicklungsplanung soll die Zukunftsfähigkeit unseres Kantons als attraktiven Lebensraum für alle Bewohnerinnen und Bewohner nachhaltig sichern und fördern; sie soll Rahmenbedingungen schaffen für eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung, die Erhaltung und Weiterentwicklung des bestehenden Natur- und Kulturräumens. Sie soll auch ermöglichen, schneller auf aktuelle Entwicklungen zu reagieren. Aufgaben von der Verwaltung, einzelnen Interessenvertretungen und Institutionen sollen möglichst zusammen und querschnittsorientiert angegangen und die gemeinsamen Aktivitäten sollen koordiniert werden.
<i>Massnahmen</i>	Um die Stadtentwicklungsplanung voranzutreiben, prüfen wir eine geeignete effiziente und departementsübergreifende Organisationsstruktur. Sie soll unter unserer Führung Koordinations-, Kooperations- und Vernetzungsaufgaben wahrnehmen, Entwicklungsstrategien wie auch Konzepte zur Stadtentwicklung ausarbeiten, Beratung und Dienstleistungen im Bereich Stadtentwicklung anbieten und bei der Entwicklung von stadtentwicklungsrelevanten Prozessen und Projekten mitarbeiten.

3.2 Integration

Ausgangslage

Unter Integration wird gemäss dem regierungsrätlichen Leitbild vom August 1999 die individuelle und tatsächliche Herstellung der Chancengleichheit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens verstanden. Dies gilt grundsätzlich für alle Bewohnerinnen und Bewohner; zur Zeit konzentrieren sich die Integrationsbemühungen auf die fremdsprachigen Bewohnerinnen und Bewohner. Der Verzicht auf eine aktive Integrationspolitik lässt menschliche Probleme und hohe Folgekosten (im Arbeits-, Bildungs-, Sozial- und Gesundheitswesen) entstehen, eine rasche Integration hingegen bereichert die Gesellschaft. Eine aktive Integrationspolitik verursacht zwar direkte Kosten, senkt aber die so genannten Symptomkosten einer fehlenden Integration. Erfolgreiche Integration erhöht die gesellschaftliche, ökonomische und kulturelle Kraft des Stadtkantons und senkt den Bedarf an Leistungen, mit denen Integrationsdefizite bewältigt werden müssen.

Aktuelle Situation

Die Region Basel ist ein starker Wirtschaftsraum und ist, damit sie ihre grosse Wirtschaftskraft entfalten kann, auch auf ausländische Arbeitskräfte angewiesen. Basel weist, wie alle wirtschaftlich starken Städte, einen relativ hohen Anteil von Ausländerinnen und Ausländern auf: Der Anteil beträgt in unserem Kanton fast 30 Prozent und ist damit ebenso hoch wie etwa in Zürich oder Frankfurt. Da die Migrationsbevölkerung durchschnittlich jünger ist als die Schweizer Bevölkerung – diese ist mehrheitlich in der zweiten Lebenshälfte –, liegt der Ausländeranteil bei den Jugendlichen bei knapp 40 Prozent. Die Integrationskraft der baselstädtischen Gesellschaft bestimmt wesentlich die Lebensqualität und die gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven in unserem Kanton. Da man früher im Gegensatz zu heute nicht bemüht war, ausländische Hilfskräfte zu integrieren, besteht bei diesen nun zudem ein Aufarbeitungs- und Nachholbedarf in den Bereichen Information und Bildung.

Unsere Integrationspolitik baut heute konsequent darauf auf, dass die Einwohnerinnen, Einwohner, Zuzügerinnen und Zuzüger ihr Potenzial an Wissen, Arbeitskraft und Kultur, das sie besitzen, durch geeignete Massnahmen möglichst rasch entfalten und zu ihrem und dem allgemeinen Nutzen einsetzen können (ressourcen-orientierter Potenzialansatz). Einwohnerinnen, Einwohner und Zuziehende sollen gefördert werden, gleichzeitig werden jedoch auch Forderungen an sie gestellt. Diese Forderungen betreffen insbesondere Gesetzestreue und Respektieren der Regeln, die in der Schweiz für den Alltag, die Arbeit und das nachbarschaftliche Zusammenleben gelten; Integrationswille; Nutzung der Angebote zur Integrationsförderung; soziales und kulturelles Engagement, damit Basel-Stadt auch vom kreativen und kulturellen Potenzial der Zuzügerinnen und Zuzüger profitieren kann, sowie Erfolgsorientierung.

Ziele

Das Ziel der Integration, nämlich die tatsächliche Chancengleichheit für alle in Basel-Stadt lebenden Personen, soll zu einem gedeihlichen Zusammenleben von Einheimischen und Zuziehenden beitragen. Mit dem ressourcen-orientierten Potenzialansatz und durch eine systematische Koordination mit anderen Bereichen soll die Integration unter anderem auch der Stadtentwicklung und der Pflege der Schulqualität dienen sowie einen nachhaltigen Beitrag zur Entlastung des Staatshaushaltes leisten.

Massnahmen

Die Integrationsmassnahmen konzentrieren sich auf Bereiche der Informations-, Bildungs- und Sozialpolitik. Massnahmen zur Aufwertung der dicht bebauten Quartiere, des Wohnortmarketings und Massnahmen in den Bereichen Kultur und Gesundheit tragen ebenfalls zur Integration bei.

Die Neuzuziehenden sollen von Beginn weg möglichst schnell integriert werden.

Fremdsprachige werden individuell vom Zeitpunkt ihrer Anmeldung an beraten und die Angebote und Erwartungen werden zielgruppenspezifisch kommuniziert. Die Informationskampagne «Tatsachen gegen Vorurteile» wird weitergeführt.

Im Bereich der *Bildungspolitik* gilt es, durch bestehende und neue Bildungsprojekte, welche bisher nicht integrierte Fremdsprachige erfassen, die Integration zu verbessern. Die Integration wird auch durch ergänzende Sprach- und Integrationskurse für Zuzie-

hende und spezifisch für Migrantinnen sowie durch eine stufenübergreifende Sprachförderung ab Kindergarten gefördert. Mit fremdsprachigen Erziehenden soll systematisch Kontakt aufgenommen werden, damit Chancengleichheit hergestellt und Sozialisierungs- und Bildungsprobleme der zweiten Generation minimiert werden können.

Im Bereich der *Sozialpolitik* stehen die Bemühungen im Vordergrund, den sozialen Abstieg von Einheimischen und Zugezogenen zu vermeiden und die Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger rasch wieder in die Arbeitswelt zu integrieren. In der Sozialhilfe soll die gezielte Betreuung der Sozialhilfeempfängerin bzw. des Sozialhilfeempfängers (Case-Management) die Regel werden. Zudem wird das Tagesbetreuungsangebot erhöht. Für Nachbarkonflikte wird das Mediations- (Vermittlungs-)angebot sichergestellt. Die Aufenthaltsperspektiven von Asylsuchenden sollen rasch abgeklärt werden.

3.3 Bildung

Ausgangslage

Der Wirtschaftsstandort Basel mit seinen wertschöpfungsintensiven Unternehmen und Institutionen des Non-Profit-Sektors benötigt Arbeitskräfte mit hoher Qualifikation und der Fähigkeit zu lebenslangem Lernen. Deswegen werden an die Kindergärten, Schulen und Hochschulen unseres Stadtkantons hohe Ansprüche gestellt. Die kulturelle und soziale Zusammensetzung fordert neben der Wissensvermittlung besonders von den unteren Stufen, aber auch von der Weiterbildungsschule und den Berufsschulen, hohe Integrationsleistungen.

Schulen

Aktuelle Situation

Wir wollen im Kanton Basel-Stadt Schulen von hoher Qualität. Um die Schulqualität kontinuierlich zu verbessern und langfristig zu sichern, stehen ab 2002 zusätzliche Mittel zur Verfügung. Die Leistungsfähigkeit der Schulen soll damit gezielt verbessert werden.

Ziele

Der Handlungsspielraum und die Steuerungsverantwortung der Schulleitungen sollen im Rahmen einer klar definierten Teilautonomie weiter gestärkt werden. Deshalb soll die Finanzsteuerung über Lektionendächer (Total aller wöchentlichen Lektionen pro Schülerin und Schüler) sukzessive weiterentwickelt werden. Für die Berufsschulen bedarf es der Entwicklung eines analogen Finanzsteuerungsinstruments. Auch ist geplant, ein Konzept für das Qualitätsmanagement auf allen Schulstufen zu erarbeiten.

Massnahmen

Mit der Einführung des Steuerungsmittels Lektionendach nimmt unser Kanton landesweit eine Vorreiterrolle ein. Es erlaubt den Schulleitungen, ihre Mittel in eigener Verantwortung pädagogisch wirksam und wirtschaftlich einzusetzen. Je nach Bedarf können die zur Verfügung stehenden Lektionen beispielsweise für kleinere Klassen oder für zusätzliche Förder- oder Stützmassnahmen eingesetzt werden. In einem weiteren Schritt sollen Instrumente zur Steuerung der Berufsschulen sowie der Bereiche Leitung, Administration, Weiterbildung und Schulentwicklung an allen Schulen geschaffen werden. Für teilautonome Schulen ist es wichtig, dass Verfahren zur Überprüfung von Leistungen und Wirkungen eingerichtet werden. Dies soll im Rahmen des geplanten Qualitätsmanagementsystems geschehen. Es nimmt die aktuellen Bemühungen um Qualitätssicherung an den Schulen auf und führt sie weiter. Vom geplanten Massnahmenpaket zur Verbesserung der Attraktivität des Lehrberufs stehen Teile bereits kurz vor der Umsetzung. Die längerfristigen Massnahmen werden im Laufe des Jahres 2002 realisiert. Unter anderem sollen die Karriere- und Laufbahnplanung optimiert, Burn-out-Problemen vorgebeugt und das Image des Lehrberufs verbessert werden. In den kommenden Jahren steht auch die Umsetzung des kantonalen Integrationsleitbildes an. Zu einem wesentlichen Teil wird dies im Schulbereich geschehen (siehe Kapitel 3.2). Es gilt, bereits bestehende, meist auf Initiative einzelner Lehrkräfte oder Schulleitungsmitglieder realisierte Projekte zu koordinieren, zu ergänzen und sie in eine langfristige Strategie einzuordnen.

Hochschulen

Aktuelle Situation

Im Fachhochschulbereich kann – nicht zuletzt dank der guten Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft – auf eindruckliche Erfolge in der letzten Amtsperiode verwiesen werden. Der Prozess der Fachhochschulbildung ist allerdings keineswegs abgeschlossen: Einerseits steht die ebenfalls gemeinsam mit dem Nachbarkanton getragene (Fach-)Hochschule beider Basel für Pädagogik und Soziale Arbeit (HPSA-BB) vor der Gründung, andererseits geht die Diskussion über die künftige Zusammenarbeit mit den übrigen Kantonen der Nordwestschweiz weiter. Die 1996 in die Autonomie entlassene Universität Basel konnte ihre Struktur festigen, steht aber in erster Linie auf Grund der schwierigen Positionierung innerhalb der schweizerischen Universitätslandschaft vor grossen Herausforderungen. Dies gilt insbesondere auch für die Humanmedizin. Der Medizinischen Fakultät steht in den nächsten Jahren ein Akkreditierungsprozess bevor. Eine erfolgreiche Akkreditierung ist für die Weiterführung von Lehre und Forschung in unserer Region von existentieller Bedeutung.

Ziele

Für Universität und Fachhochschulen streben wir in den kommenden Jahren Schritte zu erweiterten und verstärkten Trägerschaften an. Die Hochschulen sollen erfolgreich positioniert werden.

Massnahmen

Eine hochrangige Delegation von Regierung und Verwaltung von Basel-Stadt und Basel-Landschaft hat den Auftrag, bis Ende 2002 ein verbindliches Modell für eine gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel vorzubereiten. Gleichzeitig soll eine den ganzen Hochschulbereich umfassende Lösung mit den übrigen Kantonen der Nordwestschweiz geprüft werden.

Eine erfolgreiche Positionierung der Hochschulen – insbesondere der Universität – im internationalen Wettbewerb erfordert Mittel in einem Ausmass, das auch die bikantonale, geschweige denn die kantonale, Leistungsfähigkeit sprengt. Der Bund muss deshalb im Interesse des schweizerischen Lehr- und Forschungsstandorts sein finanzielles Engagement an den kantonalen Universitäten markant erhöhen. Seitens der beiden Basel – längerfristig der ganzen Nordwestschweiz – muss alles unternommen werden, um eine Marginalisierung der regionalen Hochschulen im gesamtschweizerischen Umfeld zu verhindern. Für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Basel ist die Universität mit all ihren sechs Fakultäten von erstrangiger Bedeutung. Ausser der Sicherung der bestehenden Angebote stehen dabei Entwicklungen in Lehre (z.B. Einrichtung des Bachelor-Master-Systems, Mittelbauförderung) und Forschung (z.B. weiterer Ausbau der Life Sciences oder auch Gender Studies) im Vordergrund. Dies bedingt eine Erhöhung der Betriebsmittel, die der Kanton Basel-Stadt allerdings nicht alleine aufbringen kann. Im Zusammenhang mit dem zusätzlichen Finanzbedarf soll auch eine Lösung für die langfristige Sicherung der Investitionen der Universität gefunden werden. Eine schleichende Auszehrung unserer Hochschulen würde sich für die gesamte Region nachteilig auswirken.

Die Medizinische Fakultät strebt die erfolgreiche Akkreditierung als Lehr- und Forschungsstätte an. Dies setzt eine stärkere Handlungsfähigkeit voraus. Deswegen müssen die Organisation und Finanzierung der Fakultät neu geregelt werden. Vor allem ist eine Trennung von Lehre und Forschung von den Dienstleistungen notwendig, um zum Einen die Kostentransparenz, die das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) fordert, zu erreichen. Zum Andern ist die Stellung der Medizinischen Fakultät innerhalb der Gesamtuniversität aber auch im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen für eine gemeinsame Trägerschaft der beiden Basel von Bedeutung: Die nicht patientenbezogenen Teile der Fakultät sollen organisatorisch und finanziell in die Universitätsstrukturen integriert werden; die patientenbezogenen universitären Einrichtungen (Kliniken und Institute) sollen hingegen im Einflussbereich des baselstädtischen Sanitätsdepartements bzw. der basellandschaftlichen Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion verbleiben.

3.4 Staatshaushalt

Ausgangslage

Das Volkseinkommen wie auch die Steuerbelastung sind in Basel-Stadt sehr hoch (siehe auch Kapitel 2.3.). Die Kombination der höchsten Steuereinnahmen pro Kopf der Bevölkerung aller Kantone und der sowohl im regionalen als auch im Städtevergleich hohen Steuerbelastung bedeutet einen Standortnachteil, auch wenn die damit finanzierten Leistungen unseres Zentrums Kantons in manchen Bereichen höchste Qualität aufweisen. Die Steuereinnahmen aus Einkommen der natürlichen Personen stagnieren in Basel-Stadt trotz guter Konjunkturlage seit Jahren. Real betrachtet sind sie gar leicht rückläufig (seit 1993 rund -1 Prozent pro Jahr). Die gute Entwicklung der Gesamtsteuereinnahmen ist insbesondere auf den börsenbedingten Anstieg bei den Vermögenssteuern und die konjunkturell stark prozyklischen Ertragssteuern der juristischen Personen zurückzuführen. Wir können uns auf diese speziellen Umstände mittelfristig nicht verlassen. Auch das Ausgabenvolumen, das unter anderem stark geprägt ist durch die Tatsache, dass Basel-Stadt ein Stadtkanton ist, ist sehr gross. Die Defizite der vergangenen Jahre summierten sich zu einem Bruttoschuldenberg von 5.6 Milliarden Franken oder 29'000 Franken pro Kopf der Bevölkerung. Die Zinszahlungen von rund 200 Millionen Franken pro Jahr engen den finanziellen Handlungsspielraum unseres Kantons ein. Steigt die Verschuldung weiter an, ist zu befürchten, dass die Refinanzierung teurer wird, da die Gläubiger eine zusätzliche Risikoprämie verlangen könnten.

Aktuelle Situation

Die konjunkturell geprägten, erfreulichen Abschlüsse der Jahre 1999 und 2000 – sowie voraussichtlich auch 2001 – dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der baselstädtische Finanzhaushalt immer noch mit strukturellen Problemen zu kämpfen hat. Aufgrund der Sanierungsmassnahmen der 90er Jahre und der guten Konjunktur-entwicklung konnte zwar in den letzten Jahren eine Trendwende erreicht werden, doch im Vergleich mit anderen Kantonen liegen bei uns Steuerbelastung, Ausgaben-niveau sowie Schuldenquote (Schuld im Verhältnis zum Volkseinkommen) immer noch teilweise an der Spitze, jedenfalls deutlich über dem Durchschnitt.

Die regierungsrätliche Zielsetzung eines im Durchschnitt mindestens ausgeglichenen Haushaltsergebnisses in der Planperiode 2002–2005 wird – trotz des günstigen wirtschaftlichen Umfeldes – nur mit einer restriktiven Ausgabenpolitik zu erreichen sein. Gemäss der vorliegenden Planung kann diese Zielsetzung lediglich dann erreicht werden, wenn das Wachstum des Ordentlichen Nettoaufwandes der Departemente die Teuerung nicht übersteigt. Diese Planung beinhaltet bereits eine Zunahme der Steuererträge gegenüber dem Budget 2001 von circa 130 Millionen Franken und Verbesserungen im Bereich der Finanzausgaben und allgemeinen Einnahmen von 40 Millionen Franken bis ins Jahr 2005. Diesen Verbesserungen stehen ausserordentliche Verschlechterungen von mehr als 120 Millionen Franken gegenüber. Diese werden insbesondere durch den Wegfall von Sanierungsmassnahmen «Haushalt 2000», durch erhöhte Beiträge an die eidgenössische AHV/IV und durch zusätzliche Lasten im Gesundheitsbereich verursacht.

Ziele

Oberstes Ziel des Staatshaushaltes ist es, eine nachhaltige Entwicklung der Staatsfinanzen sicherzustellen, um langfristig finanzielle Handlungsspielräume zu schaffen bzw. zu erhalten. Dies erfordert eine nachhaltige Entwicklung der Einnahmen und der Ausgaben. Basel-Stadt muss folglich für sein Steuersubstrat ein attraktiver Standort sein. Mit den Massnahmen, die wir im Rahmen des Aktionsprogramms Stadtentwicklung Basel (APS) bereits ergriffen haben und noch ergreifen werden, haben wir bereits Einiges zur langfristigen Sicherung der Steuereinnahmen von natürlichen Personen getan. Weiter müssen die staatlichen Leistungen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates entsprechen; das heisst, die Ausgaben müssen im langjährigen Mittel in einem ausgeglichenen Verhältnis zu den Einnahmen stehen. Dazu ist es notwendig, dass die Schuldenquote in einem ersten Schritt reduziert und anschliessend stabilisiert wird. Auf der Einnahmenseite soll die Steuerbelastung tendenziell gesenkt werden. Die Zentrumsleistungen, die Basel-Stadt auch zugunsten des Umlandes erbringt, müssen

vermehrt abgegolten werden. Dies betrifft vorab die Bereiche Bildung, Kultur und Gesundheit. Diese Zentrumsleistungen können von Basel-Stadt nicht mehr im heutigen Mass getragen werden. Im Interesse der Region mit einem gesunden Zentrum mit Infrastrukturen auf dem im Standortwettbewerb geforderten Niveau gilt es, auf dem Weg finanzieller Partnerschaften weiter voranzukommen.

Massnahmen

Der Politikplan ist unter anderem ein wichtiger Schritt hin zu einer integralen mittelfristigen Planung von Finanzen und Leistungen im Kanton Basel-Stadt. Er zeigt auch die finanziellen Handlungsspielräume und Engpässe unter Berücksichtigung der zukünftig erwarteten Entwicklungen auf.

Um eine Ausgabenpolitik zu vermeiden, die sich ausschliesslich am stark konjunkturell geprägten Verlauf der Einnahmen orientiert, sollen die Ausgaben künftig von den Einnahmen abgekoppelt werden. Hierfür haben wir in den vergangenen Monaten ein Modell für eine sogenannte *Schuldenbremse* entwickelt, welches wir zur Zeit intensiv prüfen.

Eine *flächendeckende Umsetzung von NPM* wird die operative Führung der gesamten Verwaltungstätigkeit und der externen Leistungserbringer über Globalbudgets und entsprechende Leistungsvereinbarungen ermöglichen. Damit wird die Idee der wirkungsorientierten Verwaltungsführung konsequent auf der Ebene der politischen Steuerung wie auch der konkreten Leistungserbringung umgesetzt.

Zudem werden *Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft* über eine nutzenäquivalente Abgeltung der Kosten der Universität inklusive der Medizinischen Fakultät geführt (siehe Kapitel 3.3).

4. Die Politikbereiche

In diesem Kapitel werden die grossen Linien der baselstädtischen Politik gezeichnet. Zunächst werden, da die aktuelle Kantonsverfassung praktisch nichts darüber aussagt, die grundsätzlichen politischen Ziele des Kantons Basel-Stadt geschildert. Sie stellen die oberste Maxime und Rechtfertigung für staatliches Handeln der kantonalen Verwaltung dar. Danach werden die staatlichen Aktivitäten grob in sieben sogenannte Politikbereiche aufgeteilt und die Ziele in diesen Bereichen vorgestellt. Diese Oberziele dienen auch der Festlegung der Ziele der einzelnen Aufgabenfelder (siehe Kapitel 5).

4.1 Staatliches Gesamtziel

Das Ziel des staatlichen Handelns im Kanton Basel-Stadt ist, die Wohlfahrt der hier lebenden Bevölkerung zu fördern. Die Wohlfahrt ist optimal, wenn die Einwohnerinnen und Einwohner ihre Stärken entfalten können und bei Schwächen, soweit diese einen wesentlichen Nachteil darstellen, Hilfe und Unterstützung erhalten. Wohlfahrt bedingt ebenfalls, dass die physische, psychische und gesellschaftliche Integrität aller Einwohnerinnen und Einwohner bis zu einem bestimmten Niveau gewährleistet ist. Um diese Ziele zu erreichen, legt der Kanton die geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen fest und setzt diese durch. Er gewährleistet im Rahmen des Rechtsstaates die Freiheit und baut auf die Selbstverantwortung jedes Einzelnen sowie auf dessen Engagement für die Gemeinschaft. So sorgt der Kanton dafür, dass sich die Bevölkerung ihren Stärken und Neigungen entsprechend entfalten kann. Der Kanton fördert die Chancengleichheit, die Integration und die Mitwirkung in der Gesellschaft.

Der Kanton bekennt sich zur sozialen Marktwirtschaft. Er greift dort korrigierend ein, wo der freie Markt wichtige Güter nicht in der gesellschaftlich erwünschten Menge und/oder Qualität bzw. nicht zum gesellschaftlich erwünschten Preis zur Verfügung stellt. Er schützt und unterstützt die wirtschaftlich Schwachen.

Der Regierungsrat bekennt sich grundsätzlich zu einem hochstehenden Leistungsniveau. Dieses kann allerdings nicht in sämtlichen Gebieten über dem schweizerischen Durchschnitt und nur in ganz wenigen, bewusst gewählten Bereichen auf internationalem Spitzenniveau liegen. Zudem darf die Steuerbelastung mittel- bis langfristig nicht wesentlich über dem schweizerischen Mittelwert liegen und der Staatshaushalt muss langfristig gesund sein.

4.2 Recht und Sicherheit

Die Bevölkerung soll in Frieden, Sicherheit und Menschenwürde leben können.

Das **Recht** dient dazu, die Friedensordnung aufrechtzuerhalten und allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren. Die Rechtsordnung orientiert sich am Prinzip der Gewaltenteilung. Rechtssetzung, Rechtsanwendung und Rechtssprechung sind organisatorisch und personell getrennt. Die Rechtssetzung im Kanton Basel-Stadt orientiert sich an der Gerechtigkeit und insbesondere an rechtsstaatlichen und sozialen Kriterien. Im Mittelpunkt steht der einzelne Mensch mit seinen Bezügen zu den Mitmenschen und zur natürlichen Umwelt. Die Rechtssetzung beachtet die rechtsstaatlichen Maximen der Gesetzmässigkeit, des öffentlichen Interesses, der Verhältnismässigkeit und der Rechtssicherheit. Die kantonale Rechtsordnung hat allen Personen, die in ihren Geltungsbereich fallen, die ihnen zukommenden Rechte zu verschaffen. Die kantonale Rechtssetzung passt sich an das Bundesrecht und das internationale Recht an und beachtet die Rechtsordnungen der benachbarten Gemeinwesen. Sie trägt zu einer verlässlichen Gesellschaftsordnung bei. Die Rechtsanwendung bezweckt den rechtsstaatlichen, verhältnismässigen und bürgerfreundlichen Gesetzesvollzug durch die Verwaltung. Die Verwaltung sorgt für einen an den Grundrechten und am Vertrauensprinzip orientierten, willkürfreien Gesetzesvollzug, der im Rahmen der rechtsstaatlichen Vorgaben effizient und effektiv ausgestaltet ist. Der Gesetzesvollzug bezieht sich sowohl auf das kantonale als auch auf das dem kantonalen Recht vorgeordnete Bundesrecht und internationale Recht. Die Rechtssprechung wird durch Gerichte wahrgenommen, die von der Kantonsverfassung und dem Gesetz vorgesehen sind. Die Gerichte sorgen im Rahmen ihrer Rechtssprechung für die Aufrechterhaltung des Rechtsfriedens und für die Rechtsfortbildung.

Um Frieden, **Sicherheit** und Menschenwürde zu schützen, besitzt der Kanton das Gewaltmonopol. Auch mit präventiven Massnahmen erhält und stärkt Basel-Stadt die Sicherheit. Ziel des Gewaltmonopols ist es, den Staat mit der nötigen Stärke zu versehen, damit er in der Lage ist, die innere Friedensordnung aufrechtzuerhalten. Der Kanton unterhält eine Polizei, die an rechtsstaatliche Grundsätze gebunden ist und sich bürgerfreundlich verhält. Sie arbeitet grenzübergreifend mit den Polizeikräften der benachbarten Gemeinwesen zusammen. Der Kanton verfolgt Straftaten und sorgt für einen humanen Strafvollzug. Das Ziel der Sicherheitspolitik ist es, die öffentliche Ordnung und Sicherheit, die öffentliche Ruhe, die öffentliche Gesundheit, die öffentliche Sittlichkeit sowie Treu und Glauben im Geschäftsverkehr zu schützen. Basel-Stadt legt bei seiner Sicherheitspolitik spezielles Gewicht auf Bereiche, in denen die absoluten Rechtsgüter Leib, Leben und Eigentum – wie etwa bei Verbrechen, Strassenverkehrsdelikten, bei Bränden, bei Umweltverschmutzungen oder bei Erdbeben – besonders gefährdet sind. Auch das Sicherheitsgefühl der Einwohnerinnen und Einwohner soll, vor allem auch durch eine bürgerfreundliche Polizeipräsenz, gestärkt werden. Die Polizei in Basel-Stadt soll in einem engen Kontakt mit der Bevölkerung stehen. So können Einwohnerinnen, Einwohner und Polizei partnerschaftlich zusammenwirken und die Probleme auf lokaler Ebene gemeinsam angehen (Community Policing). Der Kanton fördert insbesondere auch präventive Massnahmen, um Gewalt zu verhindern und die Sicherheit zu erhöhen.

4.3 Wirtschaft

Der Kanton Basel-Stadt setzt sich im Rahmen der vom Bund garantierten Wirtschaftsfreiheit und Eigentumsgarantie für eine nachhaltige Sicherung des Wohlstands der Bevölkerung ein. Er greift in der Regel nicht aktiv in das Wirtschaftsgeschehen ein, sondern konzentriert seine Wirtschaftsförderung auf das Schaffen und Erhalten von attraktiven, im Vergleich zu anderen Standorten im In- und Ausland überdurchschnittlichen Rahmenbedingungen. Er unterstützt den Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten Arbeitskräften durch das Bereitstellen von sehr guten Ausbildungsstätten und einer kundenfreundlichen Arbeitsmarktbehörde. Er setzt sich dafür ein, dass möglichst viele Menschen in der Wirtschaft eine existenzsichernde Arbeit finden und fördert die Sozialpartnerschaft zwischen Unternehmen und Arbeitnehmenden. Er setzt sich auch für die Erhaltung und den weiteren Ausbau der nationalen und internationalen Verkehrsanbindung ein und erbringt generell qualitativ hoch stehende Infrastrukturdienstleistungen, damit die Wirtschaft in einem optimalen Umfeld gedeihen kann.

Der Kanton Basel-Stadt bekennt sich ausdrücklich zum Forschungs- und Produktionsstandort Basel im Bereich der chemisch-pharmazeutischen Industrie und der Biotechnologie. Ausbildungs- und Forschungsstätten in diesem Bereich werden besonders gefördert. Weitere Schlüsselbranchen für Basel stellen auch weiterhin die Finanz- und Versicherungswirtschaft, die Logistik und das Messe- und Kongresswesen dar, die im internationalen Wettbewerb erfolgreich agieren. Daneben ist es für einen lebendigen und zukunftsgerichteten Wirtschaftsstandort von grosser Bedeutung, dass ein starkes Gewerbe und innovative, wertschöpfungsstarke Unternehmen auch aus anderen Branchen in Basel überdurchschnittliche Rahmenbedingungen vorfinden. Mit der Förderung des Netzwerks zwischen Forschung, Ausbildung und Wirtschaft sowie dem Bereitstellen von Infrastruktur und Beratung leistet der Kanton Aufbauhilfe für neue, innovative Wirtschaftsbetriebe mit hoher Wertschöpfung, insbesondere im Bereich der Life Sciences, Informationstechnologie sowie Energietechnik (Alternativenergien, Energieeffizienzsteigerung).

Im Bereich des Service Public greift der Kanton direkt in den Markt ein und erbringt Leistungen im Bereich der Bereitstellung von Wasser und leitungsgebundener Energie, beim öffentlichen Verkehr sowie im Bildungs- und Gesundheitswesen. Der Kanton sorgt dafür, dass die Stärken der Wirtschafts- und Tourismusregion Basel nach innen und aussen offensiv und professionell kommuniziert werden. Im Bereich des Standortmarketing arbeitet er eng mit dem Kanton Basel-Landschaft zusammen.

4.4 Bildung und Kultur

Bildung und Kultur sind entscheidende Standortfaktoren für Basel-Stadt. Ein breites und qualitativ hoch stehendes Angebot in beiden Bereichen trägt dazu bei, die Attraktivität des Kantons als Wohn- und Arbeitsort zu erhalten und punktuell zu steigern.

Das **Bildungswesen** vermittelt Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine Bildung nach Massgabe ihrer Fähigkeiten und Interessen. Es soll die Entwicklung zur mündigen, toleranten und verantwortungsbewussten Persönlichkeit und die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen fördern. Das Bildungswesen soll zudem die Grundlage für das Zusammenleben in Gesellschaft und Demokratie sowie für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Einzelnen legen. Die Bildungschancen im Kanton Basel-Stadt sind gleich, unabhängig von Geschlecht, sozialer oder kultureller Herkunft, Religion und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit der Auszubildenden bzw. deren Eltern. Der Kanton fördert Schülerinnen und Schüler gleichermaßen. Der Unterricht erfolgt grundsätzlich gemeinsam. Basel-Stadt fördert die Aus- und Weiterbildung bildungsbenachteiligter Gruppen und die Integration aller Kinder und Jugendlichen. Behinderte erhalten ein auf ihre besondere Situation ausgerichtetes Angebot. An den staatlichen Schulen gewährleistet der Kanton einen konfessionell und politisch neutralen Unterricht. Der Besuch der staatlichen Kindergärten und Schulen ist unentgeltlich; der Besuch einer Ausbildung auf Tertiärstufe ist kostengünstig. Im Gegensatz dazu sind jedoch Weiterbildungsangebote – mit sozialpolitisch begründeten Ausnahmen – grundsätzlich durch die Nutzerinnen und Nutzer zu finanzieren.

Basel-Stadt koordiniert sein Bildungsangebot insbesondere mit den übrigen Kantonen der Nordwestschweiz. Im Hochschulbereich strebt der Kanton eine Ausdehnung und Vertiefung der Trägerschaften an (siehe dazu auch Kapitel 3.3.). Basel-Stadt überprüft die Bildungsangebote regelmässig auf ihre Qualität und die Organisation des Schulsystems auf seine Zweckmässigkeit. Der Kanton fördert die kontinuierliche Weiterentwicklung der Schulen sowie die Durchlässigkeit zwischen den und innerhalb der Bildungsstufen.

Das reiche **kulturelle Angebot** hat Basel Format und Ansehen verliehen. Der Kanton Basel-Stadt will die kulturelle Tradition Basels in die Zukunft tragen und kontinuierlich mit neuen Impulsen versehen. Das Basler Kulturschaffen und dessen Vermittlung soll über Kantons- und Landesgrenzen hinaus wirken. Ein qualitativ hochstehendes kulturelles Leben in Basel-Stadt ist eine Bereicherung für die gesamte Region, für ihre Bevölkerung und ihre Wirtschaft. Nicht zuletzt deswegen ist Basel-Stadt auch auf eine angemessene Kooperationsbereitschaft seitens von Basel-Landschaft angewiesen.

Der Kanton unterstützt Kulturinstitutionen, deren (Haupt-)Tätigkeiten in einem marktähnlichen Umfeld nicht überlebensfähig wären. Die unterstützten Institutionen müssen im Austausch mit der Region stehen, von Zeit zu Zeit internationale Standards setzen und einen spezifischen Leistungsauftrag erfüllen. Besondere Unterstützung erhalten die Institutionen der Sparten Kunst und Musik. Neben den Kulturinstitutionen unterstützt der Kanton zeitgenössische Kulturprojekte. Bei der Projektförderung stehen insbesondere das Reaktionsvermögen auf neue Kunstformen und -inhalte im Vordergrund. Die öffentliche Kulturförderung kann so das freie Kunst- und Kulturschaffen kontinuierlich stützen. Als primäres Förderungskriterium gilt die Eigenständigkeit der künstlerischen Form und ihres Inhaltes. Die Projekte sollen durch die Arbeiten selbst oder deren Präsentation einen Bezug zu Basel haben.

Wichtige Kantonsaufgaben liegen auch in der Stadtarchäologie und im Denkmalschutz, welche die eigene Geschichte erfahrbar machen. Die Erhaltung des baulichen Erbes soll unter Berücksichtigung der Ansprüche an eine lebendige Stadt erfolgen.

4.5 Gesundheit

Physische und psychische Gesundheit ist ein grundlegendes Bedürfnis des einzelnen Individuums wie auch ein gesellschaftliches Anliegen. Deswegen liegt es sowohl im persönlichen Interesse als auch im Interesse des Gemeinwesens, das körperliche oder geistige Wohlbefinden zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Der Gesundheitszustand wirkt sich direkt auf das Zusammenleben, aber auch auf die Leistungsfähigkeit der Bevölkerung aus. Basel-Stadt setzt sich konsequent für die Erhaltung, Förderung sowie die Wiederherstellung der Gesundheit – daneben aber auch für die Pflege und Betreuung der Chronischkranken und Betagten – ein und sieht die dafür erforderlichen finanziellen Mittel vor.

Grundsätzlich trägt jeder Mensch selbst die Verantwortung für seine eigene Gesundheit und beeinflusst diese weitgehend durch sein Verhalten und seine Gewohnheiten. Basel-Stadt will diesbezüglich die Bewohnerinnen und Bewohner mit Information und Beratung zu Prävention und Gesundheitsförderung sensibilisieren, sie in ihrer gesundheitsbewussten Haltung bestärken und unterstützen. Der Kanton sorgt mit geeigneten Massnahmen auch für ein gesundheitsfreundliches Umfeld. Dazu gehören insbesondere eine intakte Umwelt, Sicherheit im Strassenverkehr und Schutz vor Gewalt, aber auch beispielsweise die Förderung sportlicher Betätigung in der Schule oder auf dem Sportplatz.

Basel-Stadt setzt sich zum Ziel, für kranke und verunfallte Menschen eine quantitativ ausreichende und qualitativ hochstehende Gesundheitsversorgung bereitzustellen, die auch künftig insgesamt finanzierbar und für das Individuum erschwinglich bleibt. Im Spitalbereich steht die nachhaltige Sicherung der Zentrumsfunktionen Basel-Stadts für die Region Nordwestschweiz als Hauptaufgabe im Vordergrund. Der Medizinischen Fakultät und den Universitätskliniken soll eine Weiterentwicklung ermöglicht werden. Dafür ist es unerlässlich, die Trägerschaft zu regionalisieren und das Einzugsgebiet zu vergrössern.

4.6 Soziale Sicherheit

Soziale Sicherheit ist dann erreicht, wenn im Zusammenspiel von Eigenverantwortung und gegenseitiger Solidarität sich jedes Mitglied der Gesellschaft optimal entfalten und in einem fruchtbaren Austausch mit der Gesamtgesellschaft stehen kann. Sind diese Entwicklung und dieser Austausch auf Grund innerer oder äusserer Gegebenheiten gefährdet, helfen der Kanton und die Gemeinden bei der Beseitigung bestehender Hindernisse und bei der Suche nach individuellen Lösungswegen. Sie sorgen dafür, dass jedes Mitglied der Gesellschaft unabhängig von seiner wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ein menschenwürdiges Leben führen kann.

Basel-Stadt garantiert die grundlegenden sozialen Sicherungssysteme nach Bundesrecht. Diese werden ergänzt durch ein subsidiäres System, das den materiellen Bedürfnissen der Bevölkerung ebenso Rechnung trägt wie dem individuellen Bedarf nach Beratung, Begleitung und Betreuung. Der Kanton fördert Strukturen, welche die materielle Unabhängigkeit und die individuelle Selbstbestimmung, die berufliche und soziale Integration und die Chancengleichheit der Einwohnerschaft erhalten und stärken. Basel-Stadt legt im Bereich der sozialen Sicherheit besonderes Gewicht auf Massnahmen, welche die Eigenkräfte und die Leistungsfähigkeit seiner Einwohnerinnen und Einwohner im Interesse der Einzelnen und der Gesamtgesellschaft verstärken und nutzbar machen. Zudem fördert der Kanton die Koordination und Kooperation zwischen den verschiedenen Akteuren im Bereich der sozialen Sicherheit.

4.7 Stadt und Verkehr

Die Entwicklung der Stadt Basel soll die Lebensqualität der Bevölkerung erhalten und erhöhen. Die staatliche und private Bautätigkeit soll qualitativ hochstehend und nachhaltig sein. Bei der Gestaltung der öffentlichen Räume werden Sicherheitsaspekte, gestalterische und sozialpolitische Aspekte berücksichtigt.

Die Innenstadt soll ihren historischen Charakter bewahren und sich gleichzeitig als Zentrum eines breiten kulturellen Lebens der Region weiterentwickeln. In den Quartieren soll die Wohnqualität verbessert werden. Indem Wohnungen zusammengelegt, Gebiete umgezont und Industrieareale und Büroräumlichkeiten umgenutzt werden, soll zusätzlicher qualitativ hochstehender Wohnraum geschaffen werden. Mit attraktiven Rahmenbedingungen, auch im Bereich der Stadtgestaltung, und in enger Zusammenarbeit mit den Partnern aus Industrie und Wirtschaft werden gute Nutzungs- und Erschliessungsbedingungen für alle geschaffen.

Bestehende Grünanlagen werden aufgewertet und ergänzt. Geeignete Grünräume werden mittels Alleen, Grünverbindungen, Hinterhofaufwertungen sowie Fassaden- und Dachbegrünungen vernetzt. In der Innenstadt werden geeignete Flächen für Freizeitaktivitäten und attraktive Aufenthaltszonen zur Verfügung gestellt. Für Grossanlässe wie Herbstmesse, Zirkusse, Märkte und Kulturevents werden geeignete Räume definiert, zur Verfügung gestellt und mit Infrastruktur ausgestattet.

Als Bindeglied zwischen den städtischen Räumen, aber ebenfalls als Quelle von Beeinträchtigungen der Lebensqualität (Trennwirkung, Luft- und Lärmbelastung, Flächenverbrauch) ist auch der **Verkehr** bei der Entwicklung des Kantons und der Region von zentraler Bedeutung. Dazu gehört auch die Koordination der Verkehrspolitik und der weitere Ausbau der verkehrlichen Infrastruktur im trinationalen Raum, insbesondere mit dem Kanton Basel-Landschaft und dem Bund. In der kantonalen Raumplanung wird eine ausgewogene Verteilung der Wohn-, Arbeits-, Grün-, Erlebnis- und Verkehrsflächen angestrebt. Durch die Förderung der stadtgerechten Verkehrsarten (Fussgänger, Velo, öffentlicher Verkehr) wird der Flächenverbrauch des Verkehrssystems verbessert. Der flächenintensive motorisierte Individualverkehr wird so kanalisiert und bewirtschaftet, dass der Flächenverbrauch limitiert und vorhandene Fahrbahn- und Parkierungsflächen optimal ausgenutzt werden.

Die kantonale Verkehrspolitik zielt auf eine stadtgerechte Mobilität. Stadtgerechte Mobilitätsarten werden gezielt gefördert. Um das Gesamtsystem zu verbessern, sollen die verschiedenen Verkehrsmittel zu Transportketten vernetzt werden. Dabei wird die freie Wahl des Verkehrsmittels respektiert und die Anforderungen des gewerblich notwendigen Verkehrs an die Erreichbarkeit berücksichtigt.

Der Verkehr wird menschen- und umweltgerecht sowie ökonomisch optimiert: Die ungeschützteren Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer (Fussgängerinnen und -gänger, Velofahrende) werden geschützt; tödliche und schwere Verletzungen werden weiter vermindert; der Verslumung von Strassen und Plätzen durch übermässige Verkehrslasten wird entgegengewirkt; es wird besonders Rücksicht genommen auf die Bewegungsbedürfnisse der Kinder und Jugendlichen sowie auf Menschen mit eingeschränkter Mobilität. Die Umweltlasten des Verkehrs (Luftverschmutzung, Lärm und Energieverbrauch) werden minimiert. Das Gesamtverkehrssystem ist volkswirtschaftlich effizient und für die Allgemeinheit finanziell tragbar. Mittels einer entsprechenden Preisgestaltung sollen Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer vermehrt ein ökonomisch effizientes Verkehrsmittel wählen. Der optimierte Flächenverbrauch des Verkehrssystems trägt dem ökonomischen Wert des städtischen Raumes Rechnung.

4.8 Zusammenarbeit mit kantonalen, schweizerischen und ausländischen Partnern

Der Kanton Basel-Stadt ist in hohem Masse durch seine Grenzlage geprägt. Die vielen Grenzen bringen zahlreiche Hindernisse für die Bevölkerung und die hier ansässige Wirtschaft mit sich. Der Kanton hat deshalb gute grenzüberschreitende Beziehungen mit seinen Nachbarn dies- und jenseits der Landesgrenzen (z.B. im Rahmen des EU-Förderprogrammes INTERREG) wie auch mit nicht benachbarten Regionen in Europa und den Vereinigten Staaten (z.B. Massachusetts) aufgebaut. Diese grenzüberschreitenden Beziehungen gewinnen noch an Bedeutung und bedürfen der weiteren Intensivierung. Denn die internationale Verflechtung von Wirtschaft und Politik nimmt – gerade auch im Hinblick auf die Einführung der bilateralen Verträge mit der EU – weiter zu. Zudem hat der Grossraum Basel schon längst alle territorial-institutionellen Grenzen gesprengt. Unter den verschiedenen grenzüberschreitenden Beziehungen, die Basel-Stadt pflegt, ist diejenige zum Kanton Basel-Landschaft besonders wichtig.

Ziel der regionalen Partnerschaft ist es, in allen wichtigen Fragen und Aufgaben eine fruchtbare Koordination oder Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinwesen zu erreichen, um damit Synergieeffekte zugunsten aller Partner zu erreichen. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Region Basel sollen durch die bestehenden politischen Grenzen nicht in ihren Entfaltungsmöglichkeiten beschnitten werden. Hindernisse, welche die Lebensqualität einschränken oder den Alltag der Menschen erschweren, beispielsweise bei der Arbeits- und Wohnungssuche oder bei der Eröffnung eines eigenen Geschäfts, sollen abgebaut werden. Die staatlichen Aufgaben in der Region Basel müssen effizient erbracht werden. Die bestehenden politischen Grenzen dürfen nicht zu einer Verteuerung der in der Region staatlich erbrachten Leistungen führen. So drängen sich gerade für den Stadtkanton Basel-Stadt Kooperationen und Partnerschaften auf, etwa in den Bereichen Verkehr, Raumordnung, Gesundheitswesen oder Bildung und Kultur. Beim Umweltschutz ist eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit gar unverzichtbar, da Umweltverschmutzungen vor keiner Grenze halt machen und die Lebensqualität der ganzen Region bedrohen können.

Regionale Zusammenarbeit führt häufig dazu, dass die Kosten einer Leistung nicht dort anfallen, wo auch die Nutzniesser der Leistung sind. Deshalb setzt sich der Kanton Basel-Stadt dafür ein, dass die Abgeltung für grenzüberschreitend erbrachte staatliche Leistungen für alle involvierten Gemeinwesen fair ist. Grosse regionale Aufgaben werden vorzugsweise gemeinsam erfüllt. Die Region Nordwestschweiz und die trinationale Region Basel sollen gegenüber dem Bund bzw. innerhalb Europas gestärkt werden. Der Kanton Basel-Stadt arbeitet aber auch mit nicht benachbarten Schweizer Partnern zusammen, wenn eine gemeinsame Interessens- oder Problemlage besteht (z.B. mit dem Kanton Genf in Flughafenangelegenheiten und mit dem Kanton Zürich in Drogenfragen) oder wenn der Kanton, z.B. im Rahmen der Konferenz der Kantonsregierungen oder der Fachdirektorenkonferenzen einen Beitrag leisten kann (z.B. Bundesfinanzausgleich und Agglomerationspolitik). Die für 2002 anstehende Umsetzung der bilateralen Abkommen mit der EU tangiert, wie viele andere Problemlösungen auch, die Kompetenzen der Kantone. Deshalb will der Kanton Basel-Stadt zusammen mit der Region durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit an Gewicht gewinnen und sich so gegenüber dem Bund oder innerhalb eines Europas der (starken) Regionen besser Gehör verschaffen.

5. Die Aufgaben- und Ressourcenfelder

5.1 Einleitung

Die Felder

Der Politikplan umfasst 40 Aufgaben- und 8 Ressourcenfelder. Sie bilden zusammen die gesamte staatliche Tätigkeit Basel-Stadts ab. Die Aufgabenfelder beinhalten die aussengerichteten Tätigkeiten, deren Wirkung den Empfängerinnen und Empfängern in der Bevölkerung zugute kommt.

Die Aufgabenfelder halten die Departementsgrenzen ein; das heisst, dass jedes Aufgabenfeld einem Departement zugeordnet ist, das für diesen Tätigkeitsbereich die Federführung innehat. Selbstverständlich tragen daneben auch andere Departemente dazu bei, diese Aufgabe zu erfüllen. Im Interesse der Führungsfähigkeit wird in Kauf genommen, dass Bereiche, die von mehreren Departementen bearbeitet werden, organisatorisch nicht zusammengeführt werden. Damit soll die Einführung des ohnehin recht komplexen Politikplanes nicht noch zusätzlich durch Reorganisationen belastet werden.

Die Ressourcenfelder beinhalten jene Leistungen, die nicht direkt nach aussen gerichtet sind, jedoch die Voraussetzungen dafür schaffen, dass die in den Aufgabenfeldern genannten Tätigkeiten erfüllt werden können. Sie stellen also den aussengerichteten Aufgabenfeldern die notwendigen Ressourcen zur Verfügung.

Die folgende Zusammenstellung der Aufgaben- und Ressourcenfelder enthält für jedes Feld jeweils eine Beschreibung der Tätigkeit, eine Beschreibung der damit verfolgten politischen Ziele, die Nennung der wichtigsten Leistungserbringer, eine nicht abschliessende Liste von Projekten und Vorhaben sowie Angaben zu den Kosten.

Bei der *Beschreibung* werden die zentralen Leistungen und die hauptsächlichen Leistungsempfängerinnen und -empfänger angegeben.

Die *politischen Ziele* umfassen die politisch wünschbaren Zustände oder Änderungen in der Gesellschaft und in der natürlichen Umwelt, die durch die staatlichen – oder staatlich finanzierten – Leistungen erzielt werden sollen. Die Formulierung dieser Ziele erwies sich als äusserst schwierig, klingt doch auf dieser hoch aggregierten Ebene eine Zielumschreibung rasch zu allgemein und – zumindest scheinbar – selbstverständlich. Erst auf der nächsttieferen Ebene (Produktgruppen bzw. Produkte) werden die Ziele dann konkret und verbindlich. Dennoch wurde versucht, die Ziele möglichst greifbar zu formulieren, damit sie als Orientierungspunkte zur Erfüllung der Staatsaufgaben dienen können. Zudem kann auch die Wirkung nicht bei allen Zielen objektiv gemessen werden. Die subjektiv empfundene Wirkung kann mit Befragungen von Einwohnerinnen und Einwohnern überprüft werden. Solche Befragungen können als Kontrollinstrument dienen. Aus ihren Resultaten lässt sich ableiten, in welchen Bereichen der Verwaltungstätigkeit Anpassungen angestrebt werden sollten.

Bei den *Leistungserbringern* werden die Dienststellen und die wichtigsten externen Leistungserbringer aufgelistet. Da der Politikplan ein Planungsinstrument des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt ist, sind diejenigen Institutionen, die beispielsweise im Auftrag der Land- oder Bürgergemeinden Tätigkeiten wahrnehmen, nicht verzeichnet.

Unter *Projekte und Vorhaben* werden Massnahmen beschrieben, die im Verlauf der nächsten vier Jahre umgesetzt oder eingeleitet werden. Die Liste der Projekte und Vorhaben kann und will nicht abschliessend sein, da aktuelle Entwicklungen auch weitere Projekte oder Vorhaben erforderlich machen können. Gerade kürzerfristig geplante Vorhaben können künftig jeweils in die jährlich überarbeiteten Ausgaben des Politikplanes aufgenommen werden. Die Auswahl der Projekte und Vorhaben wird denn auch von den Departementsvorsteherinnen und -vorstehern der federführenden Departemente geprägt.

Jedes Feld enthält zudem Angaben zu den *Kosten*. Die Angaben in der Tabelle zeigen auf, wieviel die Erfüllung der Ziele, die in einem Aufgabenfeld genannt sind, den Kanton kostet. Um zur gewünschten Kostensicht zu gelangen, muss der Ordentliche Nettoaufwand (ONA; Differenz von Aufwand und Ertrag) mit den kalkulatorischen

Positionen ergänzt werden. Diese enthalten Querschnittsleistungen sowie kosten-, aber nicht finanzwirksame Grössen. Die Querschnittsleistungen betreffen insbesondere Leistungen aus den Bereichen Informatik, Personal und Finanzen sowie der Departementsstäbe, welche Vorleistungen auf Departementebene erbringen. Die kosten- aber nicht finanzwirksamen Grössen sind die Abschreibungen sowie die kalkulatorischen Zinsen und Mieten. Bei einer Kostenrechnung führen Investitionsausgaben via Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen zu einer Erhöhung der jährlichen Kosten. Aus der Ergänzung des ONA um die kalkulatorischen Positionen ergibt sich der Saldo der Kosten-/Leistungsrechnung (KLR). Um zu den Vollkosten zu gelangen, gilt es in einem letzten Schritt, die Saldi der KLR der Ressourcenfelder auf die Aufgabenfelder umzulegen. In den Ressourcenfeldern werden nämlich Tätigkeiten ausgeübt, die für die Erfüllung der in den Aufgabenfeldern abgebildeten Tätigkeiten notwendig sind. Deswegen müssen die Kosten dieser Vorleistungen letztlich auch diesen Aufgabenfeldern zugerechnet werden. Der Saldo der Vollkosten zeigt dann, wieviel die Erfüllung einer Aufgabe kostet.

Verbindlichkeit der Finanzzahlen

Die Erstellung einer Kostenrechnung kann nicht in allen Punkten exakt sein. Vielmehr fließt insbesondere bei den kalkulatorischen Positionen immer ein gewisses Ermessen mit ein.

Die im folgenden Kapitel abgebildete Vollkostenrechnung ist die erste auf gesamtkantonalen Ebene erstellte Kostenrechnung. Sie wird in den nächsten Jahren laufend angepasst und verbessert werden. Änderungen in den Vollkosten einzelner Felder werden in Zukunft kommentiert werden. So kann unterschieden werden, ob die Änderungen aufgrund von Verbesserungen in der Kalkulation oder durch tatsächliche Kostenänderungen verursacht wurden. Trotz aller Ermessensspielräume kommen die Vollkosten der Frage nach den wirklichen Kosten jener Tätigkeiten, die im Rahmen eines Aufgabenfeldes geleistet wurden, wesentlich näher als eine reine Finanzsicht.

Die Aufgaben- und Ressourcenfelder sind die neue Plangrösse des Politikplans. Die für die Planung zuständige Behörde, der Regierungsrat, hat bis anhin nicht mit diesen Einheiten gearbeitet. Im Politikplan werden die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel erstmals über einen Planungshorizont von vier Jahren auf diese neue Plangrösse zuteilt. Diese Zuteilung unterliegt jedoch aus unserer Sicht zwei wichtigen Vorbehalten:

1. Zum Einen lehrt die Erfahrung, dass bei gegebenem Haushaltsziel schon in einem Zeitraum vom einen zum nächsten Budget – und erst recht über vier Jahre – neue, nicht vorhersehbare finanzielle Einflüsse hinzukommen. Diese können positiv und negativ sein. Je weiter der Planungshorizont, desto unverbindlicher müssen deshalb die Annahmen beurteilt werden. Dies gilt auch für die volkswirtschaftlichen Annahmen, die wir getroffen haben: Teuerung und Wirtschaftswachstum. Entwickeln sich diese anders als vorausgesagt – und dies wird aufgrund der Erfahrungen mit Sicherheit der Fall sein – dann ergeben sich auch für die Finanzplanung entsprechende Abweichungen. Dieser Ungenauigkeitsgrad führt ohne weiteres zu Abweichungen in zwei- bis dreistelliger Millionenhöhe. Deswegen macht es aus unserer Sicht keinen Sinn, bei Abweichungen vom Haushaltsziel in einer Perspektive von vier Jahren z.B. bereits heute hypothetische Verzichtsplanungen vorzunehmen. Denn solche könnten und würden bei potentiell betroffenen Gruppen zu grösserer Verunsicherung führen, auch wenn sie sich dann später als unnötig erweisen sollten. Gleiches gilt umgekehrt für die Zuteilung (planweise) zusätzlich verfügbarer Mittel, die dann in der Realität doch nicht zur Verfügung stehen würden.
2. Der zweite wichtige Vorbehalt gegenüber der in diesem Politikplan vorgenommenen Ressourcenzuteilung betrifft unser Ziel, in der Finanzplanung nicht nur die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen gleichmässig fortzuschreiben, sondern im

Sinne einer qualifizierten Zuteilung der Mittel auch eine Umverteilung von Ressourcen nach politischen Kriterien zu diskutieren und vorzunehmen. Wir haben bei der Ausarbeitung des Politikplanes, die uns während rund eines Jahres intensiv beschäftigt hat, bewusst darauf verzichtet, bereits bei der ersten Ausgabe des Politikplanes eine qualifizierte Zuteilung der Finanzen der Jahre 2003 – 2005 auf die Aufgaben- und Ressourcenfelder vorzunehmen. Denn wir halten es für erforderlich, vorgängig ausführliche Diskussionen im Regierungskollegium zu führen. Erst das Resultat dieser Diskussionen wird zeigen, ob überhaupt jedes Aufgaben- bzw. Ressourcenfeld gezielt im Verhältnis zu den gesamten Ausgaben oder auch im Verhältnis zu anderen Aufgaben- bzw. Ressourcenfelder mit Finanzen in korrigierter Höhe bestückt werden kann.

Verbindlich sind die Zahlen für das Jahr 2002, denn hierbei handelt es sich um das Budgetjahr. Die Zahlen der drei Planjahre 2003 – 2005 wurden mit wenigen Ausnahmen lediglich linear fortgeschrieben. Die Zuteilung der Finanzen auf die drei Planjahre wurde somit rein buchhalterisch auf der Basis des Status quo vorgenommen. Bei der Fortführung wurde der ONA (mit wenigen Ausnahmen, worunter insbesondere die Sozialkosten) entsprechend der prognostizierten Teuerung von 1.7% fortgeschrieben.

**Hinweise zur
Verständlichkeit
der Angaben
in den Feldern**

Die Tabellen führen die Vergleichszahlen der Rechnung 2000 (R 2000), des Budgets 2001 (B 2001) und des Budgets 2002 (B 2002) (Stand: nach 2. Lesung im Regierungsrat) sowie die Planzahlen für die Jahre 2003 bis 2005 auf (P 2003, P 2004, P 2005). Während die Zahlen aus dem Budget 2002 verbindlich sind, handelt es sich bei den Jahren 2003 bis 2005 um reine Planjahre; die angegebenen Zahlen weisen deswegen nicht dieselbe Verbindlichkeit auf. Die geringer werdende Verbindlichkeit der Finanzdaten wurde auch mittels der Gestaltung ausgedrückt: Die Spalten mit den nicht verbindlichen Planzahlen sind farblich weniger stark unterlegt als die verbindlichen Zahlen aus Rechnung und Budget, die zudem fett gedruckt sind.

In den Tabellen wurden folgende Abkürzungen verwendet:

R: Rechnung

B: Budget

P: Planung

ONA: Ordentlicher Nettoaufwand

KLR: Kosten-/Leistungsrechnung

Grössere Abweichungen innerhalb der Planjahre (2002–2005) werden in einer Fussnote erläutert.

Die oben aufgeführten sowie weitere Begriffe werden im Glossar (Kapitel 7) erklärt.

5.2 Übersicht über die Felder

BD	ED	JD	PMD	SD	WSD	Judikative
Aufgabenfelder (aussengerichtete Aufgaben/Leistungen)						
1.1 Raumentwicklungsplanung	2.1 Volksschulbildung	3.1 Rechts- und Registerwesen	4.1 Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	5.1 Gesundheitsschutz	6.1 Standortförderung	7.1 Rechtsprechung (Gerichte)
1.2 Bauaufsicht	2.2 Weiterführende Schulbildung	3.2 Vormundschafswesen	4.2 Verkehrsmanagement	5.2 Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	6.2 Arbeitsmarkt und Berufsbildung	7.2 Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)
1.3 Stadtbildpflege und Wohnbauförderung	2.3 Bildung auf Tertiärstufe	3.3 Strafverfolgung und -vollzug	4.3 Kriminalitätsbekämpfung	5.3 Gesundheitsversorgung	6.3 Land- und Waldwirtschaft	
1.4 Gestaltung und Unterhalt der Allmend	2.4 Erwachsenenbildung	3.4 Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	4.4 Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	5.4 Medizinische Aus- und Weiterbildung und klinische Forschung	6.4 Öffentlicher Verkehr	
1.5 Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	2.5 Kulturförderung und -pflege	3.5 Gleichstellung von Frauen und Männern	4.5 Wahlen und Abstimmungen	5.5 Veterinärmedizinische Dienste	6.5 Existenzsicherung	
1.6 Versorgung und Entsorgung	2.6 Sportförderung	3.6 Aussenbeziehungen			6.6 Sozialversicherungen	
1.7 Umweltschutz und Energie	2.7 Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe				6.7 Dokumentation	
	2.8 Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern					

Ressourcenfelder (Vorleistungen für alle Departemente)

- 8.1 Steuererhebung (FD)
- 8.2 Zentrale Finanzdienste (FD)
- 8.3 Zentrale Personaldienste (FD)
- 8.4 Zentrale Bau- und Raumdienste (BD, FD)
- 8.5 Zentrale Informatik- und Telefondienste (FD)
- 8.6 Zentrale Materialdienste (ED)
- 8.7 Behörden und zentrale Stäbe (WSD, PMD)
- 8.8 Departementsstäbe (alle Departemente)

5.3 Aufgabenfelder

Raumentwicklungsplanung

BD • 1.1

Beschreibung ■ Regionale und kantonale Raumentwicklungsplanung in den Bereichen Siedlung, Landschaft und Verkehr.

Politische Ziele ■ Die Auswirkungen der Raumentwicklungsplanung im Kanton Basel-Stadt sind für Bewohnerinnen und Bewohner, Wirtschaft sowie Besucherinnen und Besucher attraktiv und nachhaltig.
 ■ Die Verteilung von Wohn-, Arbeits-, Grün- und Erlebnisflächen ist ausgewogen.
 ■ Auf den dafür vorgesehenen Achsen wird der öffentliche und private Verkehr gezielt verflüssigt, in den untergeordneten Strassen wird der Verkehr beruhigt.
 ■ Die Raumentwicklungsplanung wird in sich, mit den Nachbarn (NWCH/D/F) und mit dem Bund abgestimmt.

Wichtigste Leistungserbringer Hochbau- und Planungsamt, Departementssekretariat, Parkraumdelegierte

Projekte und Vorhaben ■ Etappiertes Umsetzen des Verkehrsplanes unter Berücksichtigung der Angebotsorientierung.
 ■ Erarbeiten eines Konzeptes für Hochleistungsstrassen im Einklang mit dem Verkehrsplan (z.B. Zubringer Allschwil, A2/Südzubringer, Nationalstrasse A2, Abschnitt 7 «Umfahrung Gundeldingen»).
 ■ Teilzonenplanrevision, rund 30 Projekte wie z.B. DB-Güterbahnhofareal, DB-Rangierbahnhofareal, Stadtteilentwicklung Äusseres St. Johann, Areal Bahnhof Süd, Grosspeter-Areal usw.).
 ■ Evaluieren und Aufbauen einer Organisationsstruktur, die im regierungsrätlichen Schwerpunktbereich Stadtentwicklung adäquate Leistungen erbringt und Entscheidungsgrundlagen erarbeitet.
 ■ Erstellen eines Freiraumkonzeptes für die Stadt Basel.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	5.7	6.8	7.4	7.5	7.6	7.8
Ertrag	0.0	0.1	0.2	0.2	0.2	0.2
ONA	5.7	6.7	7.2	7.3	7.4	7.5
Kalkulatorische Positionen			0.6	0.6	0.6	0.6
Saldo KLR			7.7	7.9	8.0	8.1
Umlage Ressourcenfelder			0.2	0.2	0.2	0.2
Saldo Vollkosten			7.9	8.0	8.2	8.3

- Beschreibung**
- Abwicklung und Koordination von Baubewilligungsverfahren, Überwachung der Bauausführung bis zur Abnahme der Bauten.
 - Vollzug in den Bereichen Bauvorschriften, Bausicherheit und Schutzraumbau.

- Politische Ziele**
- Die räumliche Nutzung durch Bauten und Anlagen im Kanton erfolgt zweckmässig und umweltschonend.
 - Bauten und Anlagen sind sicher, so dass Menschen keinen vermeidbaren Gefahren ausgesetzt sind.
 - Baubewilligungsverfahren werden transparent und schnell abgewickelt.

Wichtigste Leistungserbringer Bauinspektorat, Amt für Bausubventionen und Zivilschutzbau

- Projekte und Vorhaben**
- Einführen des neuen elektronischen Systems zur Bearbeitung von Baubegehren (BBG2000) ab September 2001 und damit Verbessern und Beschleunigen der Baubewilligungsverfahren sowie Vereinfachen der verwaltungsinternen administrativen Abläufe.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	3.1	3.6	2.7	2.7	2.8	2.8
Ertrag	2.7	3.0	2.7	2.7	2.8	2.8
ONA	0.4	0.6	0.0	0.0	0.0	0.0
Kalkulatorische Positionen			1.0	1.1	1.1	1.1
Saldo KLR			1.0	1.0	1.1	1.1
Umlage Ressourcenfelder			0.1	0.1	0.1	0.1
Saldo Vollkosten			1.1	1.1	1.1	1.1

Stadtbildpflege und Wohnbauförderung

BD • 1.3

Beschreibung

- Einrichtung und Aufwertung des öffentlichen Stadtraumes.
- Integrale Stadtbildpflege und objektbezogener Denkmalschutz.
- Förderung des privaten Wohnungsbaus.

Politische Ziele

- Der öffentliche Stadtraum ist identitätsstiftend, funktionsgerecht und ermöglicht eine hohe Erlebnis- und Aufenthaltsqualität.
- Die Wohnattraktivität von Basel-Stadt wird durch eine qualitative und quantitative Verbesserung des Wohnungsangebotes erhöht.

Wichtigste Leistungserbringer

Hochbau- und Planungsamt, Stadtgärtnerei und Friedhöfe, Amt für Bausubventionen und Zivilschutzbau, Logis Bäle (extern)

Projekte und Vorhaben

- Verbessern des Wohnumfeldes durch Begrünung (z.B. durch Anreizprogramme zur Dachbegrünung, Fassadenbegrünung, Hinterhofumgestaltungen /-aufwertungen gemäss Aktionsprogramm Stadtentwicklung) und Durchgrünen der Allmend (z.B. Umsetzung Alleenkonzzept, weitere Aufwertung von Baumstandorten).
- Umsetzen der APS-Aufträge wie Impulsprojekt 5000 Wohnungen für Basel-Stadt (Logis Bäle) oder Wohnumfeldaufwertung.
- Anstossen oder Unterstützen von Projektentwicklungen für private oder halbstaatliche Bauten und Areale mit städtebaulich oder stadtentwicklerisch hohem Stellenwert.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	0.7	0.7	0.7	0.7	0.7	0.8
Ertrag	0.8	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
ONA	- 0.1	0.7	0.7	0.7	0.7	0.8
Kalkulatorische Positionen			4.2	4.2	4.3	4.4
Saldo KLR			4.9	5.0	5.0	5.1
Umlage Ressourcenfelder			0.1	0.1	0.1	0.1
Saldo Vollkosten			5.0	5.1	5.2	5.3

Gestaltung und Unterhalt der Allmend | BD • 1.4

- Beschreibung**
- Planung, Projektierung, Realisierung und Unterhalt der kantonalen Verkehrs- und Infrastrukturbauten, der Nationalstrassen, Brücken, Tunnelbauten, Wasserbauten und des Hochwasserschutzes.
 - Sicherstellung der Planaufgaben, der Baulinien und des Landerwerbs auf Allmend.
 - Pflege der Allmend und Organisation der Allmend-Nutzung.

- Politische Ziele**
- Die Allmend (inkl. Gewässer) ist angebotsorientiert und nachhaltig geplant und bebaut. Sie wird nachhaltig genutzt und unterhalten.

Wichtigste Leistungserbringer Tiefbauamt, Stadtgärtnerei und Friedhöfe, Hochbau- und Planungsamt

- Projekte und Vorhaben**
- Weiter Umsetzen der Kampagne «Basel wird sauber!» (z.B. Abfallerziehungstage für Schulen, Ferienaktionen für Kinder, Plakatkampagne, Informationsstände und Putzaktionen).
 - Massnahmen zur Verbesserung von Gestaltung und Ausstattung der Allmend (Ausarbeiten eines Leitbildes Öffentlicher Raum, Realisierung des Beleuchtungskonzeptes Innerstadt).

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	61.8	64.0	68.2	69.4	70.6	71.8
Ertrag	28.0	29.0	31.0	31.6	32.1	32.7
ONA	33.8	35.0	37.2	37.8	38.5	39.1
Kalkulatorische Positionen			129.6	131.8	134.1	136.3
Saldo KLR			166.8	169.6	172.5	175.5
Umlage Ressourcenfelder			2.9	2.9	3.0	3.0
Saldo Vollkosten			169.7	172.6	175.5	178.5

- Beschreibung**
- Planung, Pflege, Schutz und Entwicklung des gesamten öffentlichen städtischen Grüns als Lebens-, Erholungs- und Freizeitraum.
 - Bestattungen auf den Friedhöfen.

- Politische Ziele**
- In Basel-Stadt gibt es ein funktionsfähiges, engmaschig verknüpftes Grün- und Freiflächensystem.
 - Das öffentliche Grün zeichnet sich aus durch Bedürfnisgerechtigkeit und eine hohe Aufenthaltsqualität. Die Bewirtschaftung ist nachhaltig.
 - Eine schickliche Bestattung ist sichergestellt.

Wichtigste Leistungserbringer Stadtgärtnerei und Friedhöfe

- Projekte und Vorhaben**
- Sichern und Aufwerten des öffentlichen Grüns (Sanieren und Umgestalten Rosentalanlage, Dreirosenanlage, Voltamatte, Elisabethenanlage).
 - Sicherstellen und Entwickeln der Grünflächenvernetzung (Umsetzung Grün- und Freiraumkonzept sowie Natur- und Landschaftsschutzkonzept wie auch durch Massnahmen im privaten und halbprivaten Bereich [Vorgärten, Hinterhöfe, Fassaden- und Dachbegrünung, Familiengärten]).

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	33.7	33.5	33.7	34.3	34.8	35.4
Ertrag	11.5	12.6	12.8	13.0	13.2	13.4
ONA	22.2	20.9	20.9	21.3	21.7	22.0
Kalkulatorische Positionen			4.4	4.5	4.5	4.6
Saldo KLR			25.3	25.8	26.2	26.6
Umlage Ressourcenfelder			0.8	0.8	0.8	0.8
Saldo Vollkosten			26.1	26.5	27.0	27.5

- Beschreibung**
- Produktion von Trinkwasser und Fernwärme.
 - Projektierung, Realisierung und Unterhalt der Infrastruktur für Elektrizität, Fernwärme, Trinkwasser, Erdgas sowie Abwasser- und Abfallanlagen.
 - Die Versorgungssicherheit mit Fernwärme und Trinkwasser ist gewährleistet.
 - Verteilung von Elektrizität und Erdgas sowie die Entsorgung von Abwasser und Abfall.

- Politische Ziele**
- Die Ver- und Entsorgungssicherheit ist gewährleistet: Keine wesentlichen Ausfälle von Elektrizität, Fernwärme, Trinkwasser, Erdgas sowie keine wesentlichen Ausfälle und Unterkapazitäten in Abwasser- und Abfallanlagen.
 - Die Ver- und Entsorgung ist umweltgerecht und wirtschaftlich.

Wichtigste Leistungserbringer Amt für Umwelt und Energie, Industrielle Werke Basel, Tiefbauamt, Stadtgärtnerei und Friedhöfe

- Projekte und Vorhaben**
- Fördern des Ersatzes von Erdöl durch Fernwärme und Erdgas, sofern wirtschaftlich (Förderung z.B. durch attraktives Angebot an Private v.a. im Zusammenhang mit Leitungsbauvorhaben).
 - Anstreben eines Gleichgewichts zwischen der Kapazität der KVA und den anfallenden brennbaren Abfällen, indem Massnahmen zur Abfallvermeidung, Abfallverwertung durchgeführt und Abfälle (Wertstoffe wie Papier, Karton, Altholz, Glas und ungeeignete Abfälle wie Rohstoffe, Autos shredder etc.) speziellen Entsorgungsanlagen zugewiesen werden.
 - Die Fliessgewässer werden von direkten Abwassereinleitungen entlastet (z.B. durch den Bau eines Regenrückhaltebeckens in der ARA, Projektstart Herbst 2001).

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	63.0	61.1	*38.3	39.0	39.6	40.3
Ertrag	90.9	92.6	*69.4	70.5	71.7	73.0
ONA	- 28.0	- 31.4	- 31.1	- 31.6	- 32.1	- 32.7
Kalkulatorische Positionen			71.2	72.4	73.7	74.9
Saldo KLR			40.2	40.8	41.5	42.2
Umlage Ressourcenfelder			0.5	0.5	0.5	0.5
Saldo Vollkosten			40.7	41.3	42.0	42.8

* Ausgliederung der Kehrichtverbrennungsanlage aus dem Rechnungskreis des Baudepartements zu den IWB.

- Beschreibung**
- Koordination von Aufgaben im Umweltschutz.
 - Förderung von Umweltbewusstsein und Eigenverantwortung von Verwaltung, Bevölkerung, Gewerbe und Industrie.
 - Lenkung des Energieverbrauchs und Förderung von Energiesparmassnahmen.

- Politische Ziele**
- Die Bevölkerung und die Umwelt werden vor schädlichen und lästigen Einwirkungen geschützt.
 - Emissions- und Immissionsgrenzwerte in den Bereichen Luft, nichtionisierende Strahlen, Lärm, Erschütterung und Boden werden eingehalten.
 - Die Grenzwerte im Bereich Abwasser und bei ober- und unterirdischen Gewässern werden eingehalten.
 - Energie und Trinkwasser werden sparsam und rationell genutzt; erneuerbare Energien werden verstärkt gefördert.
 - Die vorhandenen Ressourcen werden geschont; Abfälle vermindert.

Wichtigste Leistungserbringer Amt für Umwelt und Energie, Lufthygieneamt beider Basel, Amt für Bausubventionen und Zivilschutzbau, Tiefbauamt

- Projekte und Vorhaben**
- Planerische Optimierung der Antennenstandorte (z.B. durch Zusammenlegung der Standorte) im Siedlungsgebiet nach Umweltschutzgesetz zum Schutz der Bevölkerung vor nicht ionisierender Strahlung (z.B. durch kooperatives Vorgehen mit den Telekommunikationsunternehmen).
 - Fördern der Eigenverantwortung von Industrie und Gewerbe mittels weiterer Branchen- und Kooperationsvereinbarungen sowie mit Informationskampagnen.
 - Impulsfördernde Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz (z.B. mittels Förderaktionen wie «Das bessere Fenster», «Das bessere Kühlgerät» und Verteilen von Wassersparsets und Energiesparlampen, etc.).
 - Ausgleich zwischen den Ansprüchen an eine lebendige und eine wohnliche Stadt ohne erhebliche Lärmstörungen (z.B. durch Reduktion der Lärmimmissionen durch Freizeitbetriebe in Wohnbereichen).

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	9.9	10.9	11.6	11.8	12.0	12.2
Ertrag	30.7	31.8	29.8	30.3	30.8	31.3
ONA	- 20.8	- 20.9	- 18.2	- 18.5	- 18.8	- 19.1
Kalkulatorische Positionen			0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo KLR			- 17.9	- 18.2	- 18.5	- 18.8
Umlage Ressourcenfelder			0.2	0.2	0.2	0.2
Saldo Vollkosten			- 17.6	- 17.9	- 18.2	- 18.5

- Beschreibung**
- Ausbildung von Kindern vom Kindergarten bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit, insbesondere auch: Förderung von Kindern mit einer Lernbeeinträchtigung/ einem Lernrückstand oder einer speziellen Begabung; Schulung und Förderung von behinderten Kindern sowie; Schulung und Förderung von in ihrer Entwicklung gefährdeten Kindern (in einer Heimschule).
 - Kinderpsychologische Abklärung, Beratung, Behandlung und Begleitung.
 - Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften.

- Politische Ziele**
- Die Schülerinnen und Schüler verfügen nach Abschluss der obligatorischen Schulzeit über die nötige Sachkompetenz für den erfolgreichen Beginn einer Ausbildung auf Sekundarstufe II (Berufsausbildung oder Übertritt in weiterführende Schule).
 - Die Volksschulbildung trägt zur Entwicklung der Schülerinnen und Schüler zu sozial- und selbstkompetenten Menschen bei.
 - Alle Kinder erhalten die gleichen Bildungschancen, unabhängig von Geschlecht und kultureller Herkunft.
 - Alle Kinder erhalten – wenn immer möglich innerhalb von Regelklassen – eine ihren individuellen und speziellen Fähigkeiten und Bedürfnissen entsprechende Schulung, die sie befähigt, ein Anschlussangebot zu besuchen, das ihrem Leistungsvermögen entspricht.

Wichtigste Leistungserbringer

Kindergärten, Primarschulen, Orientierungsschule, Weiterbildungsschule I, Gymnasien (1. und 2. Jahr), Landschulen, Kleinklassen, staatliche und private Sonderpädagogische Schulen, Heimschulen, Logopädischer Dienst, Schulpsychologischer Dienst, Heilpädagogischer Dienst, Abt. Schule und Freizeit, Institut für Unterrichtsfragen und Lehrer/innenfortbildung

- Projekte und Vorhaben**
- Erhöhen der Unterrichtslektionendächer.
 - Umsetzen von Massnahmen zur Integration von Kindern und Jugendlichen (z.B. Doppelbetreuung an Kindergärten mit hohem Anteil an Fremdsprachigen, Versuche mit Standardsprache (Hochdeutsch) an einzelnen Kindergärten).
 - Einführen eines Qualitätsmanagementsystems zur Förderung und Sicherung der Qualität an allen Schulen.
 - Vorbereiten eines modernen Bildungsgesetzes (Erarbeiten von Grundlagen, Einrichten der Projektorganisation) in Koordination mit den Arbeiten des Verfassungsrates.
 - Weiterführen des Aktionsprogrammes WBS: Umsetzen des Teils 2 (Überprüfung der Leitungsstrukturen und Planung weitergehender Massnahmen zur Steigerung der Attraktivität der WBS).
 - Erarbeiten eines Gesamtsprachenkonzeptes mit dem Ziel, Entscheidungsgrundlagen für den Spracherwerb an den Schulen zu schaffen (Erlernen welcher Sprachen, Beginn des Unterrichts, Anzahl Fremdsprachen, Berücksichtigung des Leistungsvermögens mehrsprachiger Kinder).
 - Umsetzen eines Massnahmenpakets zur Verbesserung der Attraktivität des Lehrberufs.
 - Neubau des Schulhauses Hinter Gärten (geplanter Abschluss per Mitte 2003).

Kosten

In Mio. Franken	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	271.1	270.3	*289.8	*297.9	303.0	308.1
Ertrag	29.5	29.7	30.9	31.4	32.0	32.5
ONA	241.6	240.6	258.9	266.5	271.0	275.6
Kalkulatorische Positionen			57.7	59.1	60.1	61.1
Saldo KLR			316.6	325.6	331.1	336.8
Umlage Ressourcenfelder			8.7	8.9	9.0	9.1
Saldo Vollkosten			325.3	334.5	340.1	345.9

* Massnahmen zur Verbesserung der Qualität im Bildungsbereich und Auslaufen der Pflichtstundenerhöhung der Lehrkräfte (betrifft auch Aufgabenfeld 2.2)

- Beschreibung**
- Ausbildung von Jugendlichen auf Sekundarstufe II (an Berufsschulen und allgemeinbildenden Schulen).
 - Beratung bei Wahl und Planung des Berufswegs.
 - Jugendpsychologische Abklärung, Beratung, Behandlung und Begleitung.
 - Ausrichtung von Stipendien und Darlehen für Ausbildungen auf Sekundarstufe II an Berechtigte.
 - Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften.

- Politische Ziele**
- Die Schülerinnen und Schüler sind nach Abschluss der weiterführenden Schulbildung fähig, eine Berufstätigkeit auszuüben oder eine Ausbildung auf Tertiärstufe erfolgreich zu beginnen.
 - Die Schülerinnen und Schüler verfügen nach Abschluss ihrer Ausbildung an Berufsschule bzw. allgemeinbildender Schule über die Fähigkeit zu selbstständigem lebenslangem Lernen und zur Teamarbeit.
 - Alle Jugendlichen haben die gleichen Bildungschancen, unabhängig von Geschlecht und kultureller Herkunft.

Wichtigste Leistungserbringer

Weiterbildungsschule II, Gymnasien (3. bis 5. Jahr), Diplommittelschule, Wirtschaftsmittelschule, Berufsschulen (inkl. Berufsmaturitätsschule), Studienberatung, Abt. Schule und Freizeit, Logopädischer Dienst, Schulpsychologischer Dienst, Heilpädagogischer Dienst, Amt für Ausbildungsbeiträge, Institut für Unterrichtsfragen und Lehrer/innenfortbildung

- Projekte und Vorhaben**
- Erhöhen der Unterrichtslektionendächer.
 - Einführen eines Qualitätsmanagementsystems zur Förderung und Sicherung der Qualität an allen Schulen.
 - Vorbereiten eines modernen Bildungsgesetzes (Erarbeiten von Grundlagen, Einrichten der Projektorganisation) in Koordination mit den Arbeiten des Verfassungsrates.
 - Erarbeiten eines Gesamtsprachenkonzeptes mit dem Ziel, Entscheidungsgrundlagen für den Spracherwerb an den Schulen zu schaffen (Erlernen welcher Sprachen, Beginn des Unterrichts, Anzahl Fremdsprachen, Berücksichtigung des Leistungsvermögens mehrsprachiger Kinder).
 - Umsetzen eines Massnahmenpakets zur Verbesserung der Attraktivität des Lehrberufs.
 - Optimieren der Organisation und Zusammenarbeit aller im Berufsbildungsbereich tätigen Schulen (Förderung der Anschlussfähigkeit an die Fachhochschulen, Verbessern der Vernetzung von schulischer und praktischer Ausbildung, Verbessern der Zusammenarbeit mit Bund und mit Kantonen).

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	116.4	116.7	122.2	126.4	128.6	130.7
Ertrag	24.3	20.7	20.9	21.3	21.7	22.0
ONA	92.1	96.1	101.3	105.1	106.9	108.7
Kalkulatorische Positionen			17.0	17.5	17.8	18.1
Saldo KLR			118.3	122.6	124.7	126.8
Umlage Ressourcenfelder			3.3	3.4	3.5	3.5
Saldo Vollkosten			121.6	126.0	128.2	130.4

- Beschreibung**
- Ausbildung auf Tertiärstufe (an Universität, Fachhochschulen und Höheren Fachschulen).
 - Grundlagenforschung, angewandte Forschung und Entwicklung.
 - Vermittlung von für Wirtschaft und Gesellschaft nutzbringendem Wissen durch die Erbringung von Dienstleistungen.
 - Beratung bei Wahl und Planung des Berufswegs.
 - Ausrichtung von Stipendien und Darlehen für Ausbildungen auf Tertiärstufe an Berechtigte.

- Politische Ziele**
- Die Studienabgängerinnen und -abgänger verfügen über ein Wissen und Fähigkeiten, die ihnen eine hochqualifizierte Berufsausübung in Wissenschaft, Kunst, Wirtschaft und Verwaltung ermöglichen.
 - Die Forschungstätigkeit der Hochschulen – in einzelnen Disziplinen auf internationalem Spitzenniveau – trägt zur Vermehrung des Wissens bei. Die gewonnenen Erkenntnisse kommen der Wissenschaft, der Wirtschaft und der Gesellschaft zugute.

Wichtigste Leistungserbringer Universität (extern), Fachhochschule beider Basel (extern), Pädagogisches Institut, Musik-Akademie (extern), Schweiz. Tropeninstitut (extern), staatliche und private Berufsschulen, Amt für Ausbildungsbeiträge, Studienberatung

- Projekte und Vorhaben**
- Eröffnen der (Fach-)Hochschule für Pädagogik und Soziale Arbeit beider Basel (HPSA-BB) (per Schuljahr 2002/2003).
 - Abschliessen der Verhandlungen mit dem Kanton Basel-Landschaft über die Konkretisierung von §12 des Universitätsvertrages, der die gemeinsame Trägerschaft der Universität postuliert (bis Ende 2002).
 - Aufnehmen von Verhandlungen für eine erweiterte Trägerschaft für den gesamten Hochschulbereich innerhalb der Kantone der Nordwestschweiz.
 - Erarbeiten eines Konzeptes für einen Lehr- und Forschungsschwerpunkt «Life Sciences» auf dem Areal Schällemätteli zusammen mit dem Sanitätsdepartement und der Universität.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	119.6	127.9	127.9	130.3	132.5	134.8
Ertrag	7.4	5.6	4.4	4.5	4.6	4.7
ONA	112.1	122.3	123.5	125.8	127.9	130.1
Kalkulatorische Positionen			58.2	59.3	60.3	61.3
Saldo KLR			181.7	185.1	188.2	191.4
Umlage Ressourcenfelder			2.8	2.8	2.8	2.9
Saldo Vollkosten			184.5	187.9	191.1	194.3

Beschreibung

- Information über und Koordination der Angebote in der Erwachsenenbildung.
- Ergänzung des Weiterbildungsangebotes von nichtstaatlichen Anbietenden nach dem Prinzip der Subsidiarität.

Politische Ziele

- Mehr erwachsene Personen, insbesondere der bildungsbenachteiligten Gruppen, bilden sich zwecks Integration in Gesellschaft und Berufswelt weiter.

Wichtigste Leistungserbringer

Universität (extern), Fachhochschule beider Basel (extern), Pädagogisches Institut, staatliche und private Berufsschulen, Musik-Akademie (extern), Schweiz. Tropeninstitut (extern), Stiftung Zentrum für Erwachsenenbildung der Universität Basel (extern) (Volkshochschule, Seniorenuniversität u.a.), Bildungsclub (extern)

Projekte und Vorhaben

- Fertigstellen des Konzeptes zur Erwachsenenbildung (bis Mitte 2002) und Umsetzen der dann zu beschliessenden Massnahmen.
- Aufbauen einer Koordinationsstelle für Erwachsenenbildung (unter Einbezug der Bildung von Migrantinnen und Migranten als Teil der Umsetzung des Integrationsleitbildes).

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	6.3	6.4	6.7	7.1	7.2	7.4
Ertrag	2.0	1.8	2.0	2.0	2.0	2.1
ONA	4.2	4.5	4.8	5.1	5.2	5.3
Kalkulatorische Positionen			1.0	0.9	0.9	0.9
Saldo KLR			5.8	6.0	6.1	6.2
Umlage Ressourcenfelder			0.4	0.4	0.4	0.4
Saldo Vollkosten			6.2	6.4	6.6	6.7

- Beschreibung**
- Führung von staatlichen Museen und Förderung von privaten Kulturinstitutionen.
 - Ermöglichung und Förderung von Kulturprojekten.
 - Erfassung und Erhaltung des baulichen Erbes.

- Politische Ziele**
- Das Angebot der Basler Kulturinstitutionen nimmt im internationalen Vergleich, nicht nur im Bereich der Bildenden Künste, einen Spitzenrang ein.
 - Die Förderung des Kunst- und Kulturschaffens der Gegenwart schafft das nötige Umfeld für eine lebendige Kunstszene in Basel.
 - Archäologische Funde und bauhistorisch wertvolle Gebäude(ensembles) werden erfasst, dokumentiert und – im Rahmen der Ansprüche auf eine attraktive und lebendige Stadt – erhalten.

Wichtigste Leistungserbringer

Antikenmuseum und Sammlung Ludwig, Historisches Museum, Museum der Kulturen, Naturhistorisches Museum, Öffentliche Kunstsammlung, Fondation Beyeler (extern) Kunsthalle (extern), Plug In (extern), VIPER (extern), Theater Basel (extern), Kaserne (extern), Basler Kleintheater (extern), Basler Sinfonie-Orchester (extern), Sinfonietta (extern), Kammerorchester Basel (extern), Phoenix (extern), Chöre (extern), Bibliotheken (extern), Festivals (extern), Arch. Bodenforschung, Denkmalpflege

- Projekte und Vorhaben**
- Vermehrtes Fördern des freien Kulturschaffens, neuerdings auch in der angewandten Kunst.
 - Neuausrichten der kantonalen Subventionspolitik mit dem Ziel einer vermehrten Partnerschaft in der Region Basel.
 - Durchführen von baulichen Sanierungen und teilweisen Erweiterungen in den kantonalen Museen.
 - Lockern der Vorschriften und der Praxis bezüglich Denkmalpflege.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	108.5	108.9	108.3	110.1	112.0	113.9
Ertrag	9.3	9.1	8.2	8.4	8.5	8.7
ONA	99.2	99.9	100.0	101.7	103.5	105.2
Kalkulatorische Positionen			24.7	25.1	25.5	26.0
Saldo KLR			124.8	126.9	129.0	131.2
Umlage Ressourcenfelder			2.5	2.5	2.6	2.6
Saldo Vollkosten			127.3	129.4	131.6	133.8

- Beschreibung**
- Förderung des Breiten- und Spitzensports.
 - Bereitstellung von Sportinfrastruktur.

- Politische Ziele**
- Der Anteil der regelmässig Sport treibenden Bevölkerung, insbesondere der jugendlichen, steigt.
 - Die Integrations- und Präventionsmöglichkeiten des Sports werden gezielt genutzt.
 - Sportlerinnen und Sportlern von hohem nationalem Niveau wird die leistungsorientierte Sportausübung durch das Angebot von Klassen für Spitzensportlerinnen und -sportler während der schulischen Ausbildung ermöglicht.
 - Im Kanton Basel-Stadt werden regelmässig internationale Sportgrossanlässe durchgeführt.
 - Die Ausübung des obligatorischen Schul- und Berufsschulsports, des Hochschul- und des Breitensports ist durch die Bereitstellung der notwendigen Sportanlagen gewährleistet.

Wichtigste Leistungserbringer Sportamt, St. Jakobshalle

- Projekte und Vorhaben**
- Erarbeiten eines Konzeptes für die Nutzung der Sportanlagen St. Jakob / Brüglinger Ebene.
 - Modernisieren der Infrastruktur der Sportanlage Schützenmatte.
 - Schaffen eines Angebots von Schulklassen für Spitzensportlerinnen und -sportler auf Stufe WBS (1. Pilotklasse im Schuljahr 2002/03) und OS (Zeitpunkt noch offen).
 - Einrichten einer Beratungsstelle für baselstädtische Spitzensportlerinnen und -sportler, die diese bei Laufbahnentscheidungen unterstützt.
 - Erarbeiten von wissenschaftlichen Grundlagen über die Auswirkungen des Sports auf Integration und Gesundheitsförderung. Aufgrund der Ergebnisse allfällige Neudefinition von Schwerpunkten für die kantonale Sportpolitik.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	19.2	19.2	20.0	20.4	20.7	21.1
Ertrag	9.4	9.7	9.9	10.1	10.3	10.4
ONA	9.8	9.5	10.1	10.3	10.4	10.6
Kalkulatorische Positionen			12.7	12.9	13.1	13.3
Saldo KLR			22.7	23.1	23.5	23.9
Umlage Ressourcenfelder			0.5	0.5	0.5	0.5
Saldo Vollkosten			23.3	23.7	24.1	24.5

Beschreibung

- Unterbringung und Erziehung von in ihrer Entwicklung gefährdeten Kindern und Jugendlichen.
- Betreuung und Förderung von erwachsenen Behinderten.
- Planung und Sicherstellung eines bedarfsgerechten Wohn- und Arbeitsangebots für Behinderte.

Politische Ziele

- Kinder und Jugendliche, die einer Gefährdung ausgesetzt sind, erhalten eine angemessene ausserfamiliäre stationäre Betreuung. Sobald es der Sozialisationsfortschritt erlaubt, werden sie wieder in die Familie oder eine andere geeignete Betreuungsform integriert.
- Familienbegleitende ambulante Massnahmen reduzieren die Anzahl der Heimplatzierungen im Bereich der stationären Jugendhilfe.
- Erwachsene Behinderte erhalten geschützte Wohn- und Arbeitsmöglichkeiten, die ihre Fähigkeiten fördern und zu grösstmöglicher Selbstständigkeit führen.

Wichtigste Leistungserbringer

Schulheime, Kinder- und Jugendheime (extern), staatliche und private Wohnheime und Förderstätten für Behinderte

Projekte und Vorhaben

- Verabschieden des «Leitbilds Erwachsene Behinderte» und Umsetzen der dann zu beschliessenden Massnahmen. Das Leitbild beruht auf der behindertenpolitischen Zielsetzung der gesellschaftlichen Gleichstellung von Menschen mit einer Behinderung mit ihren nicht behinderten Mitmenschen.
- Neubau des Sonderschulheims «Zur Hoffnung» (Fertigstellung im Jahre 2003).

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	39.4	60.6	61.1	62.1	63.2	64.3
Ertrag	18.7	20.0	23.3	23.7	24.1	24.5
ONA	20.7	40.6	37.8	38.5	39.1	39.8
Kalkulatorische Positionen			2.4	2.1	2.1	2.1
Saldo KLR			40.2	40.5	41.2	41.9
Umlage Ressourcenfelder			0.9	0.9	0.9	0.9
Saldo Vollkosten			41.1	41.5	42.2	42.9

Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern

ED • 2.8

Beschreibung

- Unterstützung und Vernetzung von Aktivitäten zur Verbesserung und Erhaltung der Lebens- und Wohnqualität im Quartier.
- Bereitstellung von Tagesbetreuungsplätzen für Kinder.

Politische Ziele

- Quartiertreffpunkte tragen zur Verbesserung der sozialen und kulturellen Lebensqualität der Quartierbewohnerinnen und -bewohner bei und leisten einen wichtigen Beitrag für ein verständnisvolles Zusammenleben verschiedener Bevölkerungsgruppen.
- Das Angebot für Eltern, die ihr/e Kind/er im Alter von 0–16 Jahren ausserfamiliär betreuen lassen möchten, wird erhöht.

Wichtigste Leistungserbringer

Trägerschaften Quartiertreffpunkte (extern), staatliche Tagesheime, Basler Frauenverein (extern), weitere private Tagesbetreuungsinstitutionen (extern), Tagesschulen

Projekte und Vorhaben

- Umsetzen der 2. Phase des Konzeptes Quartiertreffpunkte: Unterstützung von Quartiertreffpunkten in weiteren Quartieren.
- Schaffen einer gesetzlichen Grundlage für die Tagesbetreuung. Die neue gesetzlich Grundlage soll sich an der bewährten Aufgabenteilung zwischen privaten, gemeinnützigen Organisationen und dem Kanton orientieren.
- Abbauen der Warteliste für Tagesbetreuungsplätze, indem private und gemeinnützige Institutionen beim Ausbau ihres Angebots unterstützt werden.

Kosten

In Mio. Franken	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	25.0	27.6	27.7	29.0	29.5	30.0
Ertrag	3.1	3.8	2.5	2.6	2.6	2.7
ONA	21.9	23.8	25.2	26.4	26.9	27.3
Kalkulatorische Positionen			1.6	1.5	1.5	1.5
Saldo KLR			26.8	27.9	28.4	28.9
Umlage Ressourcenfelder			0.9	0.9	0.9	1.0
Saldo Vollkosten			27.7	28.8	29.3	29.8

- Beschreibung**
- Betreuung von Rekursen, Vertretung des Kantons bei Rechtsstreitigkeiten, Erstellung von Rechtsgutachten, Ausarbeitung von Erlassentwürfen und Führung der kantonalen Gesetzessammlung.
 - Prüfung von Namensänderungen und Adoptionen.
 - Leistung und Vermittlung von Hilfe für Opfer von Straftaten.
 - Stiftungsaufsicht im Bereich der beruflichen Vorsorge (BVG) und bei den klassischen Stiftungen.
 - Rechtsaufsicht über die Gemeinden, das Vormundschaftswesen und die Registerbehörden.
 - Führung der Register im Handels-, Grundbuch- und Zivilstandsbereich sowie Durchführung der amtlichen Vermessung.

- Politische Ziele**
- Gesetzmässigkeit und Rechtsfrieden im Rahmen des kantonalen Verwaltungshandelns sind gewahrt.
 - Die sorgfältige Führung der vom Bundesrecht vorgegebenen Register sorgt für Rechtssicherheit im Geschäftsverkehr, die Sicherung des Grundeigentums und die korrekte Wiedergabe von Statusdaten.

Wichtigste Leistungserbringer Rechtsabteilung, Handelsregisteramt, Zivilstandsamt (Bestattungsbüro/Bürgerrechtsdienst), Grundbuch- und Vermessungsamt, Opferhilfeorganisationen (extern)

- Projekte und Vorhaben**
- Überprüfen des Revisionsbedarfes der Zivilprozessordnung (ZPO) und des Gerichtsorganisationsgesetzes (GOG) unter Berücksichtigung der bundesrechtlichen Prozessrechtsvorhaben.
 - Ausarbeiten einer Gesetzesrevision zur Reorganisation des Gewerblichen Schiedsgerichts (schlankere, zeitgemässe Struktur; weniger einzelne Berufsgruppen und weniger Richterinnen und Richter) mit Wirksamkeit ab Beginn der neuen Amtsperiode (1.1.2004).
 - Ausarbeiten eines Gesetzes betreffend die Einführung des Bundesgesetzes über die fürsorgliche Freiheitsentziehung (FFE). Dabei sollen offene Fragen (u.a. Betreuung, Zuständigkeit) betreffend Menschen, die von Verwahrlosung bedroht sind, und betreffend der immer grösser werdenden Gruppe dementer Personen geklärt werden.
 - Einführen des gesamtschweizerisch vorgesehenen neuen Zivilstandsregisters «Infostar» bis Ende 2003.
 - Schaffen der Möglichkeit bis Ende 2004, Anmeldungen ans Handelsregister und Bezug beglaubigter Handelsregisterauszüge via Internet vorzunehmen.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	13.9	14.2	14.6	14.9	15.1	15.4
Ertrag	11.2	11.0	11.4	11.6	11.8	12.0
ONA	2.7	3.2	3.3	3.3	3.4	3.4
Kalkulatorische Positionen			2.7	2.3	2.3	2.4
Saldo KLR			5.9	5.7	5.7	5.8
Umlage Ressourcenfelder			0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo Vollkosten			6.3	6.0	6.1	6.1

Beschreibung

- Sicherung des Kindeswohls durch Beratung, Vermittlung und Intervention.
- Unterstützung und Schutz von Menschen, die aus psychischen oder physischen Gründen selber nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten zu besorgen.

Politische Ziele

- Das Wohl gefährdeter Kinder und Jugendlicher wird gesichert.
- Menschen, die aus psychischen oder physischen Gründen selber nicht in der Lage sind, ihre Angelegenheiten zu besorgen, können dank staatlichem Beistand in einem geordneten Alltag leben.

Wichtigste Leistungserbringer

Vormundschaftsbehörde, Familien- und Erziehungsberatung (FABE) (extern), Verein Beratungsstelle SLW, Help! For Families (extern), Pro Juventute (extern)

Projekte und Vorhaben

- Ausdehnen der Schulsozialarbeit in der WBS und Durchführen eines Pilotprojekts an der OS (ab 2002).
- Zusammenführen der Fachhochschule für Soziale Arbeit/Basba (FHS/BB) mit der geplanten HPSA-BB.
- Aufbauen eines Sozialdienstes und Begleitangebots für Erwachsene, die von Verwahrlosung bedroht sind, sich aber (noch) nicht oder nicht mehr in der fürsorgerischen Freiheitsentziehung (FFE) befinden.
- Ausrichten der Tätigkeit der Vormundschaftsbehörde auf das eidgenössische Vormundschaftsrecht, das sich zurzeit noch in Revision befindet.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	18.9	19.0	20.0	20.3	20.7	21.0
Ertrag	3.1	3.1	3.2	3.3	3.3	3.4
ONA	15.8	15.9	16.8	17.1	17.3	17.6
Kalkulatorische Positionen			2.6	2.4	2.5	2.5
Saldo KLR			19.4	19.5	19.8	20.1
Umlage Ressourcenfelder			0.5	0.5	0.5	0.5
Saldo Vollkosten			19.9	20.0	20.3	20.6

Beschreibung

- Kriminalitätsbekämpfung, Verbrechensprävention, Führung von Strafuntersuchungen und Anklageerhebung.
- Vollzug von Freiheitsstrafen und Massnahmen bei verurteilten Straftätern sowie Bewährungshilfe.

Politische Ziele

- Die öffentliche Sicherheit ist mittels konsequenter Anwendung des Strafgesetzes durch eine qualitativ hochstehende Untersuchungsführung gewährleistet.
- Straftäterinnen und -täter verbüssen ihre Strafe und die Gesellschaft wird vor ihnen geschützt. Straffällige Menschen werden durch die Bewährungshilfe betreut und sollen nach Verbüsung ihrer Strafe wieder in die Gesellschaft integriert und vor Rückfällen bewahrt werden.

Wichtigste Leistungserbringer

Staatsanwaltschaft, Abteilung Freiheitsentzug und Soziale Dienste, Interkantonale Strafanstalt Bostadel, Verein Neustart (extern), Verein für Gefangenenbetreuung (extern)

Projekte und Vorhaben

- Electronic Monitoring: Ablauf des Modellversuchs am 31. August 2002. Evaluation des Pilotprojekts. Danach allfällige Verlängerung des Pilotprojekts oder Erteilung der Bewilligung durch den Bund zur definitiven Implementierung.
- Interkantonale Strafanstalt Bostadel: Umbau und Erweiterung bis 2005 gemäss Ratsschlag vom 14. August 2001.
- Gesetzliche Verankerung der Bewährungshilfe.
- Durchführen einer Präventionskampagne zum Thema Anlagebetrug, die von der Schweizerischen Koordinationsstelle für Verbrechensprävention fürs Jahr 2002 ausgearbeitet wird.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	27.9	29.5	29.7	30.2	30.7	31.3
Ertrag	2.2	2.6	2.8	2.9	2.9	3.0
ONA	25.7	26.9	26.9	27.4	27.8	28.3
Kalkulatorische Positionen			9.3	9.7	9.4	7.9
Saldo KLR			36.2	37.0	37.2	36.2
Umlage Ressourcenfelder			0.8	0.8	0.8	0.8
Saldo Vollkosten			37.0	37.8	38.0	37.0

Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung

JD • 3.4

Beschreibung

- Gestaltung optimaler Rahmenbedingungen zur Entfaltung von Kindern und Jugendlichen im Freizeitbereich.
- Unterstützung und Stärkung der Familien.
- Sicherstellung einer ursachenorientierten Primärprävention (Sucht- und Gewalt) mit den Hauptzielgruppen der Kinder und Jugendlichen sowie der Familien.

Politische Ziele

- Die Kinder und Jugendlichen erhalten Unterstützung für eine sinnvolle Freizeitgestaltung und werden zur Verminderung von Sucht und Gewalt in ihrer Persönlichkeit gestärkt.
- Gezielte Verbesserung der Lebensqualität für Familien, um das Wohl und die Entwicklung aller Familienmitglieder zu fördern.
- Koordination der Strategien und Zielsetzungen aller in der Prävention involvierten Verwaltungsstellen.

Wichtigste Leistungserbringer

Abteilung Jugend, Familie und Prävention, Vormundschaftsbehörde (Schulsozialarbeit), Basler Freizeitaktion (extern), Verein Eulerstross nüün (extern), Verein Robi-Spielaktionen (extern), Verein Mobile Jugendarbeit (extern), Pro Juventute (extern), Familien- und Erziehungsberatung (extern)

Projekte und Vorhaben

- Überführen der provisorischen Jugendtreffpunkte Breite und Neubad in das städtische Angebot. Erarbeiten eines gesamtstädtischen Konzeptes für Jugendtreffpunkte und Umsetzen der dann zu beschliessenden Massnahmen.
- Vorlegen des kantonalen Gewaltpräventionskonzeptes und Umsetzen der dann zu beschliessenden Massnahmen.
- Fortsetzen und Evaluieren der bis Herbst 2002 vorgesehenen Massnahmen im Bereich Sprayereien. Vorlegen von Entscheidungsgrundlagen für eine allfällige Weiterführung.

Kosten

In Mio. Franken	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	5.5	5.6	6.9	7.0	7.2	7.3
Ertrag	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
ONA	5.4	5.6	6.9	7.0	7.1	7.3
Kalkulatorische Positionen			0.4	0.4	0.4	0.4
Saldo KLR			7.3	7.4	7.6	7.7
Umlage Ressourcenfelder			0.2	0.2	0.2	0.2
Saldo Vollkosten			7.5	7.6	7.7	7.9

Gleichstellung von Frauen und Männern

JD • 3.5

Beschreibung

- Voranbringen der tatsächlichen Chancengleichheit für Frauen und Männer in allen Lebensbereichen.
- Verankerung einer geschlechterbewussten Optik in allen Politikbereichen.

Politische Ziele

- Die unterschiedlichen Situationen, Prioritäten und Bedürfnisse von Frauen und Männern werden von den Beschäftigten der kantonalen Verwaltung in ihrer alltäglichen Arbeit berücksichtigt (Gender Mainstreaming). Die Strategie des Gender Mainstreaming wird zum durchgängigen Prinzip in allen Wirkungsbereichen von Regierung, Verwaltung und Behörden.
- Auch Organisationen ausserhalb der Verwaltung und private Initiativen werden unterstützt in ihren Bestrebungen zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Es findet eine Vernetzung mit den in der Gleichstellungsthematik tätigen privaten und öffentlichen Akteurinnen und Akteuren statt.

Wichtigste Leistungserbringer

Gleichstellungsbüro, Frauenrat, Zentraler Personaldienst, dezentrale Personalverantwortliche (inkl. PG 99), Linienverantwortliche, Halt-Gewalt (extern)

Projekte und Vorhaben

- Verankern des Prinzips des Gender Mainstreaming zusammen mit dem vom Bundesrat 1999 verabschiedeten Aktionsplan der Schweiz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der kantonalen Verwaltung.
- Fördern der schulischen Chancengleichheit in ausgewählten Schulen (Kindergarten, Primarschule, Orientierungsschule) anhand vorgegebener Qualitätsstandards.
- Durchführen des Projekts «Geschlechterdifferenzierte Budgetanalyse und Rechnungslegung» zusammen mit externen Fachleuten.

Kosten

In Mio. Franken	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	1.0	1.1	1.2	1.2	1.2	1.2
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
ONA	1.0	1.1	1.2	1.2	1.2	1.2
Kalkulatorische Positionen			0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo KLR			1.2	1.2	1.2	1.2
Umlage Ressourcenfelder			0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten			1.2	1.2	1.2	1.3

Beschreibung ■ Pflege der Aussenbeziehungen und der grenzüberschreitenden Kontakte innerhalb der Region Oberrhein sowie mit den Regionen Europas.

Politische Ziele ■ Die trinationale Zusammenarbeit ermöglicht qualitativ hochstehende, grenzüberschreitende Angebote für die Menschen in der Region.

Wichtigste Leistungserbringer Departementssekretariat JD, Regio Basiliensis (extern), Gemeinsames Sekretariat Oberrheinkonferenz (extern), Infobest Palmrain (extern)

Projekte und Vorhaben

- Planen, Steuern und Umsetzen des EU-Förderprogramms Interreg IIIA «Oberrhein Mitte-Süd» zusammen mit den Partnern im trinationalen Raum und den Projektträgern (2001 – 2006).
- Umsetzen verschiedener Projekte mit Partnern aus der Oberrheinkonferenz (z.B. Einrichten eines gemeinsamen Raumbewachungssystems für das Oberrheingebiet, Erarbeiten einer Prognose zur Verkehrssituation im Oberrheingebiet bis 2020, Einführen eines trinationalen Bauingenieurlehrgangs).

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	0.7	0.8	1.0	1.0	1.0	1.0
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
ONA	0.7	0.8	1.0	1.0	1.0	1.0
Kalkulatorische Positionen			0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo KLR			1.0	1.0	1.0	1.1
Umlage Ressourcenfelder			0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten			1.0	1.0	1.1	1.1

- Beschreibung**
- Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung im Alltag durch Regelung (Ausstellen von Ausweisen und Dokumenten, Koordination von Messen, Märkten und Zirkusveranstaltungen).
 - Erteilen von Bewilligungen mit Einschränkungen und Auflagen.
 - Kontrolle, ob Gesetze, Vorschriften und erteilte Bewilligungen eingehalten werden.
 - Intervention bei ausserordentlichen Ereignissen (Brand, Unfall, Einbruch, Demonstration, Grossanlass usw.).

- Politische Ziele**
- Die Bevölkerung lebt geordnet und friedlich zusammen.
 - Die Bevölkerung der Stadt und der beiden Landgemeinden fühlt sich sicher.
 - Bei ausserordentlichen Ereignissen sind die Personen- und Sachschäden möglichst gering. Für die Betroffenen geht das Leben möglichst rasch in den normalen Bahnen weiter.

Wichtigste Leistungserbringer Einwohnerdienste, Teile Kapo, Feuerwehr, Teile Stabsdienste

- Projekte und Vorhaben**
- Vollständiges Umsetzen des Konzeptes «4 plus», indem die Polizeiwache Riehen (November 2001), die Bezirkswache City (Dezember 2001) und die Bezirkswache Ost (2002/2003) ihren Betrieb aufnehmen.
 - Weiteres Umsetzen des Integrationsleitbildes.
 - Verlegen der Polizeigarage vom Spiegelhof ins Zeughaus, denn die engen Platzverhältnisse im Spiegelhof beeinträchtigen dessen Effizienz und Einsatzbereitschaft.
 - Etappenweises Umsetzen der bilateralen Verträge mit der EU im Bereich Personenverkehr.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	107.8	112.1	113.7	115.3	117.0	118.4
Ertrag	24.0	24.6	24.9	25.1	25.4	25.6
ONA	83.9	87.5	88.8	90.2	91.6	92.8
Kalkulatorische Positionen			16.4	17.0	17.2	17.4
Saldo KLR			105.1	107.1	108.8	110.3
Umlage Ressourcenfelder			3.0	3.0	3.1	3.1
Saldo Vollkosten			108.1	110.2	111.9	113.4

- Beschreibung**
- Sicherstellen des Verkehrsflusses und Optimieren des Verkehrsflusses auf den Hauptverkehrsachsen.
 - Positive Einflussnahme auf das Verkehrsverhalten (Verkehrserziehung und Prävention).
 - Überwachen und Sicherstellen der Einhaltung der Verkehrsvorschriften.

- Politische Ziele**
- Der Verkehr läuft geordnet ab. Auf den Hauptachsen bewegt sich der motorisierte Individualverkehr flüssig. Der öffentliche Verkehr (Tram und Bus) wird nicht vom motorisierten Individualverkehr behindert. An lichtsignalgeregelten Knotenpunkten muss der öffentliche Verkehr nicht oder nur sehr kurz warten.
 - Es gibt wenig Unfälle, v.a. solche mit Personenschaden.
 - Die Lärm- und Abgasemissionen des Verkehrs werden durch eine Verflüssigung des Verkehrsflusses vermindert.

Wichtigste Leistungserbringer Verkehrsabteilung, Teile der Sicherheitsabteilung der Kantonspolizei

- Projekte und Vorhaben**
- Ausdehnen der Tempo-30-Zonen.
 - Einführen der neuen Informatiklösung NEMOK in der Motorfahrzeugkontrolle, die wegen verschiedener Neuerungen (Führerausweise, leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe etc.) nötig wurde.
 - Neue Gestaltung der Kundenzone der Motorfahrzeugkontrolle.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	25.0	26.0	26.5	26.8	27.2	27.5
Ertrag	54.7	56.2	56.8	57.5	58.2	58.6
ONA	- 29.7	- 30.2	- 30.4	- 30.7	- 31.0	- 31.1
Kalkulatorische Positionen			2.6	2.7	2.7	2.8
Saldo KLR			- 27.8	- 28.1	- 28.3	- 28.3
Umlage Ressourcenfelder			- 0.1	- 0.1	- 0.1	- 0.1
Saldo Vollkosten			- 27.9	- 28.1	- 28.4	- 28.4

- Beschreibung**
- Schutz vor Verbrechen durch:
 - Information der Bevölkerung und Präsenz der Polizei im Sinne der Prävention;
 - Rasche und zielgerichtete Intervention bei Delikten;
 - Ermittlung, Personen- und Sachfahndung;
 - Vollzug von Freiheitsstrafen, Verwahrung von Untersuchungsgefangenen und Auszuschaffenden.

- Politische Ziele**
- Die Bevölkerung ist informiert über Möglichkeiten, sich vor Kriminalität zu schützen.
 - Die Bevölkerung der Stadt und der beiden Landgemeinden fühlt sich sicher.
 - Die Straftäter verbüssen ihre Strafe und die Gesellschaft wird vor ihnen geschützt. Straffällige Menschen werden vorbereitet auf eine erfolgreiche Re-Integration in die Gesellschaft und sie werden vor Rückfällen bewahrt.

Wichtigste Leistungserbringer Teile der Kantonspolizei, Gefängniswesen

- Projekte und Vorhaben**
- Vollständiges Umsetzen des Konzeptes «4 plus», indem die Polizeiwache Riehen (November 2001), die Bezirkswache City (Dezember 2001) und die Bezirkswache Ost (2002/2003) ihren Betrieb aufnehmen.
 - Prüfen und ev. Projektieren einer neuen Vollzugsanstalt (als Ersatz für das Schällemätteli) auf dem Bässlergut (neben dem Ausschaffungsgefängnis). Damit soll ermöglicht werden, das Gebiet des Schällemätteli für andere Zwecke (z.B. Wohnzwecke) zu nutzen.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	39.8	41.4	42.2	42.7	43.4	43.9
Ertrag	6.1	6.3	6.4	6.4	6.5	6.6
ONA	33.7	35.1	35.8	36.3	36.8	37.3
Kalkulatorische Positionen			7.0	7.2	7.3	7.4
Saldo KLR			42.8	43.5	44.1	44.7
Umlage Ressourcenfelder			1.1	1.1	1.1	1.1
Saldo Vollkosten			43.8	44.6	45.3	45.8

Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen

PMD • 4.4

- Beschreibung**
- Gewährleistung von Schutz und Sicherheit bei ausserordentlichen Ereignissen (Katastrophen, Terrorismus, Unruhen).
 - Verhinderung von Schäden bzw. Schadensbegrenzung, soweit möglich.
 - Minimierung der Schäden durch Katastrophenvorsorge und rechtzeitige Alarmierung.
-
- Politische Ziele**
- Bei ausserordentlichen Ereignissen sind Personen- und Sachschäden möglichst gering. Das Leben geht möglichst rasch in den normalen Bahnen weiter.
-
- Wichtigste Leistungserbringer**
- Katastrophenstab, Kantonaler Führungsstab, Teile der Kantonspolizei, Bevölkerungsschutz, Militär (extern)
-
- Projekte und Vorhaben**
- Zusammenlegen der Abteilungen Militär und Bevölkerungsschutz, um die Effizienz zu steigern und um sich an die Reorganisation der Armee und des Zivilschutzes auf Ebene Bund anzupassen.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	10.9	11.4	11.6	11.7	11.9	12.0
Ertrag	3.1	3.2	3.2	3.3	3.3	3.3
ONA	7.8	8.2	8.3	8.5	8.6	8.7
Kalkulatorische Positionen			2.1	2.2	2.2	2.3
Saldo KLR			10.4	10.7	10.8	11.0
Umlage Ressourcenfelder			0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo Vollkosten			10.7	11.0	11.2	11.3

Beschreibung ■ Durchführung der eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen.

Politische Ziele ■ Die politischen Rechte der Stimm- und Wahlberechtigten sind gewahrt.
 ■ Die Resultate bei eidgenössischen und kantonalen Wahlen und Abstimmungen liegen schnell und zuverlässig vor.

Wichtigste Leistungserbringer Einwohnerdienste, Abteilung Wahlen und Abstimmungen

Projekte und Vorhaben

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	1.0	1.0	1.2	1.3	1.3	1.4
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
ONA	1.0	1.0	1.2	1.3	1.3	1.3
Kalkulatorische Positionen			0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo KLR			1.4	1.6	1.6	1.6
Umlage Ressourcenfelder			0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten			1.4	1.6	1.6	1.6

- Beschreibung**
- Aufsicht und Bewilligungswesen für Medizinalpersonen, für Herstellung, Handel und Anwendung von Heilmitteln und Betäubungsmitteln, für Spitäler, Alters- und Pflegeheime sowie Spitex-Dienste.
 - Überwachung des Heilmittelverkehrs, Inspektion der Heilmittelabgabestellen, Erfassung der klinischen Versuche im Kantonsgebiet.
 - Medizinische Diagnosen im Rahmen des fürsorgerischen Freiheitsentzugs.
 - Rechtsmedizinische Untersuchungen von Menschen und an Materialien.
 - Vollzug der Lebensmittelgesetzgebung, der Giftgesetzgebung, Lebensmittelkontrolle und Hygienekontrolle sowie Radioaktivitätsbelange.
 - Untersuchung der Schlachttiere, Bestimmung der Genussauglichkeit des Fleisches sowie Überwachung der Bestimmung des Schlachtgewichts.
 - Sonstiger Verbraucherschutz im Bereich Nichtlebensmittel.
 - Überwachung von Anlagen im Bereich der Chemie- und Biosicherheit.

- Politische Ziele**
- Die Bevölkerung ist vor missbräuchlicher und nicht den hoheitlich festgelegten Qualitätsstandards entsprechender medizinischer und pflegerischer Beratung und Behandlung geschützt.
 - Die Bevölkerung kann auf dem Kantonsgebiet nur Konsumartikel beziehen, welche die Gesundheit nicht direkt oder indirekt gefährden und deren Zusammensetzung und Aufmachung nicht täuschend sind.
 - Bevölkerung und Umwelt sind soweit technisch möglich vor Störfällen im Bereich Chemie und Biotechnologie geschützt.

Wichtigste Leistungserbringer Gesundheitsdienste, Amt für Alterspflege, Institut für Rechtsmedizin, Kantonales Labor, Veterinäramt, Schlachthof

- Projekte und Vorhaben**
- Vorlegen einer neuen, auf das Bundesgesetz über die Krankenversicherung (KVG) abgestimmten gesetzlichen Grundlage für die kantonale Gesundheitsversorgung im Bereich der Spitäler, der Pflegeheime, der Geburtsstätten und des Rettungswesens (Leistungserbringergesetz) (Realisierung geplant auf Ende 2002).

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	17.6	18.7	19.4	19.8	20.1	20.5
Ertrag	7.8	8.4	8.6	8.7	8.9	9.1
ONA	9.8	10.4	10.8	11.0	11.2	11.4
Kalkulatorische Positionen			1.7	1.7	1.7	1.7
Saldo KLR			12.5	12.7	12.9	13.1
Umlage Ressourcenfelder			0.4	0.4	0.4	0.4
Saldo Vollkosten			12.9	13.1	13.3	13.5

Beschreibung

- Konzipierung, Durchführung und Evaluation von Massnahmen im Bereich Ernährung, Bewegung und Stressbewältigung, Vorsorgeuntersuchungen, Gesundheitserziehung, Vorbeugung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten, Zahnprophylaxe.
- Beratung und Betreuung von Suchtmittelgefährdeten, Suchtmittelabhängigen und indirekt Betroffenen, Planung und Koordination der Suchthilfe, Konzipierung und Koordination der kantonalen Suchtpolitik.
- Verwaltung des Alkoholzehntels.

Politische Ziele

- Die Gesundheit der Bevölkerung wird durch Beratung, Information und gezielte Massnahmen gefördert.
- Ausgewählten Alters- und Risikogruppen stehen gezielte Beratungs- und Behandlungsangebote zur Verfügung.

Wichtigste Leistungserbringer

Gesundheitsdienste, Institut für Sozial- und Präventivmedizin (ISPM), Zahnkliniken; Suchthilfe Region Basel (extern), Aids-Hilfe beider Basel (extern), Blaues Kreuz (extern)

Projekte und Vorhaben

- Verstärkte Koordination der Tätigkeiten und Massnahmen im Bereich Gesundheitsprävention zwecks Optimierung des Mitteleinsatzes und Verhinderung von Doppelspurigkeiten.
- Trennen der Bereiche «Lehre und Forschung» und «Gesundheitsförderung» des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin (ISPM). Der Bereich «Lehre und Forschung» soll dann in die Universität, der Bereich «Gesundheitsförderung» in die Gesundheitsdienste integriert werden (Realisierung im Jahre 2002). Dank dieser organisatorischen Konzentration der entsprechenden Tätigkeiten soll die Effizienz gesteigert werden.
- Analysieren des gesamten Angebots im Suchthilfebereich (bis anfangs 2002), um die Suchtpolitik zu optimieren.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	10.9	12.1	14.5	14.8	15.0	15.3
Ertrag	1.6	1.6	2.3	2.3	2.4	2.4
ONA	9.3	10.4	12.2	12.4	12.7	12.9
Kalkulatorische Positionen			0.6	0.6	0.6	0.6
Saldo KLR			12.8	13.0	13.2	13.4
Umlage Ressourcenfelder			0.5	0.5	0.5	0.5
Saldo Vollkosten			13.3	13.5	13.7	13.9

- Beschreibung**
- Stationäre, teilstationäre und ambulante Versorgung (inkl. freipraktizierende Leistungserbringer) auf dem Gebiet der somatischen Akutmedizin, der Geriatrie, Psychiatrie und der Rehabilitation.
 - 24-Std.-Notfallstationen auf dem Gebiet der somatischen Akutmedizin und der Psychiatrie.
 - Ärztliche Betreuung in den beiden Basler Gefängnissen.
 - Zahnmedizinische Behandlungen in den Zahnkliniken, Behandlungswagen und bei Bedarf in Heimen oder zu Hause.
 - Kranken- und Notfalltransporte, Verlegungstransporte.
 - Unterstützung der Pflege zu Hause, Angebot von Heimpflegeplätzen und Vermittlung von Pflegeplätzen für Betagte und Pflegebedürftige.

- Politische Ziele**
- Die Gesundheitsversorgung nach in der Schweiz anerkannten medizinischen, pflegerischen und wirtschaftlichen Standards ist zu den für die Steuer- und Prämienzahlenden tragbaren finanziellen Bedingungen jederzeit gewährleistet.
 - Mittelfristig ist die Spitalversorgung in den Kantonen BS und BL derart aufeinander abgestimmt, dass regional keine Überkapazitäten und Doppelspurigkeiten mehr vorliegen.

Wichtigste Leistungserbringer

Kantonsspital, Felix Platter-Spital, Psychiatrische Universitätsklinik, Kinder- und Jugendpsychiatrische Universitäts- und Poliklinik, Gesundheitsdienste, Öffentliche Zahnkliniken, Sanität, Amt für Alterspflege, Gemeindespital Riehen (extern), Privatspitäler (extern), Universitätskinderspital beider Basel (UKBB) (extern), Alters- und Pflegeheime (inkl. Bürgerspital) (extern), Spitex (extern), Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (extern), Stiftung Melchior (extern), Selbsthilfezentrum Hinterhuus (extern)

- Projekte und Vorhaben**
- Verstärkte Zusammenarbeit mit dem Kanton Basel-Landschaft im Bereich der Akutmedizin, insbesondere die Prüfung einer Realisierung eines Spitalverbunds im Rahmen der universitären Medizin.
 - Räumliche Konzentration der Universitätskliniken (Fertigstellung Umbau K1 West (Bezug geplant auf anfangs 2003), Projektieren des neuen UKBB-Standortes, Erarbeiten von Grundlagen für die Projektierung der Gesamtsanierung des Felix Platter-Spitals.
 - Erarbeiten von Leitlinien für die kantonale Alterspolitik. Umsetzen von Systemverbesserungen im Bereich Pflegeheime, um die KVG-Konformität (Qualitätssicherung, individuelle Bedarfsabklärung, kantonale Planung der Pflegeplätze u.a.) sicherzustellen.
 - Erneuern von Spitalabkommen und Verträgen mit anderen Kantonen im Bereich der Akutmedizin, um das regionale Einzugsgebiet der Basler Universitätskliniken nachhaltig zu sichern.
 - Weiterentwickeln der Abgeltungssysteme von Spitalleistungen im Rahmen der anstehenden Revision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG).
 - Erarbeiten von adäquaten Massnahmen, um die Kostenentwicklung im ambulanten Bereich zu beeinflussen.

Kosten

In Mio. Franken	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	691.9	692.6	721.8	733.1	744.5	756.1
Ertrag*	519.5	479.6	509.1	516.8	524.5	532.4
ONA	172.4	213.0	212.7	216.3	220.0	223.7
Kalkulatorische Positionen			98.8	98.9	99.0	99.1
Saldo KLR			311.5	315.2	319.0	322.8
Umlage Ressourcenfelder			12.6	12.8	13.0	13.1
Saldo Vollkosten			324.1	328.0	331.9	336.0

* Allfällige Auswirkungen im Zusammenhang mit Änderungen bei der Spitalfinanzierung (Zusatzversicherungen) bleiben in diesem Aufgabenfeld unberücksichtigt. Eine entsprechende Rückstellung ist im übrigen allgemeinen Ertrag (Kapitel 6.3, Tabelle 11) enthalten.

Medizinische Aus- und Weiterbildung und klinische Forschung

SD • 5.4

Beschreibung

- Vermittlung der zur Ausübung eines Berufs im Bereich Gesundheitswesen notwendigen Kenntnisse mit Ausbildungsabschlüssen auf der Sekundarstufe II und auf der nicht-akademischen Tertiärstufe.
- Klinische Ausbildung auf universitärer Stufe in der Humanmedizin.
- Klinische Forschung in der Humanmedizin.
- Weiterbildung in allen Bereichen der Humanmedizin zur Erlangung des Facharzttitels FMH sowie Fortbildung von Humanmedizinerinnen und -medizinern, die in Spitälern und freien Praxen tätig sind.

Politische Ziele

- Für das Gesundheitswesen sind ausreichende Ausbildungsangebote und obligatorische ärztliche Weiterbildungsangebote zur qualitativen und praktischen Deckung des künftigen Personalbedarfs sichergestellt.
- Im Bereich der ärztlichen Ausbildung (Medizinstudium) deckt der Kanton den Bedarf an klinisch-medizinischen Ausbildungsplätzen der Universität.
- Die klinische Forschung und die anwendungsorientierte Grundlagenforschung tragen zur qualitativen Verbesserung der medizinischen Versorgung bei.

Wichtigste Leistungserbringer

Berufsschulen im Gesundheitswesen, Kantonsspital, Felix Platter-Spital, Psychiatrische Universitätsklinik, Kinder- und Jugendpsychiatrische Universitäts- und Poliklinik, Institut für Rechtsmedizin, Institut für Sozial- und Präventivmedizin, Sanität, Zahnkliniken, Universitätskinderspital beider Basel (extern), Gesundheits- und Krankenpflege-Schulen der Privatspitäler (extern), Berufsschulen im Gesundheitswesen in anderen Kantonen (extern)

Projekte und Vorhaben

- Reorganisieren der Medizinischen Fakultät durch Entflechten der universitären Aufgaben von den Klinikdienstleistungen zwecks Erhöhung der Kostentransparenz.
- Einleiten der Reorganisation der Ausbildung in den Gesundheitsberufen in Kooperation mit dem Kanton Basel-Landschaft aufgrund des revidierten eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes (geplante Realisierung 2008).

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	112.3	112.0	115.6	117.2	118.8	120.5
Ertrag	46.8	45.0	48.7	49.2	49.7	50.2
ONA	65.5	67.0	66.8	68.0	69.1	70.3
Kalkulatorische Positionen			13.8	13.8	13.9	13.9
Saldo KLR			80.6	81.8	83.0	84.2
Umlage Ressourcenfelder			2.4	2.4	2.4	2.5
Saldo Vollkosten			83.0	84.2	85.4	86.6

- Beschreibung**
- Tierseuchenüberwachung bei den Versuchs-, Heim-, Zoo- und Nutztieren im Kanton.
 - Tierschutzkontrollen bei den im Kanton gehaltenen Tieren.
 - Überwachung der Hundepopulation, Kontrolle und Bewilligung gefährlicher Tiere, Bezug der Hundesteuer.

- Politische Ziele**
- Bevölkerung und Tiere sind auf dem Kantonsgebiet vor gefährlichen Tieren und anzeigepflichtigen Tierseuchen geschützt.
 - Auf dem Kantonsgebiet werden Tiere artgerecht gehalten und transportiert und es werden nur aussagekräftige Tierversuche unter tierschonenden Bedingungen durchgeführt.

Wichtigste Leistungserbringer Veterinäramt

- Projekte und Vorhaben**
- Evaluieren der Massnahmen zur Tierseuchenüberwachung (v.a. BSE-Untersuchungen und Prophylaxe gegen die Maul- und Klauenseuche [Realisierung bis Mitte 2002]).
 - Evaluieren der Massnahmen, die mit dem revidierten Hundegesetz ergriffen wurden (v.a. die Bewilligungspflicht für das Halten potentiell gefährlicher Hunde [Realisierung bis Ende 2002]).

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	1.4	1.5	1.5	1.5	1.5	1.5
Ertrag	1.4	1.3	1.4	1.4	1.4	1.4
ONA	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.2
Kalkulatorische Positionen			0.3	0.3	0.3	0.3
Saldo KLR			0.4	0.4	0.4	0.4
Umlage Ressourcenfelder			0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten			0.5	0.5	0.5	0.5

Beschreibung ■ Optimierung und Vermarktung der Standortbedingungen für Unternehmen (Standortförderung), Tourismus (Destinationsmarketing) sowie für Einwohnerinnen und Einwohner (Wohnortmarketing).

Politische Ziele

- Die wichtigsten Stärken von Basel werden erfolgreich kommuniziert und die Kommunikationsbotschaften der verschiedenen Marketingorganisationen mit staatlicher Beteiligung sind inhaltlich und optisch aufeinander abgestimmt.
- Basel wird von potenziellen und bereits hier lebenden Einwohnerinnen und Einwohnern als besonders attraktiver Lebens- und Wohnraum wahrgenommen und nachgefragt.
- Basel bietet für bestehende und potenzielle Unternehmen im Vergleich zu Konkurrenzstandorten im In- und Ausland überdurchschnittliche Standortbedingungen an und wird in den Zielmärkten aktiv und erfolgreich vermarktet.
- Basel ist international bekannt als führende Messe-, Kongress- und Kulturdestination und erzielt eine hohe touristische Wertschöpfung. Basel bietet für bestehende und potenzielle Veranstalter beste Rahmenbedingungen.

Wichtigste Leistungserbringer Ressort Wirtschaft, Ressort Stadtmarketing, Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft (extern), Basel Tourismus (extern), Messe Basel (extern)

Projekte und Vorhaben

- Errichten resp. Ermöglichen eines Innovationszentrums in Basel-Stadt (v.a. für Spin-off-Unternehmen aus Universität und Fachhochschulen).
- Ausbauen der Partnerschaft mit dem US-Bundesstaat Massachusetts in den Gebieten Wissenschaft und Bildung, Kunst und Kultur, Wirtschaft und Handel, Regierung und Verwaltung.
- Stärken der Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	5.9	5.2	6.2	6.3	6.4	6.6
Ertrag	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6	1.6
ONA	4.3	3.6	4.6	4.7	4.8	4.9
Kalkulatorische Positionen			0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo KLR			4.7	4.8	4.9	5.0
Umlage Ressourcenfelder			0.1	0.1	0.1	0.1
Saldo Vollkosten			4.8	4.9	5.0	5.1

Beschreibung

- Anbieten von Massnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg und zur Verbesserung der Qualifikation von arbeitslosen Personen.
- Erteilung der Arbeitsbewilligungen für ausländische Arbeitskräfte.
- Förderung der beruflichen Bildung; Durchführung der Berufsberatung; Aufsicht über die Berufslehren.
- Kontrolle über die Einhaltung von Gesamtarbeitsverträgen; Durchführung von Vermittlungs- und Schiedsgerichtsverfahren im kollektiven Arbeitsrecht.
- Umsetzung des bilateralen Abkommens zur Personenfreizügigkeit.
- Vollzug der Arbeitssicherheits- und Arbeitsschutzgesetzgebung.

Politische Ziele

- Der Kanton wirkt darauf hin, dass das qualitative und quantitative Arbeitsangebot (Arbeitnehmerseite) der Arbeitsnachfrage (Arbeitgeberseite) entspricht: Stellensuchende finden möglichst rasch einen neuen Arbeitsplatz; Unternehmen können ihre Vakanzen innert nützlicher Frist beheben und die Zahl der Langzeitstellensuchenden ist möglichst gering.
- Der Kanton wirkt darauf hin, dass das qualitative und quantitative Ausbildungsangebot (Arbeitgeberseite) der Ausbildungsnachfrage (Seite der Auszubildenden) entspricht: Auszubildende treffen auf ein ausreichendes Angebot an Lehrstellen.
- Sozialpartnerschaftliche Auseinandersetzungen werden schnell und nachhaltig beigelegt.
- Die Arbeitsplätze sind sicher in Bezug auf Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten.

Wichtigste Leistungserbringer

Kantonales Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Ständiges Staatliches Einigungsamt, Amt für Berufsbildung und Berufsberatung, Ressort Wirtschaft

Projekte und Vorhaben

- Revision des Kantonalen Gesetzes über die Berufsbildung zur Umsetzung des eidgenössischen Berufsbildungsgesetzes.
- Schaffen einer leistungsfähigen tripartiten Kommission (Arbeitgeberorganisationen, Arbeitnehmerorganisationen, Behörden) als wichtiges Instrument für den Vollzug der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit in Umsetzung der bilateralen Verträge mit der EU.
- Bereitstellen einer guten und reaktionsfähigen Arbeitsmarktbehörde, deren Ressourcen rasch an die Schwankungen angepasst werden können.

Kosten

In Mio. Franken	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	29.2	30.3	28.8	29.3	29.8	30.3
Ertrag	18.9	19.3	17.7	18.0	18.3	18.6
ONA	10.3	11.0	11.2	11.3	11.5	11.7
Kalkulatorische Positionen			2.9	2.9	2.9	2.9
Saldo KLR			14.0	14.2	14.5	14.7
Umlage Ressourcenfelder			0.5	0.5	0.5	0.5
Saldo Vollkosten			14.5	14.7	14.9	15.2

- Beschreibung**
- Vollzug der agrarpolitischen Massnahmen in Koordination mit BL.
 - Abklärung der Ansprüche auf Beiträge für ökologische Ausgleichsflächen (Bund, Kanton), Tierzuchtprämien (Bund) und Milchleistungsprüfungen (Bund) sowie Auszahlung der Leistungen.
 - Planung der und Aufsicht über die Nutzung und Benützung der Wälder im Kantonsgebiet; Abgeltung der Leistungen der Waldeigentümer zugunsten der Öffentlichkeit.

- Politische Ziele**
- Im Kanton wird eine zukunftsfähige, ökologisch orientierte Landwirtschaft betrieben. Die verschiedenen Funktionen des Waldes sind langfristig sichergestellt und die Nutzung und Benützung des Waldes erfolgen nachhaltig.

Wichtigste Leistungserbringer Ressort Dienste (Bereich Landwirtschaft), Forstamt beider Basel

- Projekte und Vorhaben**
- Erarbeiten einer Verordnung zum kantonalen Waldgesetz.
 - Erarbeiten des Waldentwicklungsplanes Basel-Stadt.
 - Überarbeiten der Vereinbarung über das Forstamt beider Basel mit formeller Anpassung an die neuen Waldgesetze und Umbenennung in Waldzentrum beider Basel.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	0.6	0.5	0.6	0.6	0.6	0.6
Ertrag	0.2	0.1	0.1	0.1	0.1	0.1
ONA	0.4	0.4	0.5	0.5	0.5	0.5
Kalkulatorische Positionen			0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo KLR			0.5	0.5	0.5	0.5
Umlage Ressourcenfelder			0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten			0.5	0.5	0.5	0.5

Beschreibung

- Entwicklung und Umsetzung der kantonalen ÖV-Politik auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene (inkl. Flugverkehr); Einkauf von Verkehrsleistungen im Regionalverkehr in Absprache mit Nachbarkantonen und Nachbarländern.
- Betrieb des öffentlichen Tram- und Busverkehrs (inkl. Unterhalt und Angebotskonzepte).
- Bewirtschaftung der städtischen Häfen; interkantonale Kontrolle der Grossschifffahrt zwischen Rheinfelden und Basel; Führung der nationalen Registrierungs-, Patent- und Untersuchungsbehörde.
- Weiterentwickeln des EuroAirport Basel-Mulhouse in seiner Funktion als Drehscheibe im europäischen Regionalluftverkehr; Sicherstellung von flankierenden Massnahmen im Luftverkehr zur Wahrung der Wohnqualität und Umweltverträglichkeit.
- Entwicklung und Umsetzung des kantonalen Behindertentransports.

Politische Ziele

- Die Einwohnerinnen und Einwohner, die im Kanton beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie die Besucherinnen und Besucher des Kantonsgebiets können ihre Ziele mit dem öffentlichen Verkehr in attraktiver Weise (Linienführung, Distanz zu Haltestellen, Fahrtakt, Niederflurrollmaterial) erreichen.
- Die Bewohnerinnen und Bewohner der trinationalen Region können Basel und umgekehrt die Einwohnerinnen und Einwohner von Basel können die Region mit dem öffentlichen Verkehr in attraktiver Weise (Linienführung, Fahrtakt) erreichen.
- Die wichtigen Wirtschaftszentren und Verkehrsknotenpunkte im In- und Ausland sind in attraktiver Weise per Zug oder Flugzeug erreichbar.
- Den Unternehmen steht im Rheinhafen eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verfügung.
- Einwohnerinnen und Einwohner, welche die öffentlichen Verkehrsmittel aufgrund ihrer Behinderung nicht benutzen können, werden in ihrer Mobilität unterstützt.

Wichtigste Leistungserbringer

Basler Verkehrsbetriebe, Rheinschifffahrtsdirektion, Ressort Verkehr, Baselland Transport AG (extern), SBB (extern), EuroAirport Basel-Mulhouse (extern), Basler Personenschiffahrtsgesellschaft (extern), Koordinationsstelle Behindertentransport beider Basel (extern)

Projekte und Vorhaben

- Vorlegen eines Gesetzes zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und eines neuen BVB-Organisationsgesetzes auf Frühjahr 2002.
- Ausbau des Angebots im Regio-S-Bahnnetz sowie im Tram- und Busnetz (Liniennetz, Haltestellen, Fahrplan, Tarifierung, Rollmaterial).
- Testen und Einführen eines modernen elektronischen Billettsystems unter Federführung TNW.
- Erarbeiten und Umsetzen eines Konzeptes betreffend BVB-Tramdepots (Modernisierung der vorhandenen Infrastrukturen, gegebenenfalls Bau eines neuen Depots).
- Prüfen und eventuell Umsetzen der Ergebnisse der Projektstudie zur allfälligen Zusammenlegung der Häfen BS und BL bei gleichzeitiger Revision des Hafengesetzes und der entsprechenden Verordnungen.

Kosten

In Mio. Franken	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	206.2	197.3	*207.1	210.6	214.2	217.8
Ertrag	165.2	150.2	154.1	156.7	159.4	162.1
ONA	41.0	47.1	53.0	53.9	54.8	55.8
Kalkulatorische Positionen			56.3	58.2	61.1	63.2
Saldo KLR			109.3	112.1	116.0	119.0
Umlage Ressourcenfelder			3.2	3.2	3.3	3.4
Saldo Vollkosten			112.5	115.4	119.3	122.4

* Erhöhung der Zinskosten auf dem Anlagekapital der BVB.

- Beschreibung**
- Abklärung der Ansprüche auf Sozialhilfe (Beratung, wirtschaftliche Hilfe, Massnahmen zur sozialen und beruflichen Integration), Mietzinsbeiträge (Bund, Kanton) und Opferhilfe und Auszahlung der Leistungen.
 - Unterbringung, Betreuung und Beratung von Asylsuchenden und vorläufig Aufgenommenen.
 - Führen von Notwohnungen und von einer Notschlafstelle sowie Vermittlung von mietbeitragsberechtigten Wohnungen.
 - Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung in Krisensituationen mit lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen.

- Politische Ziele**
- Die materielle Existenz (Lebensunterhalt, Unterkunft, Gesundheit) der auf dem Kantonsgebiet befindlichen Personen ist gesichert.
 - Soziale Integration und Handlungsfähigkeit von Einwohnerinnen und Einwohnern des Kantons, die von materieller Bedürftigkeit betroffen oder bedroht sind, sind gewahrt.

Wichtigste Leistungserbringer

Amt für Miet- und Wohnungswesen, Amt für Sozialbeiträge, Kantonales Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) (Kantonale Zentralstelle für wirtschaftliche Landesversorgung), Ressort Soziales, Sozialhilfe der Stadt Basel und der Gemeinden Riehen und Bettingen (extern)

- Projekte und Vorhaben**
- Erarbeiten eines Entwicklungsplanes Sozialpolitik (bis 2002).
 - Durchführen und Evaluieren des Pilotprojektes zu einem anreizorientierten Unterstützungssystem in der Sozialhilfe (bis 2003).
 - Verbessern von Integrationsmassnahmen für Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger mittels konsequenter Zusammenarbeit von Sozialhilfe, KIGA (RAV), Invalidenversicherung, Kanton als Arbeitgeber und privaten Firmen.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	145.8	119.1	114.3	110.8	108.8	109.4
Ertrag	29.5	15.8	15.2	15.5	15.7	16.0
ONA	116.3	103.3	99.1	95.4	93.1	93.4
Kalkulatorische Positionen			0.6	0.6	0.6	0.6
Saldo KLR			99.7	96.0	93.7	94.0
Umlage Ressourcenfelder			3.1	3.1	3.1	3.2
Saldo Vollkosten			102.8	99.0	96.9	97.2

- Beschreibung**
- Abklärung der Ansprüche auf Ergänzungsleistungen AHV/ IV (Bund), Beihilfen AHV/ IV (Kanton), kantonale AHV (inkl. Prämienhebung), individuelle Prämienverbilligung (Kanton und Bund), Stillgelder (Kanton), Arbeitslosenversicherung (Bund) und Arbeitslosenhilfe (Kanton) und Auszahlung der Leistungen.
 - Umsetzung des Krankenversicherungsobligatoriums; Prüfung der Ansprüche der Krankenversicherer auf Risikobeiträge.

- Politische Ziele**
- Bei Alter oder Invalidität ist für Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons der materielle Bedarf (inkl. Behinderten- und Pflegeheimkosten) ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe gesichert.
 - Bei Arbeitslosigkeit erhalten die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons für die Dauer von max. 520 Tagen einen Ersatz für den wegen Arbeitslosigkeit eingetretenen Erwerbsausfall.
 - Auch bei geringem Einkommen können sich die Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons eine gesetzlich minimale Krankheitsvorsorge leisten und sind über ihre Ansprüche auf Prämienverbilligung informiert.
 - Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons Basel-Stadt sind nicht (allein) aufgrund der Tatsache, dass sie Kinder haben, sozialhilfeabhängig.

Wichtigste Leistungserbringer Amt für Sozialbeiträge, Kantonales Amt für Industrie, Gewerbe und Arbeit, Ressort Soziales, Öffentliche Krankenkasse Basel (extern)

- Projekte und Vorhaben**
- Prüfen eines kantonalen Systems bedarfsabhängiger ergänzender Leistungen bei Mutterschaft und für Familien mit Kindern in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen.
 - Verbessern der Information der Bevölkerung über die allfälligen Ansprüche auf Prämienverbilligung.
 - Erarbeiten von adäquaten Massnahmen, um die Kostenentwicklung im ambulanten Bereich zu beeinflussen.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	384.0	415.1	416.1	441.8	461.7	482.1
Ertrag	70.7	73.4	68.4	69.6	70.8	72.0
ONA*	313.3	341.7	347.6	372.2	391.0	410.1
Kalkulatorische Positionen			1.9	2.0	2.0	2.0
Saldo KLR			349.6	374.2	392.9	412.1
Umlage Ressourcenfelder			3.3	3.4	3.6	3.7
Saldo Vollkosten			352.9	377.6	396.5	415.8

* Der jährliche Anstieg ist auf die Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich zurückzuführen.

Beschreibung

- Zugänglichmachen der Dokumente aus der öffentlichen Verwaltung und den angegliederten Organisationen sowie Vermittlung von statistischen Informationen.
- Unterstützen von Planungs- und Entscheidungsprozessen in der Verwaltung durch das Aufbereiten und Vermitteln von Informationen.

Politische Ziele

- Die Einwohnerinnen und Einwohner, die Unternehmen und Organisationen können sich einfach und rasch über die Angelegenheiten des Gemeinwesens und deren Entwicklung informieren.

Wichtigste Leistungserbringer

Staatsarchiv, Statistisches Amt

Projekte und Vorhaben

- Phase II der Informatisierung des Staatsarchivs zur Verbesserung der Kundenkontakte gegenüber Öffentlichkeit und Verwaltungsstellen durch Einsatz moderner Kommunikationsmittel.
- Aufbauen eines zentralen Geschäftsprozess-, Informations- und Wissensmanagements, das es ermöglicht, in der Verwaltung vorhandenes Wissen effizient zu nutzen (z.B. ELGAR, Intranet).

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	6.0	7.0	6.0	6.1	6.3	6.4
Ertrag	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4	0.4
ONA	5.7	6.6	5.7	5.8	5.9	6.0
Kalkulatorische Positionen			1.3	1.3	1.3	1.3
Saldo KLR			6.9	7.1	7.2	7.3
Umlage Ressourcenerfelder			0.2	0.2	0.2	0.2
Saldo Vollkosten			7.1	7.3	7.4	7.5

Beschreibung ■ Rechtsprechung in allen vom Gesetzgeber den kantonalen Gerichten übertragenen Bereichen; Abwicklung von Erbschaften, Betreibungen und Konkursen gemäss gesetzlichem Auftrag.

Politische Ziele ■ Rechtssicherheit und Rechtsfrieden sind durch die Anwendung und Fortbildung des Rechts im Zuständigkeitsbereich gewahrt; (Streit)-Entscheidungen werden innert angemessener Frist gefällt.

Wichtigste Leistungserbringer Appellationsgericht, Zivilgericht, Erbschaftsamt, Betreibungs- und Konkursamt, Strafgericht, Jugendstrafgericht

Projekte und Vorhaben ■ Aufbauen des Sozialversicherungsgerichts.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	31.9	33.8	35.4	36.0	36.6	37.3
Ertrag	26.0	24.1	25.3	25.7	26.2	26.6
ONA	5.9	9.6	10.1	10.3	10.4	10.6
Kalkulatorische Positionen			6.2	6.4	6.4	6.4
Saldo KLR			16.3	16.7	16.8	17.1
Umlage Ressourcenerfelder			0.8	0.8	0.8	0.8
Saldo Vollkosten			17.1	17.5	17.6	17.8

Rechtsprechung (verwaltungs- unabhängige Rekurskommissionen)

Judikative • 7.2

Beschreibung ■ Rechtsprechung in allen vom Gesetzgeber den Rekurskommissionen übertragenen Bereichen.

Politische Ziele ■ Rechtssicherheit und Rechtsfrieden sind durch Anwendung des Rechts im Zuständigkeitsbereich gewahrt. Entscheidungen werden innert angemessener Frist gefällt.

Wichtigste Leistungserbringer Rekurskommissionen im Bau-, Finanz-, Justiz-, Sanitäts- sowie im Wirtschafts- und Sozialdepartement

Projekte und Vorhaben

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	0.7	0.8	0.9	0.9	1.0	1.0
Ertrag	0.1	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1
ONA	0.6	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9
Kalkulatorische Positionen			0.1	0.1	0.1	0.1
Saldo KLR			0.9	0.9	0.9	1.0
Umlage Ressourcenfelder			0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten			0.9	1.0	1.0	1.0

5.4 Ressourcenfelder

Steuererhebung

FD • 8.1

- Beschreibung**
- Pflege des Steuersystems.
 - Erhebung der periodischen und aperiodischen direkten Steuern des Kantons und des Bundes.

- Politische Ziele**
- Das Steuersubstrat soll nachhaltig gepflegt und entwickelt werden.
 - Das Steuerniveau in Basel-Stadt ist auch in den oberen Steuerklassen nicht viel höher als in den umliegenden Gemeinwesen.
 - Das Steuersystem ist sozial gerecht, der individuellen Leistungsfähigkeit angepasst und wirkt nicht prohibitiv.
 - Das Steuersystem ist einfach und transparent.

Wichtigste Leistungserbringer Steuerverwaltung

- Projekte und Vorhaben**
- Ablösen der bestehenden Bezugs- und Veranlagungssysteme durch die Einführung der neuen Informatiklösung «Obolus» (Projektabschluss im Jahre 2003).

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	28.0	29.1	29.5	30.0	30.5	31.0
Ertrag	3.1	3.3	3.6	3.7	3.7	3.8
ONA	25.0	25.8	25.8	26.3	26.7	27.2
Kalkulatorische Positionen			5.2	5.3	5.4	5.5
Saldo KLR			31.0	31.6	32.1	32.6
Umlage Ressourcenfelder			- 31.0	- 31.6	- 32.1	- 32.6
Saldo Vollkosten			0.0	0.0	0.0	0.0

- Beschreibung**
- Zentrale Organisation, Bewirtschaftung und Führung der kantonalen Finanzen.
 - Beratung des Regierungsrates in finanzpolitischen Fragen.
 - Geldverkehr sowie Mittelaufnahme und -anlage.
 - Budgetierung, Rechnungsführung und Controlling.
 - Finanz- und Investitionsplanung.
-
- Politische Ziele**
- Der Staatshaushalt ist mittelfristig ausgeglichen. Es gibt eine flächendeckende Ausgaben- und Kostenkontrolle.
 - Die Schuldenlast wird reduziert; in finanziell guten Jahren müssen Rückzahlungen geleistet werden.
 - Parlament und Regierungsrat sind informiert über die finanzielle Lage und Entwicklung des Kantons und können aus den Vorlagen die finanzielle Tragweite ihrer Entschiede zuverlässig ersehen.
 - Zentrumsleistungen zu Gunsten der Nachbarn von Basel-Stadt werden abgegolten.
-
- Wichtigste Leistungserbringer**
- Departementssekretariat FD, Finanzverwaltung, Rechnungswesen/Controlling, Finanzkontrolle, Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr
-
- Projekte und Vorhaben**
- Ausbreiten der Verwaltungsführung nach NPM-Grundsätzen (mit Leistungsvereinbarungen und Globalbudgets) auf weitere Departemente mit dem Ziel einer verwaltungsweiten Anwendung ab 1.1.2005.
 - Entwickeln einer Schuldenbremse mit dem Ziel, die Verschuldung des Kantons zu stabilisieren.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	14.2	18.5	20.1	20.4	20.8	21.1
Ertrag	8.6	12.1	12.4	12.7	12.9	13.1
ONA	5.7	6.4	7.6	7.8	7.9	8.0
Kalkulatorische Positionen			- 5.0	- 5.1	- 5.2	- 5.3
Saldo KLR			2.6	2.7	2.7	2.7
Umlage Ressourcenfelder			- 2.6	- 2.7	- 2.7	- 2.7
Saldo Vollkosten			0.0	0.0	0.0	0.0

- Beschreibung**
- Weiterentwicklung eines professionellen Personalmanagements für die Gesamtorganisation BASEL-STADT.
 - Bereitstellen von Konzepten und Instrumenten für die Personalarbeit (Rechtsgrundlagen, Personalführungssysteme, Kommunikationsmittel, Weiterbildungsangebot u.a.)
 - Personalcontrolling auf gesamtsstaatlicher Ebene.
 - Gewährleistung der Gesundheit am Arbeitsplatz (Amtsarzt, Arbeitsmedizin, Suchtprävention).
 - Führung einer Pensionskasse.

- Politische Ziele**
- Die Mitarbeitenden des Kantons sind kompetent und motiviert und arbeiten gerne für Basel-Stadt; Chancengleichheit und Gleichstellung sind gewährleistet.

Wichtigste Leistungserbringer Zentraler Personaldienst (FD), Gesundheitsdienste (SD), Pensionskasse (eig. Rechnung)

- Projekte und Vorhaben**
- Überprüfen und Weiterentwickeln des heute geltenden Lohnsystems mit dem Ziel einer höheren Flexibilität und mehr Linienverantwortung.
 - Realisieren einer professionellen Personalentwicklung unter spezieller Berücksichtigung der dezentralen Bedürfnisse und der strategischen Ziele der Regierung.
 - Umsetzen eines gezielten Personalcontrollings als strategisches Führungs- und Planungsinstrument (einschliesslich Gleichstellungscontrolling).
 - Nach dem entsprechenden Beschluss des Grossen Rates zum neuen Pensionskassengesetz Einführung dieses Gesetzes.
 - Entwickeln und Einführen einer neuen, zeitgerechten Informatiklösung (SOL-02) für die Pensionskassenverwaltung (Aktiven- und Rentnerverwaltung).

Kosten
(exkl. Pensionskasse)

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	10.5	12.9	12.1	12.3	12.5	12.7
Ertrag	0.9	1.1	1.1	1.1	1.1	1.1
ONA	9.7	11.9	11.0	11.2	11.3	11.5
Kalkulatorische Positionen			- 4.3	- 4.4	- 4.4	- 4.5
Saldo KLR			6.7	6.8	6.9	7.0
Umlage Ressourcenfelder			- 6.7	- 6.8	- 6.9	- 7.0
Saldo Vollkosten			0.0	0.0	0.0	0.0

- Beschreibung**
- Bereitstellung von Raum für staatliche Aufgaben: Projektierung, Realisierung, Unterhalt und Ausstattung (Mobiliar) der öffentlichen Gebäude.
 - Bewirtschaftung der Verwaltungsliegenschaften.

- Politische Ziele**
- Der vom Staat beanspruchte Raum wird bedarfsgerecht und effizient erstellt, bewirtschaftet und genutzt.
 - Der Gebäudeunterhalt stellt die langfristige Werterhaltung der Gebäude sicher.

Wichtigste Leistungserbringer Zentralstelle für staatlichen Liegenschaftsverkehr, Hochbau- und Planungsamt (Hauptabteilung Hochbau), Amt für Bausubventionen und Zivilschutzbau

- Projekte und Vorhaben**
- Überprüfen des Immobilienmanagements für die staatlichen Liegenschaften im Verwaltungs- und Finanzvermögen zur Optimierung der Steuerungsmöglichkeiten für den Regierungsrat (Finanzierung, Wirtschaftlichkeit, Qualitätssicherung).
 - Erweitern der bestehenden Informatik-Systeme um ein Programm für das Projekt- und Kostencontrolling im Bereich Hochbau.
 - Schaffen von hochwertigem neuem Wohnraum durch Rückführung bzw. Umwandlung von bisherigen Verwaltungsliegenschaften in Wohnraum.

Kosten

In Mio. Franken	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	63.5	61.9	**53.1	54.0	54.9	55.8
Ertrag	6.6	6.9	7.5	7.6	7.8	7.9
ONA	57.0	54.9	45.6	46.3	47.1	47.9
Kalkulatorische Positionen*			- 45.6	- 46.3	- 47.1	- 47.9
Saldo KLR			0.0	0.0	0.0	0.0
Umlage Ressourcenfelder			0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten			0.0	0.0	0.0	0.0

* Der ONA dieses Ressourcenfeldes wird mit den kalkulatorischen Mieten, die bei den anderen Aufgaben- und Ressourcenfeldern anfallen, vollständig abgedeckt und somit entlastet.

** Dezentralisierte Budgetierung des Mobiliars (Anschaffung und Instandhaltung); entsprechend höherer Aufwand bei den Departementsstäben.

Zentrale Informatik- und Telefondienste

FD • 8.5

Beschreibung

- Bereitstellung geeigneter und genügender Rechnerleistungen, Sicherstellung einer ausfallsicheren und hochverfügbaren zentralen Infrastruktur.
- Pflege des kantonalen Datennetzes, Aufbau und Betrieb des kantonalen Datenmarktes sowie Pflege einzelner Datenbestände.
- Erstellung und Pflege zentraler Applikationen.
- Betrieb der Telefonzentrale und des Mailsystems.

Politische Ziele

- Zentrale Infrastruktur und Dienstleistungen im IT-Bereich sind bedarfsgerecht, zuverlässig, sicher und leistungsfähig.
- Die Mitarbeitenden können die zur Arbeitserfüllung notwendigen Applikationen effizient einsetzen.

Wichtigste Leistungserbringer

Zentrale Informatik-Dienststelle, Koordinationsstelle Informatik (FD), Departementssekretariat (JD)

Projekte und Vorhaben

- Weiteres Ausbauen der «Serverfarm» mit dem Ziel, möglichst viele strategisch wichtige Server der einzelnen Dienststellen an einem zentralen Ort mit optimaler Betriebsumgebung (Ausfallsicherheit, Verfügbarkeit) zu betreiben.
- Aufbauen eines «kantonalen Datenmarktes»: Zentrale Verwaltung aller Daten der kantonalen Verwaltung, um die mehrfache Pflege und Speicherung derselben Daten zu vermeiden.

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	19.7	22.0	23.4	23.8	24.2	24.6
Ertrag	6.6	9.3	10.6	10.7	10.9	11.1
ONA	13.0	12.7	12.9	13.1	13.3	13.5
Kalkulatorische Positionen			- 11.9	- 12.2	- 12.5	- 12.8
Saldo KLR			1.0	0.9	0.8	0.7
Umlage Ressourcenfelder			- 1.0	- 0.9	- 0.8	- 0.7
Saldo Vollkosten			0.0	0.0	0.0	0.0

- Beschreibung**
- Beschaffung von Büro- und Schulmaterial, Büromaschinen und Reinigungsmaterial.
 - Beschaffung und Produktion von Drucksachen und Lehrmitteln.
 - Beschaffung und Unterhalt von Unterrichtsmedien und technischen Unterrichtsmitteln für die Schulen.

- Politische Ziele**
- Die Beschaffung von Waren und Dienstleistungen erfolgt effizient und ökologisch.

Wichtigste Leistungserbringer Materialzentrale (ED)

Projekte und Vorhaben

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	8.4	8.3	9.5	9.7	9.8	10.0
Ertrag	6.2	6.5	7.6	7.7	7.9	8.0
ONA	2.1	1.8	1.9	1.9	2.0	2.0
Kalkulatorische Positionen			0.7	0.7	0.7	0.7
Saldo KLR			2.6	2.6	2.7	2.7
Umlage Ressourcenfelder			- 2.6	- 2.6	- 2.7	- 2.7
Saldo Vollkosten			0.0	0.0	0.0	0.0

- Beschreibung**
- Regieren.
 - Administrative und führungsmässige Unterstützung des Grossen Rates und des Regierungsrates.
 - Organisation des politischen Betriebes und der Verwaltung.
 - Koordination von Integrations- und Antidiskriminierungsmassnahmen.
-
- Politische Ziele**
- Das politische System des Kantons ist effektiv und effizient organisiert.
 - Die fremdsprachigen Bewohnerinnen und Bewohner sind in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens integriert.
-
- Wichtigste Leistungserbringer**
- Regierungsrat, Staatskanzlei, Delegierter für Migrations- und Integrationsfragen
Finanziert werden: Grosser Rat, Verfassungsrat, baselstädtisches Mitglied des Ständerates, Ombudsman
-
- Projekte und Vorhaben**
- Erstellen, Weiterentwickeln und Umsetzen des jährlichen Politikplanes.
 - Einführen der neuen Informatiklösung KONSUL zur elektronischen Geschäftskontrolle für die Grossratskanzlei, Staatskanzlei sowie die Departemente (geplante Inbetriebnahme per 2002).
 - Entwickeln von E-Government (u.a. Erarbeiten eines Konzepts und Relaunch des Portals www.bs.ch).
 - Durchführen verschiedener Integrationsmassnahmen in Zusammenarbeit mit den Fachdepartementen oder externen Leistungserbringern in den Bereichen Informations-, Bildungs- und Sozialpolitik (z.B. Beratung Fremdsprachiger vom Zeitpunkt ihrer Anmeldung an, ergänzende Sprach- und Integrationskurse, Weiterführen des Vermittlungsangebots bei Nachbarkonflikten).

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	11.4	14.5	15.1	15.4	15.6	15.9
Ertrag	1.4	1.4	1.4	1.4	1.5	1.5
ONA	10.0	13.1	13.7	13.9	14.2	14.4
Kalkulatorische Positionen			0.4	0.4	0.4	0.4
Saldo KLR			14.1	14.3	14.5	14.8
Umlage Ressourcenfelder			- 14.1	- 14.3	- 14.5	- 14.8
Saldo Vollkosten			0.0	0.0	0.0	0.0

Beschreibung ■ Administrative und f hrungsm ssige Unterstützung der Departemente.

Politische Ziele

Wichtigste Leistungserbringer Departementssekretariate

Projekte und Vorhaben ■ Einführen der neuen Informatiklösung KONSUL zur elektronischen Geschäftskontrolle in den Departementen (geplante Inbetriebnahme per 2002).

Kosten

<i>In Mio. Franken</i>	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufwand	34.8	32.8	*40.1	40.8	41.5	42.1
Ertrag	18.8	2.9	2.7	2.7	2.8	2.8
ONA	16.0	29.9	37.4	38.1	38.7	39.3
Kalkulatorische Positionen			-37.4	-38.1	-38.7	-39.3
Saldo KLR			0.0	0.0	0.0	0.0
Umlage Ressourcenerfelder			0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo Vollkosten			0.0	0.0	0.0	0.0

* Dezentralisierte Budgetierung des Mobiliars (Anschaffung und Instandhaltung); entsprechend niedriger Aufwand bei den Zentralen Bau- und Raumdiensten (RF 8.4).

6. Finanz- und Investitionsplan

In diesem Kapitel werden die Zahlen zur Finanzierung der Aufgabenfelder (AF) und Ressourcenfelder (RF) in verschiedenen Tabellen zusammengetragen und um die Daten der Investitionsrechnung sowie der allgemeinen Einnahmen und Ausgaben ergänzt. Daraus ergibt sich schliesslich der Finanzplan.

6.1 Übersichtstabellen

Zunächst werden alle Finanzzahlen der 48 Felder pro Jahr zusammengetragen:

- Tabelle 1: Finanzen der Felder im Jahre 2000; die Angaben basieren auf der Rechnung 2000 (eine Vollkostenrechnung wird nicht vorgenommen)
- Tabelle 2: Finanzen der Felder im Jahre 2001; die Angaben basieren auf dem Budget 2001 (eine Vollkostenrechnung wird nicht vorgenommen)
- Tabelle 3: Finanzen der Felder im Jahre 2002; die Angaben basieren auf dem Budget 2002 (Stand: nach 2. Lesung im Regierungsrat).
- Tabellen 4 bis 6: Finanzen der Felder der Jahre 2003 bis 2005; die Angaben basieren auf geplanten Daten und beruhen auf der Annahme, dass der gesamte Ordentliche Nettoaufwand real konstant bleibt.

Danach werden die drei wichtigsten Saldogrößen über die Jahre 2002 bis 2005 dargestellt:

- Tabelle 7: Ordentlicher Nettoaufwand
- Tabelle 8: Saldo Kosten-/Leistungsrechnung
- Tabelle 9: Saldo Vollkostenrechnung

In den Tabellen 1 bis 9 werden folgende Abkürzungen verwendet:

Aufwand (ohne Abschr.):	Aufwand (ohne Abschreibungen)
ONA:	Ordentlicher Nettoaufwand
Kalk. Pos. (Abschr. etc.):	Kalkulatorische Positionen (Abschreibungen etc.)
Saldo KLR:	Saldo Kosten-/Leistungsrechnung

Tabelle 1: Finanzen der Felder im Jahre 2000 (Rechnung)

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Aufwand (ohne Abschr.)	Ertrag	ONA
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung	5.7	0.0	5.7
		1.2	Bauaufsicht	3.1	2.7	0.4
		1.3	Stadtbildpflege und Wohnbauförderung	0.7	0.8	-0.1
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend	61.8	28.0	33.8
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	33.7	11.5	22.2
		1.6	Versorgung und Entsorgung	63.0	90.9	-28.0
		1.7	Umweltschutz und Energie	9.9	30.7	-20.8
	ED	2.1	Volksschulbildung	271.1	29.5	241.6
		2.2	Weiterführende Schulbildung	116.4	24.3	92.1
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe	119.6	7.4	112.1
		2.4	Erwachsenenbildung	6.3	2.0	4.2
		2.5	Kulturförderung und -pflege	108.5	9.3	99.2
		2.6	Sportförderung	19.2	9.4	9.8
		2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	39.4	18.7	20.7
		2.8	Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern	25.0	3.1	21.9
	JD	3.1	Rechts- und Registerwesen	13.9	11.2	2.7
		3.2	Vormundchaftswesen	18.9	3.1	15.8
3.3		Strafverfolgung und -vollzug	27.9	2.2	25.7	
3.4		Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	5.5	0.1	5.4	
3.5		Gleichstellung von Frauen und Männern	1.0	0.0	1.0	
3.6		Aussenbeziehungen	0.7	0.0	0.7	
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	107.8	24.0	83.9	
	4.2	Verkehrsmanagement	25.0	54.7	-29.7	
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung	39.8	6.1	33.7	
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	10.9	3.1	7.8	
	4.5	Wahlen und Abstimmungen	1.0	0.0	1.0	
SD	5.1	Gesundheitsschutz	17.6	7.8	9.8	
	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	10.9	1.6	9.3	
	5.3	Gesundheitsversorgung	691.9	519.5	172.4	
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und klinische Forschung	112.3	46.8	65.5	
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste	1.4	1.4	0.0	
WSD	6.1	Standortförderung	5.9	1.6	4.3	
	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung	29.2	18.9	10.3	
	6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.6	0.2	0.4	
	6.4	Öffentlicher Verkehr	206.2	165.2	41.0	
	6.5	Existenzsicherung	145.8	29.5	116.3	
	6.6	Sozialversicherungen	384.0	70.7	313.3	
	6.7	Dokumentation	6.0	0.4	5.7	
Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	31.9	26.0	5.9	
	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	0.7	0.1	0.6	
Summe AF			2'780.2	1'262.6	1'517.6	
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung	28.0	3.1	25.0	
	8.2	Zentrale Finanzdienste	14.2	8.6	5.7	
	8.3	Zentrale Personaldienste	10.5	0.9	9.7	
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	63.5	6.6	57.0	
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	19.7	6.6	13.0	
	8.6	Zentrale Materialdienste	8.4	6.2	2.1	
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe	11.4	1.4	10.0	
	8.8	Departementsstäbe	34.8	18.8	16.0	
Summe RF			190.6	52.2	138.4	
Summe AF + RF			2'970.8	1'314.8	1'656.0	

Tabelle 2: Finanzen der Felder im Jahre 2001 (Budget)

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Aufwand (ohne Abschr.)	Ertrag	ONA
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung	6.8	0.1	6.7
		1.2	Baufürsicht	3.6	3.0	0.6
		1.3	Stadtbildpflege und Wohnbauförderung	0.7	0.0	0.7
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend	64.0	29.0	35.0
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	33.5	12.6	20.9
		1.6	Versorgung und Entsorgung	61.1	92.6	- 31.4
		1.7	Umweltschutz und Energie	10.9	31.8	- 20.9
	ED	2.1	Volksschulbildung	270.3	29.7	240.6
		2.2	Weiterführende Schulbildung	116.7	20.7	96.1
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe	127.9	5.6	122.3
		2.4	Erwachsenenbildung	6.4	1.8	4.5
		2.5	Kulturförderung und -pflege	108.9	9.1	99.9
		2.6	Sportförderung	19.2	9.7	9.5
		2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	60.6	20.0	40.6
		2.8	Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern	27.6	3.8	23.8
	ID	3.1	Rechts- und Registerwesen	14.2	11.0	3.2
		3.2	Vormundschafswesen	19.0	3.1	15.9
3.3		Strafverfolgung und -vollzug	29.5	2.6	26.9	
3.4		Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	5.6	0.0	5.6	
3.5		Gleichstellung von Frauen und Männern	1.1	0.0	1.1	
3.6		Aussenbeziehungen	0.8	0.0	0.8	
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	112.1	24.6	87.5	
	4.2	Verkehrsmanagement	26.0	56.2	-30.2	
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung	41.4	6.3	35.1	
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	11.4	3.2	8.2	
	4.5	Wahlen und Abstimmungen	1.0	0.0	1.0	
SD	5.1	Gesundheitsschutz	18.7	8.4	10.4	
	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	12.1	1.6	10.4	
	5.3	Gesundheitsversorgung	692.6	479.6	213.0	
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und klinische Forschung	112.0	45.0	67.0	
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste	1.5	1.3	0.1	
WSD	6.1	Standortförderung	5.2	1.6	3.6	
	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung	30.3	19.3	11.0	
	6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.5	0.1	0.4	
	6.4	Öffentlicher Verkehr	197.3	150.2	47.1	
	6.5	Existenzsicherung	119.1	15.8	103.3	
	6.6	Sozialversicherungen	415.1	73.4	341.7	
	6.7	Dokumentation	7.0	0.4	6.6	
Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	33.8	24.1	9.6	
	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	0.8	0.0	0.8	
Summe AF			2'826.5	1'197.3	1'629.2	
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung	29.1	3.3	25.8	
	8.2	Zentrale Finanzdienste	18.5	12.1	6.4	
	8.3	Zentrale Personaldienste	12.9	1.1	11.9	
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	61.9	6.9	54.9	
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	22.0	9.3	12.7	
	8.6	Zentrale Materialdienste	8.3	6.5	1.8	
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe	14.5	1.4	13.1	
	8.8	Departementsstäbe	32.8	2.9	29.9	
Summe RF			200.0	43.4	156.6	
Summe AF + RF			3'026.5	1'240.7	1'785.8	

Tabelle 3: Finanzen der Felder im Jahre 2002 (Budget)

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Ertrag	ONA	Kalk. Pos. (Abschr. etc.)	Saldo KLR	Umlagen RF	Vollkosten
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung	7.4	7.2	0.6	7.7	0.2	7.9
		1.2	Baufaust	2.7	0.0	1.0	1.0	0.1	1.1
		1.3	Stadt- und Wohnbauaufwertung	0.7	0.7	4.2	4.9	0.1	5.0
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend	68.2	37.2	129.6	166.8	2.9	169.7
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	33.7	20.9	25.3	26.1	0.8	26.9
		1.6	Versorgung und Entsorgung	38.3	-31.1	71.2	40.2	0.5	40.7
		1.7	Umweltschutz und Energie	11.6	29.8	0.3	-17.9	0.2	-17.6
	ED	2.1	Volksschulbildung	289.8	30.9	57.7	316.6	8.7	325.3
		2.2	Weiterführende Schulbildung	122.2	20.9	17.0	118.3	3.3	121.6
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe	127.9	4.4	58.2	181.7	2.8	184.5
		2.4	Erwachsenenbildung	6.7	4.8	1.0	5.8	0.4	6.2
		2.5	Kulturförderung und -pflege	108.3	8.2	24.7	124.8	2.5	127.3
		2.6	Sportförderung	20.0	10.1	12.7	22.7	0.5	23.3
		2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	61.1	23.3	2.4	40.2	0.9	41.1
		2.8	Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern	27.7	25.2	1.6	26.8	0.9	27.7
	ID	3.1	Rechts- und Registerwesen	14.6	3.3	2.7	5.9	0.3	6.3
		3.2	Vormundchaftswesen	20.0	16.8	2.6	19.4	0.5	19.9
3.3		Strafverfolgung und -vollzug	29.7	26.9	9.3	36.2	0.8	37.0	
3.4		Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	6.9	6.9	0.4	7.3	0.2	7.5	
3.5		Gleichstellung von Frauen und Männern	1.2	1.2	0.0	1.2	0.0	1.2	
3.6		Aussenbeziehungen	1.0	1.0	0.0	1.0	0.0	1.0	
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	113.7	24.9	16.4	105.1	3.0	108.1	
	4.2	Verkehrsmanagement	26.5	-30.4	2.6	-27.8	-0.1	-27.9	
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung	42.2	35.8	7.0	42.8	1.1	43.8	
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	11.6	8.3	2.1	10.4	0.3	10.7	
	4.5	Wahlen und Abstimmungen	1.2	1.2	0.3	1.4	0.0	1.4	
SD	5.1	Gesundheitsschutz	19.4	10.8	1.7	12.5	0.4	12.9	
	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	14.5	12.2	0.6	12.8	0.5	13.3	
	5.3	Gesundheitsversorgung	721.8	212.7	98.8	311.5	12.6	324.1	
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und klinische Forschung	115.6	66.8	13.8	80.6	2.4	83.0	
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste	1.5	0.1	0.3	0.4	0.0	0.5	
WSD	6.1	Standortförderung	6.2	4.6	0.0	4.7	0.1	4.8	
	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung	28.8	11.2	2.9	14.0	0.5	14.5	
	6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.6	0.5	0.0	0.5	0.0	0.5	
	6.4	Öffentlicher Verkehr	207.1	53.0	56.3	109.3	3.2	112.5	
	6.5	Existenzsicherung	114.3	99.1	0.6	99.7	3.1	102.8	
	6.6	Sozialversicherungen	416.1	347.6	1.9	349.6	3.3	352.9	
	6.7	Dokumentation	6.0	5.7	1.3	6.9	0.2	7.1	
Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	35.4	10.1	6.2	16.3	0.8	17.1	
	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	0.9	0.9	0.1	0.9	0.0	0.9	
Summe AF			2'883.0	1'209.8	614.5	2'287.7	57.9	2'345.7	
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung	29.5	3.6	5.2	31.0	-31.0	0.0	
	8.2	Zentrale Finanzdienste	20.1	12.4	-5.0	2.6	-2.6	0.0	
	8.3	Zentrale Personaldienste	12.1	1.1	-4.3	6.7	-6.7	0.0	
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	53.1	7.5	-45.6	0.0	0.0	0.0	
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	23.4	10.6	-11.9	1.0	-1.0	0.0	
	8.6	Zentrale Materialdienste	9.5	7.6	0.7	2.6	-2.6	0.0	
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe	15.1	1.4	0.4	14.1	-14.1	0.0	
	8.8	Departementsstäbe	40.1	2.7	-37.4	0.0	0.0	0.0	
Summe RF			202.8	47.0	-97.9	57.9	-57.9	0.0	
Summe AF + RF			3'085.8	1'256.7	516.6	2'345.7	0.0	2'345.7	

Tabelle 4: Finanzen der Felder im Jahre 2003

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Ertrag	Aufwand (ohne Abschr.)	ONA	Kalk. Pos. (Abschr. etc.)	Saldo KLR	Umlagen RF	Vollkosten		
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung	0.2	7.5	7.3	0.6	7.9	0.2	8.0		
		1.2	Bauaufsicht	2.7	2.7	0.0	1.1	1.0	0.1	1.1		
		1.3	Stadtbildpflege und Wohnbauförderung	0.7	0.7	0.7	4.2	5.0	0.1	4.2	5.1	
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend	31.6	69.4	37.8	131.8	169.6	2.9	2.9	172.6	
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	13.0	34.3	21.3	4.5	25.8	0.8	0.8	26.5	
		1.6	Versorgung und Entsorgung	70.5	39.0	-31.6	72.4	40.8	0.5	0.5	41.3	
	ED	1.7	Umweltschutz und Energie	30.3	11.8	-18.5	0.3	-18.2	0.2	0.2	-17.9	
		2.1	Volkschulbildung	31.4	297.9	266.5	59.1	325.6	8.9	8.9	334.5	
		2.2	Weiterführende Schulbildung	21.3	126.4	105.1	17.5	122.6	3.4	3.4	126.0	
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe	4.5	130.3	125.8	59.3	185.1	2.8	2.8	187.9	
		2.4	Erwachsenenbildung	2.0	7.1	5.1	0.9	6.0	0.4	0.4	6.4	
		2.5	Kulturförderung und -pflege	8.4	110.1	101.7	25.1	126.9	2.5	2.5	129.4	
		2.6	Sportförderung	10.1	20.4	10.3	12.9	23.1	0.5	0.5	23.7	
		2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	23.7	62.1	38.5	2.1	40.5	0.9	0.9	41.5	
		2.8	Quartalarbeit und Tagesbetreuung von Kindern	2.6	29.0	26.4	1.5	27.9	0.9	0.9	28.8	
		ID	3.1	Rechts- und Registerwesen	11.6	14.9	3.3	2.3	5.7	0.3	0.3	6.0
			3.2	Vormundchaftswesen	3.3	20.3	17.1	2.4	19.5	0.5	0.5	20.0
3.3	Strafverfolgung und -vollzug		2.9	30.2	27.4	9.7	37.0	0.8	0.8	37.8		
3.4	Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung		0.0	7.0	7.0	0.4	7.4	0.2	0.2	7.6		
3.5	Gleichstellung von Frauen und Männern		0.0	1.2	1.2	0.0	1.2	0.0	0.0	1.2		
3.6	Aussenbeziehungen		0.0	1.0	1.0	0.0	1.0	0.0	0.0	1.0		
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	25.1	115.3	90.2	17.0	107.1	3.0	3.0	110.2		
	4.2	Verkehrsmanagement	57.5	26.8	-30.7	2.7	-28.1	-0.1	-0.1	-28.1		
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung	6.4	42.7	36.3	7.2	43.5	1.1	1.1	44.6		
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	3.3	11.7	8.5	2.2	10.7	0.3	0.3	11.0		
	4.5	Wahlen und Abstimmungen	0.0	1.3	1.3	0.3	1.6	0.0	0.0	1.6		
	5.1	Gesundheitsschutz	8.7	19.8	11.0	1.7	12.7	0.4	0.4	13.1		
SD	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	2.3	14.8	12.4	0.6	13.0	0.5	0.5	13.5		
	5.3	Gesundheitsversorgung	516.8	733.1	216.3	98.9	315.2	12.8	12.8	328.0		
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und klinische Forschung	49.2	117.2	68.0	13.8	81.8	2.4	2.4	84.2		
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste	1.4	1.5	0.1	0.3	0.4	0.0	0.0	0.5		
	6.1	Standortförderung	1.6	6.3	4.7	0.0	4.8	0.1	0.1	4.9		
WSD	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung	18.0	29.3	11.3	2.9	14.2	0.5	0.5	14.7		
	6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.1	0.6	0.5	0.0	0.5	0.0	0.0	0.5		
	6.4	Öffentlicher Verkehr	156.7	210.6	53.9	58.2	112.1	3.2	3.2	115.4		
	6.5	Existenzsicherung	15.5	110.8	95.4	0.6	96.0	3.1	3.1	99.0		
	6.6	Sozialversicherungen	69.6	441.8	372.2	2.0	374.2	3.4	3.4	377.6		
	6.7	Dokumentation	0.4	6.1	5.8	1.3	7.1	0.2	0.2	7.3		
	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	25.7	36.0	10.3	6.4	16.7	0.8	0.8	17.5		
Judikative	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	0.1	0.9	0.9	0.1	0.9	0.0	0.0	1.0		
	Summe AF		1'228.4	2'950.2	1'721.7	624.3	2'346.0	58.8	2'404.9	2'404.9		
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung	3.7	30.0	26.3	5.3	31.6	-31.6	-31.6	0.0		
	8.2	Zentrale Finanzdienste	12.7	20.4	7.8	-5.1	2.7	0.0	0.0	0.0		
	8.3	Zentrale Personaldienste	1.1	12.3	11.2	-4.4	6.8	-6.8	-6.8	0.0		
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	7.6	54.0	46.3	-46.3	0.0	0.0	0.0	0.0		
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	10.7	23.8	13.1	-12.2	0.9	-0.9	-0.9	0.0		
	8.6	Zentrale Materialdienste	7.7	9.7	1.9	0.7	2.6	-2.6	-2.6	0.0		
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe	1.4	15.4	13.9	0.4	14.3	-14.3	-14.3	0.0		
	8.8	Departementsstäbe	2.7	40.8	38.0	-38.0	0.0	0.0	0.0	0.0		
Summe RF		47.7	206.2	158.5	-99.7	58.8	-99.7	-58.8	0.0			
Summe AF + RF		1'276.2	3'156.4	1'880.3	524.6	2'404.9	0.0	2'404.9	2'404.9			

Tabelle 5: Finanzen der Felder im Jahre 2004

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Ertrag	ONA	Kalk. Pos. (Abschr. etc.)	Saldo KLR	Umlagen RF	Vollkosten
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung	7.6	7.4	0.6	8.0	0.2	8.2
		1.2	Baufaust	2.8	0.0	1.1	1.1	0.1	1.1
		1.3	Stadt- und Wohnbauförderung	0.7	0.7	4.3	5.0	0.1	5.2
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend	70.6	38.5	134.1	172.5	3.0	175.5
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	34.8	21.7	4.5	26.2	0.8	27.0
		1.6	Versorgung und Entsorgung	39.6	-32.1	73.7	41.5	0.5	42.0
		1.7	Umweltschutz und Energie	12.0	-18.8	0.3	-18.5	0.2	-18.2
	ED	2.1	Volksschulbildung	303.0	271.0	60.1	331.1	9.0	340.1
		2.2	Weiterführende Schulbildung	128.6	106.9	17.8	124.7	3.5	128.2
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe	132.5	127.9	60.3	188.2	2.8	191.1
		2.4	Erwachsenenbildung	7.2	5.2	0.9	6.1	0.4	6.6
		2.5	Kulturförderung und -pflege	112.0	103.5	25.5	129.0	2.6	131.6
		2.6	Sportförderung	20.7	10.4	13.1	23.5	0.5	24.1
		2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	63.2	39.1	2.1	41.2	0.9	42.2
		2.8	Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern	29.5	26.9	1.5	28.4	0.9	29.3
	ID	3.1	Rechts- und Registerwesen	15.1	3.4	2.3	5.7	0.3	6.1
		3.2	Vormundchaftswesen	20.7	17.3	2.5	19.8	0.5	20.3
3.3		Strafverfolgung und -vollzug	30.7	27.8	9.4	37.2	0.8	38.0	
3.4		Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	7.2	7.1	0.4	7.6	0.2	7.7	
3.5		Gleichstellung von Frauen und Männern	1.2	1.2	0.0	1.2	0.0	1.2	
3.6		Aussenbeziehungen	1.0	1.0	0.0	1.0	0.0	1.1	
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	117.0	91.6	17.2	108.8	3.1	111.9	
	4.2	Verkehrsmanagement	27.2	-31.0	2.7	-28.3	-0.1	-28.4	
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung	43.4	36.8	7.3	44.1	1.1	45.3	
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	11.9	8.6	2.2	10.8	0.3	11.2	
	4.5	Wahlen und Abstimmungen	1.3	1.3	0.3	1.6	0.0	1.6	
SD	5.1	Gesundheitsschutz	20.1	11.2	1.7	12.9	0.4	13.3	
	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	15.0	12.7	0.6	13.2	0.5	13.7	
	5.3	Gesundheitsversorgung	744.5	220.0	99.0	319.0	13.0	331.9	
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und klinische Forschung	118.8	69.1	13.9	83.0	2.4	85.4	
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste	1.5	0.1	0.3	0.4	0.0	0.5	
WSD	6.1	Standortförderung	6.4	4.8	0.0	4.9	0.1	5.0	
	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung	29.8	11.5	2.9	14.5	0.5	14.9	
	6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.6	0.5	0.0	0.5	0.0	0.5	
	6.4	Öffentlicher Verkehr	214.2	54.8	61.1	116.0	3.3	119.3	
	6.5	Existenzsicherung	108.8	93.1	0.6	93.7	3.1	96.9	
	6.6	Sozialversicherungen	461.7	391.0	2.0	392.9	3.6	396.5	
	6.7	Dokumentation	6.3	5.9	1.3	7.2	0.2	7.4	
Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	36.6	10.4	6.4	16.8	0.8	17.6	
	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	1.0	0.9	0.1	0.9	0.0	1.0	
Summe AF			3'007.2	1'247.5	634.2	2'393.9	59.7	2'453.6	
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung	30.5	26.7	5.4	32.1	-32.1	0.0	
	8.2	Zentrale Finanzdienste	20.8	7.9	-5.2	2.7	-2.7	0.0	
	8.3	Zentrale Personaldienste	12.5	11.3	-4.4	6.9	-6.9	0.0	
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	54.9	47.1	-47.1	0.0	0.0	0.0	
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	24.2	13.3	-12.5	0.8	-0.8	0.0	
	8.6	Zentrale Materialdienste	9.8	2.0	7.9	0.7	-2.7	0.0	
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe	15.6	14.2	0.4	14.5	-14.5	0.0	
	8.8	Departementsstäbe	41.5	38.7	-38.7	0.0	0.0	0.0	
Summe RF			209.7	48.5	-101.5	59.7	-59.7	0.0	
Summe AF + RF			3'216.9	1'296.0	532.7	2'453.6	0.0	2'453.6	

Tabelle 6: Finanzen der Felder im Jahre 2005

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	Ertrag	ONA	Kalk. Pos. (Abschr. etc.)	Saldo KLR	Umlagen RF	Vollkosten	
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung	7.8	7.5	0.6	8.1	0.2	8.3	
		1.2	Baufaust	2.8	0.0	1.1	1.1	0.1	1.1	
		1.3	Stadt- und Wohnbauauftrag	0.8	0.8	4.4	5.1	0.1	5.3	
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend	71.8	39.1	136.3	175.5	3.0	178.5	
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	35.4	22.0	4.6	26.6	0.8	27.5	
		1.6	Versorgung und Entsorgung	40.3	-32.7	74.9	42.2	0.5	42.8	
		1.7	Umweltschutz und Energie	12.2	-19.1	0.3	-18.8	0.2	-18.5	
	ED	2.1	Volksschulbildung	308.1	275.6	61.1	336.8	9.1	345.9	
		2.2	Weiterführende Schulbildung	130.7	108.7	18.1	126.8	3.5	130.4	
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe	134.8	130.1	61.3	191.4	2.9	194.3	
		2.4	Erwachsenenbildung	7.4	5.3	0.9	6.2	0.4	6.7	
		2.5	Kulturförderung und -pflege	113.9	105.2	26.0	131.2	2.6	133.8	
		2.6	Sportförderung	21.1	10.6	13.3	23.9	0.5	24.5	
		2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	64.3	39.8	2.1	41.9	0.9	42.9	
		2.8	Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern	30.0	27.3	1.5	28.9	1.0	29.8	
		ID	3.1	Rechts- und Registerwesen	15.4	3.4	2.4	5.8	0.3	6.1
			3.2	Vormundchaftswesen	21.0	17.6	2.5	20.1	0.5	20.6
3.3	Strafverfolgung und -vollzug		31.3	28.3	7.9	36.2	0.8	37.0		
3.4	Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung		7.3	7.3	0.4	7.7	0.2	7.9		
3.5	Gleichstellung von Frauen und Männern		1.2	1.2	0.0	1.2	0.0	1.3		
3.6	Aussenbeziehungen		1.0	1.0	0.0	1.1	0.0	1.1		
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	118.4	92.8	17.4	110.3	3.1	113.4		
	4.2	Verkehrsmanagement	27.5	-31.1	2.8	-28.3	-0.1	-28.4		
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung	43.9	37.3	7.4	44.7	1.1	45.8		
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	12.0	8.7	2.3	11.0	0.3	11.3		
	4.5	Wahlen und Abstimmungen	1.4	1.3	0.3	1.6	0.0	1.6		
	5.1	Gesundheitsschutz	20.5	11.4	1.7	13.1	0.4	13.5		
SD	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	15.3	12.9	0.6	13.4	0.5	13.9		
	5.3	Gesundheitsversorgung	756.1	223.7	99.1	322.8	13.1	336.0		
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und klinische Forschung	120.5	70.3	13.9	84.2	2.5	86.6		
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste	1.5	0.2	0.3	0.4	0.0	0.5		
	6.1	Standortförderung	6.6	4.9	0.0	5.0	0.1	5.1		
WSD	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung	30.3	11.7	2.9	14.7	0.5	15.2		
	6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.6	0.5	0.0	0.5	0.0	0.5		
	6.4	Öffentlicher Verkehr	217.8	55.8	63.2	119.0	3.4	122.4		
	6.5	Existenzsicherung	109.4	93.4	0.6	94.0	3.2	97.2		
	6.6	Sozialversicherungen	482.1	410.1	2.0	412.1	3.7	415.8		
	6.7	Dokumentation	6.4	6.0	1.3	7.3	0.2	7.5		
	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	37.3	10.6	6.4	17.1	0.8	17.8		
7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	1.0	0.9	0.1	1.0	0.0	1.0			
Summe AF			3'067.1	1'266.3	642.2	2'443.1	60.6	2'503.6		
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung	31.0	27.2	5.5	32.6	-32.6	0.0		
	8.2	Zentrale Finanzdienste	21.1	8.0	-5.3	2.7	-2.7	0.0		
	8.3	Zentrale Personaldienste	12.7	11.5	-4.5	7.0	-7.0	0.0		
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	55.8	47.9	-47.9	0.0	0.0	0.0		
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	24.6	13.5	-12.8	0.7	-0.7	0.0		
	8.6	Zentrale Materialdienste	10.0	2.0	0.7	2.7	-2.7	0.0		
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe	15.9	14.4	0.4	14.8	-14.8	0.0		
	8.8	Departementsstäbe	42.1	39.3	-39.3	0.0	0.0	0.0		
Summe RF			213.2	49.3	-103.3	60.6	-60.6	0.0		
Summe AF + RF			3'280.3	1'315.6	538.9	2'503.6	0.0	2'503.6		

Tabelle 7: Ordentlicher Nettoaufwand

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung	5.7	6.7	7.2	7.3	7.4	7.5
		1.2	Baufürsicht	0.4	0.6	0.0	0.0	0.0	0.0
		1.3	Stadtbildpflege und Wohnbauförderung	-0.1	0.7	0.7	0.7	0.7	0.8
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend	33.8	35.0	37.2	37.8	38.5	39.1
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe	22.2	20.9	20.9	21.3	21.7	22.0
		1.6	Versorgung und Entsorgung	-28.0	-31.4	-31.1	-31.6	-12.1	-12.7
		1.7	Umweltschutz und Energie	-20.8	-20.9	-18.2	-18.5	-18.8	-19.1
	ED	2.1	Volkschulbildung	241.6	240.6	258.9	266.5	271.0	275.6
		2.2	Weiterführende Schulbildung	92.1	96.1	101.3	105.1	106.9	108.7
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe	112.1	122.3	123.5	125.8	127.9	130.1
		2.4	Erwachsenenbildung	4.2	4.5	4.8	5.1	5.2	5.3
		2.5	Kulturförderung und -pflege	99.2	99.9	100.0	101.7	103.5	105.2
		2.6	Sportförderung	9.8	9.5	10.1	10.3	10.4	10.6
		2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe	20.7	40.6	37.8	38.5	39.1	39.8
		2.8	Quartierarbeit und Tagesbetreuung von Kindern	21.9	23.8	25.2	26.4	26.9	27.3
	ID	3.1	Rechts- und Registerwesen	2.7	3.2	3.3	3.3	3.4	3.4
		3.2	Vormundchaftswesen	15.8	15.9	16.8	17.1	17.3	17.6
3.3		Strafverfolgung und -vollzug	25.7	26.9	26.9	27.4	27.8	28.3	
3.4		Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung	5.4	5.6	6.9	7.0	7.1	7.3	
3.5		Gleichstellung von Frauen und Männern	1.0	1.1	1.2	1.2	1.2	1.2	
3.6		Aussenbeziehungen	0.7	0.8	1.0	1.0	1.0	1.0	
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung	83.9	87.5	88.8	90.2	91.6	92.8	
	4.2	Verkehrsmanagement	-29.7	-30.2	-30.4	-30.7	-31.0	-31.1	
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung	33.7	35.1	35.8	36.3	36.8	37.3	
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen	7.8	8.2	8.3	8.5	8.6	8.7	
	4.5	Wahlen und Abstimmungen	1.0	1.0	1.2	1.3	1.3	1.3	
SD	5.1	Gesundheitsschutz	9.8	10.4	10.8	11.0	11.2	11.4	
	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention	9.3	10.4	12.2	12.4	12.7	12.9	
	5.3	Gesundheitsversorgung	172.4	213.0	212.7	216.3	220.0	223.7	
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und klinische Forschung	65.5	67.0	66.8	68.0	69.1	70.3	
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste	0.0	0.1	0.1	0.1	0.1	0.2	
WSD	6.1	Standortförderung	4.3	3.6	4.6	4.7	4.8	4.9	
	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung	10.3	11.0	11.2	11.3	11.5	11.7	
	6.3	Land- und Waldwirtschaft	0.4	0.4	0.5	0.5	0.5	0.5	
	6.4	Öffentlicher Verkehr	41.0	47.1	53.0	53.9	54.8	55.8	
	6.5	Existenzsicherung	116.3	103.3	99.1	95.4	93.1	93.4	
	6.6	Sozialversicherungen	313.3	341.7	347.6	372.2	391.0	410.1	
	6.7	Dokumentation	5.7	6.6	5.7	5.8	5.9	6.0	
Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)	5.9	9.6	10.1	10.3	10.4	10.6	
	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)	0.6	0.8	0.9	0.9	0.9	0.9	
Summe AF			1'517.6	1'629.2	1'673.3	1'721.7	1'759.7	1'800.9	
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung	25.0	25.8	25.8	26.3	26.7	27.2	
	8.2	Zentrale Finanzdienste	5.7	6.4	7.6	7.8	7.9	8.0	
	8.3	Zentrale Personaldienste	9.7	11.9	11.0	11.2	11.3	11.5	
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste	57.0	54.9	45.6	46.3	47.1	47.9	
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste	13.0	12.7	12.9	13.1	13.3	13.5	
	8.6	Zentrale Materialdienste	2.1	1.8	1.9	1.9	2.0	2.0	
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe	10.0	13.1	13.7	13.9	14.2	14.4	
	8.8	Departementsstäbe	16.0	29.9	37.4	38.0	38.7	39.3	
Summe RF		138.4	156.6	155.8	158.5	161.2	163.9		
Summe AF + RF		1'656.0	1'785.8	1'829.1	1'880.3	1'920.9	1'964.7		

Tabelle 8: Saldo Kosten-/Leistungsrechnung

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung			7.7	7.9	8.0	8.1
		1.2	Baufischt			1.0	1.0	1.1	1.1
		1.3	Stadtbildpflege und Wohnbauförderung			4.9	5.0	5.0	5.1
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend			166.8	169.6	172.5	175.5
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe			25.3	25.8	26.2	26.6
		1.6	Versorgung und Entsorgung			40.2	40.8	41.5	42.2
		1.7	Umweltschutz und Energie			-17.9	-18.2	-18.5	-18.8
	ED	2.1	Volkschulbildung			316.6	325.6	331.1	336.8
		2.2	Weiterführende Schulbildung			118.3	122.6	124.7	126.8
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe			181.7	185.1	188.2	191.4
		2.4	Erwachsenenbildung			5.8	6.0	6.1	6.2
		2.5	Kulturförderung und -pflege			124.8	126.9	129.0	131.2
		2.6	Sportförderung			22.7	23.1	23.5	23.9
		2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe			40.2	40.5	41.2	41.9
		2.8	Quartalarbeit und Tagesbetreuung von Kindern			26.8	27.9	28.4	28.9
	ID	3.1	Rechts- und Registerwesen			5.9	5.7	5.7	5.8
		3.2	Vormundchaftswesen			19.4	19.5	19.8	20.1
3.3		Strafverfolgung und -vollzug			36.2	37.0	37.2	36.2	
3.4		Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung			7.3	7.4	7.6	7.7	
3.5		Gleichstellung von Frauen und Männern			1.2	1.2	1.2	1.2	
3.6		Aussenbeziehungen			1.0	1.0	1.0	1.1	
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung			105.1	107.1	108.8	110.3	
	4.2	Verkehrsmanagement			-27.8	-28.1	-28.3	-28.3	
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung			42.8	43.5	44.1	44.7	
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen			10.4	10.7	10.8	11.0	
	4.5	Wahlen und Abstimmungen			1.4	1.6	1.6	1.6	
	5.1	Gesundheitsschutz			12.5	12.7	12.9	13.1	
SD	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention			12.8	13.0	13.2	13.4	
	5.3	Gesundheitsversorgung			311.5	315.2	319.0	322.8	
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und klinische Forschung			80.6	81.8	83.0	84.2	
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste			0.4	0.4	0.4	0.4	
	6.1	Standortförderung			4.7	4.8	4.9	5.0	
WSD	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung			14.0	14.2	14.5	14.7	
	6.3	Land- und Waldwirtschaft			0.5	0.5	0.5	0.5	
	6.4	Öffentlicher Verkehr			109.3	112.1	116.0	119.0	
	6.5	Existenzsicherung			99.7	96.0	93.7	94.0	
	6.6	Sozialversicherungen			349.6	374.2	392.9	412.1	
	6.7	Dokumentation			6.9	7.1	7.2	7.3	
	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)			16.3	16.7	16.8	17.1	
Judikative	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)			0.9	0.9	0.9	1.0	
	Summe AF				2'287.7	2'346.0	2'393.9	2'443.1	
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung			31.0	31.6	32.1	32.6	
	8.2	Zentrale Finanzdienste			2.6	2.7	2.7	2.7	
	8.3	Zentrale Personaldienste			6.7	6.8	6.9	7.0	
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste			0.0	0.0	0.0	0.0	
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste			1.0	0.9	0.8	0.7	
	8.6	Zentrale Materialdienste			2.6	2.6	2.7	2.7	
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe			14.1	14.3	14.5	14.8	
	8.8	Departementsstäbe			0.0	0.0	0.0	0.0	
Summe RF				57.9	58.8	59.7	60.6		
Summe AF + RF				2'345.7	2'404.9	2'453.6	2'503.6		

Tabelle 9: Saldo Vollkostenrechnung

(Angaben in Millionen CHF)

Typ	Dept.	No.	Feld	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Aufgabenfeld (AF)	BD	1.1	Raumentwicklungsplanung			7.9	8.0	8.2	8.3
		1.2	Baufischt			1.1	1.1	1.1	1.1
		1.3	Stadtbildpflege und Wohnbauförderung			5.0	5.1	5.2	5.3
		1.4	Gestaltung und Unterhalt der Allmend			169.7	172.6	175.5	178.5
		1.5	Naturschutz, Grünpflege und Friedhöfe			26.1	26.5	27.0	27.5
		1.6	Versorgung und Entsorgung			40.7	41.3	42.0	42.8
		1.7	Umweltschutz und Energie			-17.6	-17.9	-18.2	-18.5
	ED	2.1	Volksschulbildung			325.3	334.5	340.1	345.9
		2.2	Weiterführende Schulbildung			121.6	126.0	128.2	130.4
		2.3	Bildung auf Tertiärstufe			184.5	187.9	191.1	194.3
		2.4	Erwachsenenbildung			6.2	6.4	6.6	6.7
		2.5	Kulturförderung und -pflege			127.3	129.4	131.6	133.8
		2.6	Sportförderung			23.3	23.7	24.1	24.5
		2.7	Stationäre Jugend- und Behindertenhilfe			41.1	41.5	42.2	42.9
		2.8	Quartalarbeit und Tagesbetreuung von Kindern			27.7	28.8	29.3	29.8
	ID	3.1	Rechts- und Registerwesen			6.3	6.0	6.1	6.1
		3.2	Vormundchaftswesen			19.9	20.0	20.3	20.6
3.3		Strafverfolgung und -vollzug			37.0	37.8	38.0	37.0	
3.4		Ausserschulische Jugendarbeit und Familienförderung			7.5	7.6	7.7	7.9	
3.5		Gleichstellung von Frauen und Männern			1.2	1.2	1.2	1.3	
3.6		Aussenbeziehungen			1.0	1.0	1.1	1.1	
PMD	4.1	Sicherheit, Ordnung und Hilfeleistung			108.1	110.2	111.9	113.4	
	4.2	Verkehrsmanagement			-27.9	-28.1	-28.4	-28.4	
	4.3	Kriminalitätsbekämpfung			43.8	44.6	45.3	45.8	
	4.4	Schutz bei ausserordentlichen Ereignissen			10.7	11.0	11.2	11.3	
	4.5	Wahlen und Abstimmungen			1.4	1.6	1.6	1.6	
SD	5.1	Gesundheitsschutz			12.9	13.1	13.3	13.5	
	5.2	Gesundheitsförderung und medizinische Prävention			13.3	13.5	13.7	13.9	
	5.3	Gesundheitsversorgung			324.1	328.0	331.9	336.0	
	5.4	Medizinische Aus- und Weiterbildung und klinische Forschung			83.0	84.2	85.4	86.6	
	5.5	Veterinärmedizinische Dienste			0.5	0.5	0.5	0.5	
WSD	6.1	Standortförderung			4.8	4.9	5.0	5.1	
	6.2	Arbeitsmarkt und Berufsbildung			14.5	14.7	14.9	15.2	
	6.3	Land- und Waldwirtschaft			0.5	0.5	0.5	0.5	
	6.4	Öffentlicher Verkehr			112.5	115.4	119.3	122.4	
	6.5	Existenzsicherung			102.8	99.0	96.9	97.2	
	6.6	Sozialversicherungen			352.9	377.6	396.5	415.8	
	6.7	Dokumentation			7.1	7.3	7.4	7.5	
Judikative	7.1	Rechtsprechung (Gerichte)			17.1	17.5	17.6	17.8	
	7.2	Rechtsprechung (verwaltungsunabhängige Rekurskommissionen)			0.9	1.0	1.0	1.0	
Summe AF					2'345.7	2'404.9	2'453.6	2'503.6	
Ressourcenfeld (RF)	8.1	Steuererhebung			0.0	0.0	0.0	0.0	
	8.2	Zentrale Finanzdienste			0.0	0.0	0.0	0.0	
	8.3	Zentrale Personaldienste			0.0	0.0	0.0	0.0	
	8.4	Zentrale Bau- und Raumdienste			0.0	0.0	0.0	0.0	
	8.5	Zentrale Informatik- und Telefondienste			0.0	0.0	0.0	0.0	
	8.6	Zentrale Materialdienste			0.0	0.0	0.0	0.0	
	8.7	Behörden und zentrale Stäbe			0.0	0.0	0.0	0.0	
	8.8	Departementsstäbe			0.0	0.0	0.0	0.0	
Summe RF				0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	
Summe AF + RF				2'345.7	2'404.9	2'453.6	2'503.6	2'503.6	

6.2 Investitionsplan

Die folgende **Tabelle 10** zeigt die geplante Entwicklung der Nettoinvestitionen über die nächsten vier Jahre sowie deren Verteilung auf die fünf bestehenden Investitionsbereiche. Diese sind wie folgt gegliedert:

Investitionsbereich	Verantwortlichkeit
Strassen/Stadtgestaltung	Baudepartement
Öffentlicher Verkehr	Wirtschafts- und Sozialdepartement
Gesundheit	Sanitätsdepartement
Bildung	Erziehungsdepartement
Übrige	Finanzdepartement (federführend)

Die in den vier Hauptinvestitionsbereichen nicht enthaltenen Funktionen wie allgemeine Verwaltung, Polizei, Feuerwehr, soziale Wohlfahrt, etc. werden unter der Bezeichnung «Übrige» zusammengefasst.

Die Reserve ist ebenfalls Teil der geplanten Nettoinvestitionen, doch ist sie noch keinem Investitionsbereich zugeteilt. Sie soll primär für Stadtentwicklungsprojekte, für den Investitionsbereich «Übrige» sowie für den Ausgleich von Spitzen in einzelnen Investitionsbereichen zur Verfügung stehen.

In der Planung werden die Investitionen (vorderhand) auf die Investitionsbereiche aufgeteilt. Effektiv müssen die einzelnen Vorhaben den einzelnen Feldern zugeordnet werden, damit die Kapitalkosten in der Laufenden Rechnung und in der Kostenrechnung korrekt erfasst werden können.

Tabelle 10: Investitionsplan
(Plafonds der fünf Investitionsbereiche, Nettoinvestitionen)

(Angaben in Millionen CHF)

Investitionsbereich	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Strassen / Stadtgestaltung	65.3	69.0	68.9	56.3	56.3	54.5
Öffentlicher Verkehr	79.8	71.0	44.0	30.0	33.0	35.0
Gesundheit	61.2	72.5	72.2	51.7	45.7	63.7
Bildung	53.4	44.0	46.0	41.0	41.0	43.0
Übrige	57.0	63.4	62.6	41.5	40.5	42.5
Total ohne Reserve	316.7	319.9	293.7	220.5	216.5	238.7
Reserve	0.0	0.0	0.0	24.1	28.1	33.1
Total Plafond	316.7	319.9	293.7	244.6	244.6	271.8
Positionen ausserhalb Plafond	0.7	- 9.0	- 9.0	- 9.0	- 9.0	- 9.0
Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen	317.4	310.9	284.7	235.6	235.6	262.8

6.3 Finanzplan

Tabelle 11

Die Tabelle 11 enthält die sogenannten allgemeinen Einnahmen und Ausgaben. Dies sind alle finanzrelevanten Zahlen, die nicht in den Aufgaben- oder Ressourcensektoren anfallen. Die allgemeinen Einnahmen umfassen insbesondere die Steuereinnahmen und die Vermögenserträge des Verwaltungs- und Finanzvermögens. Die allgemeinen Ausgaben umfassen insbesondere die Zinskosten der Staatsschuld.

Steuerertrag

Dank dem ausgezeichneten konjunkturellen Umfeld sind die Steuererträge in den letzten Jahren überdurchschnittlich gewachsen. Diesem Wachstum lag ein starker Anstieg bei den Ertragssteuern der Unternehmungen und den Vermögenssteuern bei den Privatpersonen zu Grunde. Im Weiteren wurden die Gesamteingänge begünstigt durch ausserordentlich hohe Erbschaftssteuern im Jahr 2000. Die gute Entwicklung in den vergangenen Jahren darf nicht zu der Annahme verleiten, dass dieses Wachstum in den kommenden Jahren im gleichen Tempo anhalten wird. So zeigten etwa die Einkommenssteuern der Privatpersonen mit einem Wachstum von lediglich 1.1% im Jahr 2000 eine Abschwächung. Aufgrund der ungünstigen Börsenlage erwarten wir bei den Vermögenssteuern im kommenden Jahr eher einen Rückgang als einen weiteren Anstieg. Auch ist bei den Ertragssteuern aufgrund der präsentierten Halbjahresergebnisse 2001 der grössten Basler Unternehmungen keine Euphorie angebracht.

Die Tabelle 11 zeigt die Steuererträge unterteilt in die *Einkommens- und Vermögenssteuern* der natürlichen Personen, die *Ertrags- und Kapitalsteuern* der juristischen Personen und in *Übrige Steuern*. Die *Übrigen Steuern* umfassen auch die «Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung», welche vor allem den Anteil an den direkten Bundessteuern enthalten.

Einkommens- und Vermögenssteuern

Die auf breiter Basis gewährten Realloohnerhöhungen im Jahr 2001 werden sich im Jahr 2002 günstig auf die Einkommenssteuern auswirken. Von der Rechnung 2000 bis ins Jahr 2002 gehen wir somit von einem durchschnittlichen Wachstum von 3.2% aus. In den Jahren 2003 bis 2005 legen wir der Steuerprognose ein ordentliches Wachstum im Rahmen der Teuerung von ca. 1.7% zu Grunde. Dieses Wachstum wird jedoch neutralisiert durch zwei gewichtige Sonderfaktoren. Einerseits berücksichtigen wir den Gegenvorschlag der Regierung zu den hängigen Steuerinitiativen, welcher sich mit gegen 80 Millionen Franken auswirkt und andererseits wird ein weiterer Ausgleich der kalten Progression die Einnahmen um rund 30 Millionen Franken verschlechtern. Die Jahre 2001 und 2002 sind zudem beeinflusst durch die Bezugslücke (Wechsel vom Post- zum Pränumerandosystem bei den Vermögenssteuern) und die ergebnisverbessernde Umstellung der Rechnungslegung auf das Sollprinzip. Gesamthaft zeigen die Einkommens- und Vermögenssteuern im Jahr 2005 eine Abnahme gegenüber dem Jahr 2002 von 22 Millionen Franken.

Ertrags- und Kapitalsteuern

Die Ertragssteuern sind abhängig von den schwierig einzuschätzenden Gewinnen und Verlusten der Basler Unternehmungen. Wir nehmen nicht an, dass sich die günstige Dynamik der letzten Jahre in diesem Segment im gleichen Masse fortsetzen wird. Die Steuern sind typischerweise grösseren Schwankungen unterworfen (aufgrund von Sonderfaktoren bei den grossen Unternehmungen und konjunkturellen Einflüssen) und somit bezüglich der Planung auch mit einem erhöhten Fehlerrisiko behaftet. Ohne Berücksichtigung von Sonderfaktoren nehmen wir in der Planung in den Jahren 2001 und 2002 ein Wachstum von leicht über 5%, im Jahr 2003 ein solches von 4% und in den Jahren 2004 und 2005 keine Zunahme mehr an. Auch hier werden die ordentlichen Mehreinnahmen durch Sonderfaktoren verschlechtert. So wirkt sich auf der einen Seite die Steuergesetzrevision ab dem Jahr 2002 ungünstig aus (-22 Millionen Franken wiederkehrend ab 2002, -34 Millionen Franken einmalig im 2002 und -10 Millionen Franken einmalig im Jahr 2003). Auf der anderen Seite kann der Ausfall durch die Bezugslücke bei den Kapital- und Grundstücksteuern durch die Verbesserung infolge Umstellung der Rechnungslegung auf das Sollprinzip nicht vollständig

ausgeglichen werden. Mit diesen Sonderfaktoren zeigen die Ertrags- und Kapitalsteuern über den gesamten Betrachtungszeitraum von 2000 bis 2005 ein durchschnittliches Wachstum von lediglich 2.0%.

Übriger allgemeiner Ertrag und Aufwand

Die Positionen «übriger allgemeiner Ertrag» und «übriger allgemeiner Aufwand» umfassen nicht auf die Aufgaben- und Ressourcenfelder zuteilbaren Ertrag und Aufwand, wie zum Beispiel Vermögenserträge, Aufwand für Liegenschaften im Finanzvermögen, Aufwand und Ertrag der Dreispitzverwaltung, Grenzgängerentschädigungen (Frankreich), u.a.

Im Weiteren sind in diesen Positionen weitere ausserordentliche und aufgrund der Unsicherheiten nicht auf die einzelnen Aufgaben- und Ressourcenfelder verteilte gesamtstaatliche Budgetveränderungen enthalten (z.B. Teuerung auf Renten der Pensionskasse bzw. Revision des Pensionskassengesetzes, Änderungen in der Spitalfinanzierung).

Tabelle 11: Allgemeine Erträge und Aufwendungen

(Angaben in Millionen CHF)

	R 2000	B 2001	B 2002	P 2003	P 2004	P 2005
Steuerertrag	2'152.7	2'091.3	2'162.4	2'197.5	2'197.7	2'221.4
Einkommens- und Vermögenssteuer	1'372.3	1'280.0	1'467.2	1'431.2	1'421.4	1'445.2
Ertrags- und Kapitalsteuer	483.7	460.0	461.0	525.2	535.2	535.1
übrige Steuern	296.7	351.3	234.2	241.1	241.1	241.1
übriger allgemeiner Ertrag	310.6	300.7	258.1	260.4	261.3	266.2
Allgemeiner Ertrag	2'463.3	2'392.1	2'420.5	2'457.9	2'459.0	2'487.6
Zinsaufwand Staatsschulden	200.4	192.7	189.8	178.6	176.8	176.4
übriger allgemeiner Aufwand	132.6	76.0	105.3	117.2	118.1	119.1
Allgemeiner Aufwand	333.0	268.7	295.0	295.8	294.9	295.5

Tabelle 12

Die Tabelle 12 enthält den eigentlichen Finanzplan für die Jahre 2000 bis 2005:

Im Unterschied zu allen voranstehenden Tabellen (inklusive jene bei den Aufgaben- und Ressourcenfeldern) enthält der Finanzplan für die Jahre 2003 bis 2005 zwei Szenarien. Das *Hauptszenario* geht von einer realen Plafonierung der Staatsausgaben (mit wenigen Ausnahmen, worunter insbesondere die Sozialkosten) aus; folglich wächst der Ordentliche Nettoaufwand (ONA) mit der erwarteten Inflationsrate von 1.7% pro Jahr. Daneben zeigen wir ein *alternatives Szenario*. Hier wächst der ONA nicht nur mit der Teuerung (von 1.7%), sondern zusätzlich auch mit dem realen Trendwachstum des Basler Volkseinkommens von 1.5%, so dass sich eine jährliche Wachstumsrate der nominellen Staatsausgaben von 3.2% ergibt.

Dieses Alternativszenario soll nochmals (siehe oben Ziffer 5.1 zur Verbindlichkeit der Finanzzahlen) unterstreichen, dass insbesondere bei Entwicklungen, die von den Basler Behörden nicht direkt beeinflussbar sind, unvorhersehbare substanzielle Mehrausgaben anfallen können. Da diese naturgemäss nicht bestimmten Aufgabenfeldern zugeordnet werden können, werden diese erhöhten Ausgaben lediglich in der zusammenfassenden Tabelle 12 ausgewiesen, nicht jedoch in den Tabellen für die Aufgaben- oder Ressourcenfelder. Die Zahlenwerte im folgenden Text beziehen sich alle auf das Hauptszenario.

Zeilen 1 bis 10

In den Zeilen 1 bis 10 werden jeweils die Daten über alle Felder aufsummiert wiedergegeben. Daraus ergeben sich der Ordentliche Nettoaufwand (ONA) aller Felder, der Saldo der Kosten-/Leistungsrechnung (SKLR), die Vollkosten aller Aufgabenfelder sowie der Aufwand aller Felder inklusive den Abschreibungen.

Zeilen 11 bis 15

Die Zeilen 11 bis 15 enthalten die allgemeinen Einnahmen und Ausgaben sowie deren Saldo. Durch Verrechnung mit den Erträgen der Felder und dem Aufwand aller Felder ergibt sich auf Zeile 15 der Saldo der Laufenden Rechnung für den gesamten Staat.

Das Wachstum des Ordentlichen Nettoaufwandes der Aufgaben- und Ressourcenfelder von durchschnittlich rund 1.7% sowie die allgemeinen Positionen gemäss Tabelle 11 führen zu einem sich sukzessive verschlechternden Saldo der Laufenden Rechnung. Während im Budget 2001 noch ein Überschuss von 82.4 Millionen Franken gezeigt wurde, ergibt sich aus der Planung im Jahr 2005 ein Defizit von 39.4 Millionen Franken.

Zeilen 16 bis 18

Auf den Zeilen 16 bis 18 sind die staatlichen Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen (über alle Investitionsbereiche), bzw. die Veränderung von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen dargestellt. Daraus ergibt sich der Saldo der Investitionsrechnung.

Die Investitionen zeigen in den Jahren 2001 bis 2003 einen Rückgang. Dieser ist auf Kompensationen für in die Jahre 1999 und 2000 vorgezogene Investitionsvorhaben zurückzuführen und sorgt für eine temporäre Verbesserung des Finanzierungssaldos in dieser Periode. Bis ins Jahr 2005 verschlechtert sich der Finanzierungssaldo jedoch von + 41.7 Millionen Franken im Jahr 2001 auf - 38.6 Millionen Franken im Jahr 2005. (Diese Planung der Investitionsrechnung und des Finanzierungssaldos beinhaltet grössere Investitionen im Zusammenhang mit der Verlagerung von Liegenschaften der Verwaltung an günstiger Wohnlage zur Schaffung von hochwertigem Wohnraum noch nicht.)

Zeilen 19 bis 21

Die Selbstfinanzierung (Zeile 21) ergibt sich aus der Summe des Saldos der Laufenden Rechnung, der Abschreibungen, der Veränderung der Spezialfinanzierungen und der Debitorenverluste.

Zeile 22

Der Selbstfinanzierungsgrad auf Zeile 22 zeigt, zu wie viel Prozent die Investitionen durch eigene Mittel (Selbstfinanzierung) abgedeckt werden, und ergibt im Durchschnitt für die gesamte Planperiode einen Wert von über 100%, womit auch die Nettoschulden leicht abnehmen.

Zeilen 23 bis 25

Auf Zeile 23 steht schliesslich der Finanzierungssaldo, welcher sich als Differenz von Selbstfinanzierung und dem Saldo der Investitionsrechnung ergibt. Der Finanzierungssaldo entspricht der Veränderung der Nettoschulden des Kantons, welche in Zeile 25 abgebildet werden. Bis 2003 sinken die Nettoschulden, danach steigen sie wieder leicht an.

Im Alternativszenario steigen die Ausgaben schneller, so dass die Ergebnisse entsprechend schlechter ausfallen. Trotz der Annahme einer erfreulichen Konjunktur-entwicklung sinken gemäss dieser Variante der Saldo der Laufenden Rechnung und der Finanzierungssaldo wieder gegen minus 100 Millionen. Damit steigen auch die Nettoschulden deutlich an.

Die regierungsrätliche Zielsetzung eines in der Planperiode 2002 bis 2005 durchschnittlich ausgeglichenen Saldos der Laufenden Rechnung wird nicht einmal im Hauptszenario erreicht. Aufgrund der aktuellen Planzahlen kann sie aus heutiger Sicht nicht ohne zusätzliche Massnahmen erreicht werden. Die Nachhaltigkeit des Ergebnisses 2000 und des Budgets 2001 ist somit keinesfalls gegeben und es müssen weitere Verbesserungen unserer Aufwand- und Ertragsstrukturen stattfinden. Keinesfalls darf man infolge einer Fehleinschätzung der Haushaltslage wegen zwei bis drei guter Abschlüsse wieder in eine sorglose oder gar leichtsinnige Ausgabenpolitik verfallen. Angesichts der hervorragenden Konjunkturlage müssten jetzt substantielle Überschüsse realisiert werden können.

Tabelle 12: Finanzplan

(Angaben in Millionen CHF)

Pos.		R 2000	B 2001	B 2002	P 2003 Haupt- szenario	Alternativ- szenario	P 2004 Haupt- szenario	Alternativ- szenario	P 2005 Haupt- szenario	Alternativ- szenario
1	Ertrag aller Felder	1'314.8	1'240.7	1'256.7	1'276.2	1'297.0	1'296.0	1'338.5	1'315.6	1'381.3
2	Aufwand aller Felder (ohne Abschreibungen)	2'970.8	3'026.3	3'085.8	3'156.4	3'184.6	3'216.9	3'286.5	3'280.3	3'391.7
3	ONA aller Felder	1'656.0	1'785.6	1'829.1	1'880.3	1'887.6	1'920.9	1'948.0	1'964.7	2'010.4
4	Kalkulatorische Kosten aller Felder (Abschreibungen, Zinsen, Mieten)		514.1	514.1	522.1	524.7	530.3	535.6	536.4	545.6
5	Umlagen von Querschnittsleistungen aller Felder		2.5	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5	2.5
6	Kalkulatorische Positionen aller Felder		516.6	516.6	524.6	527.2	532.7	538.1	538.9	548.1
7	Vollkosten aller Aufgabenfelder		2'345.7	2'404.9	2'414.8	2'414.8	2'453.6	2'486.2	2'503.6	2'558.5
8	Abschreibungen gemäss Staatsrechnung (Verwaltungsvermögen)	220.4	246.0	260.5	266.2	266.2	268.2	268.2	270.2	270.2
9	Abschreibungen gemäss Staatsrechnung (Finanzvermögen)	11.1	9.3	9.1	9.1	9.1	9.1	9.1	9.1	9.1
10	Aufwand aller Felder (inkl. Abschreibungen)	3'202.3	3'281.6	3'355.5	3'431.7	3'459.9	3'494.2	3'563.8	3'559.6	3'671.0
11	allgemeiner Ertrag	2'463.3	2'392.1	2'420.5	2'457.9	2'457.9	2'459.0	2'459.0	2'487.6	2'487.6
12	Ertrag der Laufenden Rechnung	3'778.1	3'632.8	3'677.3	3'734.1	3'754.9	3'755.0	3'797.5	3'803.2	3'868.9
13	allgemeiner Aufwand	333.0	268.7	295.0	295.8	295.8	294.9	294.9	295.5	295.5
14	Aufwand der Laufenden Rechnung	3'535.3	3'550.3	3'650.5	3'727.5	3'755.7	3'789.1	3'858.7	3'855.1	3'966.4
15	Saldo der Laufenden Rechnung	242.8	82.4	26.8	6.5	-0.8	-34.1	-61.2	-51.9	-97.5
16	Nettoinvestitionen ins Verwaltungsvermögen	317.4	310.9	284.7	235.6	235.6	235.6	235.6	262.8	262.8
17	Veränderung von Darlehen und Beteiligungen im Verwaltungsvermögen	-21.4	-25.0	-45.8	-10.9	-10.9	10.0	10.0	10.0	10.0
18	Saldo der Investitionsrechnung	296.0	285.9	238.9	224.7	224.7	245.6	245.6	272.8	272.8
19	Veränderung Spezialfinanzierungen	4.8	-5.2	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0	-1.0
20	Debitorenverluste	-5.9	-4.9	-4.7	-4.7	-4.7	-4.7	-4.7	-4.7	-4.7
21	Selbstfinanzierung	473.2	327.6	290.7	276.1	268.7	237.5	210.3	221.7	176.1
22	Selbstfinanzierungsgrad	159.8%	114.6%	121.7%	122.9%	119.6%	96.7%	85.6%	81.3%	64.5%
23	Finanzierungssaldo	177.1	41.7	51.7	51.4	44.0	-8.1	-35.3	-51.1	-96.7
24	Finanzierungssaldo exkl. Darlehen und Beteiligungen	155.8	16.7	6.0	40.5	33.1	1.9	-25.3	-41.1	-86.7
25	Nettoschuldenbestand	3'456.2	3'414.5	3'362.7	3'311.3	3'318.7	3'319.4	3'353.9	3'370.5	3'450.7

7. Glossar

Alle wichtigen Fachwörter kurz erklärt:

Aufgabenfeld	Alle aussengerichteten Tätigkeiten der Verwaltung werden in den Aufgabenfeldern abgebildet. Aufgabenfelder umfassen jeweils nach inhaltlichen oder politischen Gesichtspunkten ähnliche Produktgruppen. Die Aufgabenfelder halten die Departementsgrenzen ein; jedes Aufgabenfeld ist aus Gründen der Organisation/Führung einem Departement zugeordnet.
Aufwand	Ausgaben der Laufenden Rechnung z.B. Personalaufwand, Sachaufwand, Zinsaufwand, Subventionen, usw. Investitionsausgaben für Vorhaben, die mehr als 200'000 Franken betragen, sind nicht im Aufwand, sondern in den Ausgaben der Investitionsrechnung enthalten.
Bruttoschulden	Fremdkapital, d.h. Passiven der Bilanz abzüglich Eigenkapital (falls vorhanden).
Budget	Zusammenstellung der Finanzzahlen für das kommende Jahr. Das Budget wird vom Grossen Rat genehmigt und damit rechtswirksam.
Ertrag	Einnahmen der Laufenden Rechnung, z.B. Steuereinnahmen, Vermögenserträge, Bundesbeiträge, Entgelte. Beiträge für Investitionen, die grösser als 200'000 Franken sind, sind nicht im Ertrag, sondern in den Einnahmen der Investitionsrechnung enthalten.
Finanzierungssaldo	Differenz zwischen den in einer Periode erzielten eigenen Mitteln und den Investitionen im Verwaltungsvermögen, die mehr als 200'000 Franken betragen. Ein negativer Saldo zeigt, dass die Investitionen teilweise über eine zusätzliche Verschuldung finanziert werden mussten.
Finanzrechnung	Rechnung, die zeigt, wie die Investitionen im Verwaltungsvermögen, die mehr als 200'000 Franken betragen, durch eigene Mittel finanziert werden können.
Globalbudget	Im Globalbudget werden nicht nur finanzielle Aspekte abgebildet, sondern auch leistungsbezogene Informationen (wie Qualitätsziele) pro Produktgruppe. Damit wird ersichtlich, welche Leistungen in welcher Qualität zu welchen Kosten erbracht werden. Dafür wird auf die Darstellung der Kostenarten verzichtet.
Investitionsrechnung	Rechnung, die sämtliche Ausgaben und Einnahmen (Beiträge) für Investitionsvorhaben im Verwaltungsvermögen enthält, die grösser als 200'000 Franken sind.
Kalkulatorische Positionen	Grössen, die nicht direkt geldwirksam bei der nutzniessenden bzw. der leistungserbringenden Dienststelle ausgegeben bzw. eingenommen werden, sondern rein rechnerisch zum Ergebnis zugeschlagen werden. Einerseits betrifft dies Querschnittskosten für Leistungen v.a. aus den Bereichen Informatik, Personal und Finanzen, welche zwar zu Gunsten eines bestimmten Aufgabenfeldes erbracht, jedoch von diesem nicht bezahlt werden. Andererseits sind die kalkulatorischen Zinsen auf Anlagen (da die Beschaffung von Anlagen über die Finanzverwaltung finanziert werden, werden diese Zinsen nicht durch die nutzniessenden Dienststelle bezahlt), Abschreibungen (gemäss Nutzungsdauer einer Investition) bzw. kalkulatorische Mieten enthalten.
Kapitalkosten	Kalkulatorische Zinsen und Abschreibungen.
Laufende Rechnung	Rechnung, die sämtliche Aufwands- und Ertragspositionen enthält (ohne Investitionen grösser als 200'000 Franken).

Nettoschulden	Bruttoschulden abzüglich dem Finanzvermögen (Vermögen, das nicht direkt einem staatlichen Zweck dient).
NPM	«New Public Management», oft mit «wirkungsorientierte Verwaltungsführung» (WoV) übersetzt: Eine Führungsphilosophie für die staatliche Verwaltung, die bei der Wirkung der öffentlich finanzierten Leistungen ansetzt. Neben den eingesetzten Mitteln stehen insbesondere Qualität und Wirkung der Leistung im Vordergrund.
Ordentlicher Nettoaufwand (ONA)	Departementsspezifischer Aufwand (ohne Abschreibungen) abzüglich departementsspezifischem Ertrag. Nicht spezifischer, d.h. allgemeiner Aufwand und Ertrag, wie z.B. Zinsaufwand auf den Staatsschulden, allgemeine Steuererträge, allgemeine Vermögenserträge, usw. sind nicht enthalten.
Politikbereich	Oberste Ebene des Politikplans: Die staatlichen Aktivitäten werden grob in sieben Politikbereiche gegliedert. Für jeden Politikbereich werden die entsprechenden Ziele und Leitlinien beschrieben.
Politikplan	Das zentrale Planungsinstrument des Regierungsrates. Der Politikplan ist eine umfassende Mittelfristplanung und enthält Ziele, Projekte und Kosten für alle Bereiche des staatlichen Handelns sowie den Finanzplan über die nächsten vier Jahre.
Produkt	Unterste Ebene der Leistungserbringung in der NPM-Hierarchie: Als Produkt wird ein einzelnes Leistungsangebot bezeichnet. Die Produktedefinition umfasst sowohl die benötigten Finanzmittel als auch die gewünschten Qualitätsziele. Produkte sind der konkrete Output der einzelnen Leistungserbringer. Eine Dienststelle kann mehrere Produkte produzieren.
Produktgruppe	Einzelne Produkte werden nach inhaltlichen oder politischen Gesichtspunkten zu Produktgruppen zusammengefasst.
Rechnung	Zusammenstellung der Finanzzahlen für das vergangene Jahr.
Ressourcenfeld	Alle innengerichteten Tätigkeiten der Verwaltung werden in den Ressourcenfeldern abgebildet. Die Ressourcenfelder beinhalten diejenigen Tätigkeiten der Verwaltung, die den aussengerichteten Aufgabenfeldern die notwendigen Ressourcen zur Verfügung stellen. Ressourcenfelder umfassen jeweils ähnliche Produktgruppen. Diese können in verschiedenen Departementen erbracht werden.
Saldo Kosten-/Leistungsrechnung (SKLR)	Ordentlicher Nettoaufwand zuzüglich kalkulatorische Positionen und Abgrenzungen.
Saldo Vollkostenrechnung (SVKR)	SKLR der Aufgabenfelder zuzüglich der mittels eines Umlageschlüssels umgelegten SKLR der Ressourcenfelder.
Umlageschlüssel	Möglichst verursachergerechter Schlüssel; er dient dazu, die Kosten der Leistungen, die in einem Ressourcenfeld zugunsten eines Aufgabenfeldes erbracht werden, dem entsprechenden Aufgabenfeld zuzuteilen.

Impressum

Herausgeber:
Staatskanzlei des Kantons Basel-Stadt
Information und Öffentlichkeitsarbeit
Marktplatz 9
4001 Basel

Layout + Tabellen:
Schaffner & Conzelmann, Designersfactory, Basel

Druck:
Werner Druck AG, Basel